

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 1-84.31-490/69 geheim

26. Februar 1969

Betr.: Passierscheinverhandlungen in Berlin

Senatsrat Meichsner von der Vertretung Berlin übermittelt fernmündlich folgenden Erstbericht über das Gespräch, das heute nachmittag in Ostberlin zwischen dem Leiter der Senatskanzlei, Herrn Grabert, und Vertretern der DDR<sup>1</sup> stattgefunden hat. Auf beiden Seiten nahmen drei Personen an dem in Ruhe und Höflichkeit geführten Gespräch teil.

Die andere Seite begann mit der Frage, ob die Bevollmächtigten des Senats die Mitteilung brächten, daß die Bundesversammlung nicht in Berlin abgehalten würde. Anschließend seien ausführliche Darlegungen über die östliche Auffassung von der Rechtslage und die üblichen Beschuldigungen gefolgt. Die Darlegungen hätten mit der Mitteilung geschlossen, daß über eine Ausgabe von Passierscheinen für Ostern verhandelt werden könnte, falls eine Erklärung über das Nichtzustandekommen der Bundesversammlung in Berlin abgegeben werden könne.

Herr Grabert hat erwidert, daß der Senat für die Frage der Abhaltung der Bundesversammlung nicht zuständig sei. Anschließend habe er die Berliner Auffassung von der Rechtslage unter Verwendung der alliierten und deutschen Noten<sup>2</sup> dargelegt und die Beschuldigungen der anderen Seite zurückgewiesen. Schließlich habe er festgestellt, daß es der anderen Seite offensichtlich lediglich um die Frage der Bundesversammlung gehe, während für Berlin die menschliche Seite die entscheidende Rolle spiele. Die andere Seite möge sich erklären, wie sie diesen menschlichen Problemen Rechnung tragen wolle.

Die andere Seite habe erneut darauf hingewiesen, daß nur eine Ausgabe von Passierscheinen für Ostern in Frage komme. Falls die Bundesversammlung nicht stattfände und für Ostern eine Passierscheinregelung vereinbart werden könne, so werde dies den Beginn einer Entspannung darstellen. Nähere Erläuterungen hierzu wurden ebensowenig gegeben wie zu der Feststellung, daß die Ausgabe von Passierscheinen für Ostern auf der Grundlage der Gesetze der DDR erfolgen werde (Herr Grabert glaubt, daß diese Bemerkung darauf hinzielen soll, daß die Ausgabe von Passierscheinen nicht Ergebnis einer ausgehandelten Regelung, sondern formell nur als einseitiger Akt der Organe der DDR geschehen soll).

Am Ende wurde kein neuer Termin vereinbart, jedoch war die beiderseitige Bereitschaft zu einem weiteren Gespräch erkennbar.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Die Delegation der DDR stand unter der Leitung des Staatssekretärs beim Ministerrat der DDR, Kohl.

<sup>2</sup> Zur Erklärung der Drei Mächte vom 10. Februar 1969 vgl. Dok. 54, Anm. 15.

Zum Aide-mémoire der Bundesregierung, das dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 22. Februar 1969 übergeben wurde, vgl. Dok. 62, besonders Anm. 5 und Anm. 6.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Erklärungen von Senatsdirektor Grabert und des Staatssekretärs beim Ministerrat der DDR, Kohl, nach Abschluß des Gesprächs; EUROPA-ARCHIV 1969, D 194–196.

Ein weiteres Gespräch kam erst am 4. März 1969 zustande und blieb ebenfalls ohne Ergebnis. Vgl.

In einem anschließenden Vieraugengespräch habe Herr Grabert dem Leiter der Delegation der DDR deutlich gemacht, daß eine Passierscheinregelung für Ostern nicht ausreiche und weitergehende Zusagen von DDR-Seite gemacht werden müßten.

Der Gesprächspartner hätte offensichtlich keinen Verhandlungsspielraum gehabt; auch hätte er nicht anerkannt, daß ein Junktim zwischen Verlegung der Bundesversammlung und Passierscheinen bestehe. Vielmehr müsse erst das eine, dann das andere erfolgen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>5</sup> vorgelegt.

Ruete

VS-Bd. 4395 (II A 1)

## 83

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank

I A 6-86.01-94.12 VS-NfD

27. Februar 1969<sup>1</sup>

Betr.: Französische Bemühungen zur Einführung des Farbfernsehsystems SECAM in der DDR und in Italien;  
hier: Gespräche des Herrn Staatssekretärs mit dem französischen und italienischen Botschafter

Herr Staatssekretär Lahr hatte den französischen Botschafter und den italienischen Botschafter für den 27. Februar 1969 zu getrennten Gesprächen über die französischen Bemühungen zur Einführung des SECAM-Farbfernsehsystems in der DDR und in Italien ins Auswärtige Amt gebeten.

Im Gespräch mit Botschafter Seydoux wies er darauf hin, daß die Bevölkerung in der DDR zum großen Teil westdeutsche Fernsehprogramme ansieht und daß der Empfang westdeutscher Fernsehprogramme noch eines der wesentlichen Bindeglieder zwischen den beiden Teilen Deutschlands darstelle. Wenn das französische Farbfernsehsystem SECAM aufgrund des Abschlusses eines Vertrages zwischen der französischen Fernsehgesellschaft und dem Postministerium der DDR im anderen Teil Deutschlands eingeführt würde, dann würde dieses wichtige Band der Kommunikation mit der Bevölkerung der DDR zerschnit-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 292*

dazu die Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Schütz, und die Mitteilung des Pressamts beim Ministerpräsidenten der DDR vom selben Tag; EUROPA-ARCHIV 1969, D 198 f.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 27. Februar 1969 vorgelegen.

<sup>5</sup> Hat Bundesminister Brandt laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritzel vom 28. Februar 1969 vorgelegen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Ungerer konzipiert.

ten.<sup>2</sup> Insofern sei die Einführung des SECAM-Systems in der DDR keine ausschließlich kommerzielle, sondern eine essentiell politische Frage. Er habe daher den Auftrag, im Namen der Bundesregierung die französische Regierung mit Nachdruck zu bitten, ihre Haltung zu überprüfen. Wenn SECAM in der DDR eingeführt würde, entstünde ein Schaden größten Ausmaßes, den man Frankreich nicht so leicht verzeihen würde.

Botschafter Seydoux erklärte, daß SECAM für Frankreich sehr wichtig sei. Die französische Regierung habe zu einem früheren Zeitpunkt gehofft, daß die Bundesrepublik das SECAM-System übernehme. Da dies nicht der Fall wäre, sei die Enttäuschung groß gewesen.<sup>3</sup> Nachträglich müsse man sagen, daß, wenn die Bundesrepublik damals dieses System übernommen hätte, die angedeuteten Folgen nicht eingetreten wären.<sup>4</sup> Insbesondere wäre die Übernahme des SECAM-Systems ein Bindeglied zu Osteuropa im Interesse der Entspannung geworden. Er sähe das jetzige Problem und werde Paris über die von Herrn Staatssekretär Lahr gemachten Ausführungen unterrichten.

Der Herr Staatssekretär erwiderte seinerseits, man könne es uns nicht übelnehmen, daß wir SECAM nicht übernommen hätten, da wir ja ein eigenes System entwickelt hätten. Wir hätten ja auch nicht von Frankreich verlangt, daß es das PAL-System übernimmt. Wir hätten auch nichts dagegen, daß andere Länder die Gelegenheit hätten, sich für das eine oder andere System zu entscheiden. Ulbricht sei daran interessiert, SECAM zu übernehmen, um auch das im Fernsehen bestehende Band zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu zerschneiden. Es sei falsch anzunehmen, daß die Bundesrepublik, nachdem in der DDR SECAM eingeführt worden sei, auch dieses System übernehmen werde. Er könne nur noch einmal unterstreichen, daß die Bundesregierung der Frage der Einführung von SECAM in der DDR größte Bedeutung beimesse, was schon daraus<sup>5</sup> hervorgehe, daß Botschafter von Braun versucht habe, darüber mit dem französischen Staatspräsidenten und Außenminister Debré zu sprechen.<sup>6</sup>

<sup>2</sup> Referat I A 6 stellte dazu fest: „Mit in der DDR einzuführenden SECAM-Empfängern können PAL-Sendungen weder farbig noch schwarz-weiß empfangen werden. Technisch ist der Einbau von Transcodiergeräten in SECAM-Empfängern möglich, aber im Fall der DDR unwahrscheinlich, da die DDR-Behörden dies nicht zulassen werden.“ Vgl. die nicht unterzeichnete Aufzeichnung vom 5. März 1969; Referat I A 6, Bd. 400.

<sup>3</sup> In Frankreich wurde 1958 mit der Entwicklung des Systems SECAM begonnen. Die Firma Telefunken bemühte sich zunächst bis 1962 um eine Übernahme dieses Systems. Da die Deutsche Bundespost mit den damaligen Leistungen von SECAM jedoch nicht zufrieden war, begann Telefunken 1962 mit eigenen Versuchen, aus denen das PAL-System entstand. 1964 entschied sich das Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen schließlich für die Einführung der PAL-Technik. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steg vom 17. November 1966; Referat I A 6, Bd. 47.

<sup>4</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „dadurch“.

<sup>6</sup> Am 20. Februar 1969 wies Ministerialdirektor Frank Botschafter Freiherr von Braun, Paris, an, bei dem am nächsten Tag bevorstehenden Frühstück mit Staatspräsident de Gaulle darauf hinzuweisen, daß der „Abschluß der Vereinbarung über die Einführung des SECAM-Verfahrens in der SBZ in Kreisen der Bundesregierung und der öffentlichen Meinung tiefe Enttäuschung auslösen wird“. Hier werde an die „Wurzeln der Zusammengehörigkeit der beiden Teile Deutschlands gerührt“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 236; VS-Bd. 3600; B 150, Aktenkopien 1969.

Am 21. Februar 1969 berichtete Braun, es habe sich keine Gelegenheit ergeben, die Angelegenheit gegenüber Staatspräsident de Gaulle zur Sprache zu bringen, und er werde versuchen, Außenminister Debré am 24. Februar 1969 auf die Problematik anzusprechen. Vgl. dazu den Drahtbericht

Im anschließenden Gespräch mit Botschafter Lucioli erklärte der Herr Staatssekretär, wir hätten gehört, daß Frankreich in Italien mit allen Mitteln versuche, die zuständigen italienischen Stellen von ihrer positiven Einstellung zu dem PAL-System abzubringen. Bisher hätten das italienische Postministerium wie auch die Fernsehgesellschaft sowie der überwiegende Teil der italienischen Industrie dem PAL-System den Vorzug gegeben. Nun werde von französischer Seite die Angelegenheit politisiert und eine Kampagne durchgeführt, um eine Entscheidung zur Einführung von SECAM zu erzwingen. Dabei werde gesagt, der französische Staatspräsident lege persönlich auf diese Frage größten Wert und sei bereit, eine positive Entscheidung der italienischen Regierung als Zeichen guten Willens und der Kooperationsbereitschaft zu honorieren. Dies stelle die Frage, wer in Europa Kooperationsbereitschaft zeigen müsse. Die als weiteres Argument benützte Behauptung, die Mehrzahl der Mittelmeeranrainerstaaten würde sich für SECAM entscheiden, sei nicht zutreffend. Bisher hätten die Franzosen lediglich im Libanon SECAM durchgesetzt. Schließlich seien mit dem Präsidenten der Fiat-Werke, Agnelli, Kontakte aufgenommen worden im Hinblick auf die Fiat-Beteiligung bei Citroën.<sup>7</sup>

Wir würden die Politisierung dieser Frage bedauern, nicht zuletzt deshalb, weil eine Entscheidung zugunsten des einen oder anderen Farbfernsehsystems nach technischen oder kommerziellen Gesichtspunkten für uns vorteilhaft ausfallen würde. Angesichts des französischen Drucks bleibe uns aber nichts anderes übrig, als diese Frage auch politisch zu sehen. Wir würden uns Mühe geben, mit Italien und den Beneluxstaaten solidarisch zu gehen, z. B. in der WEU-Frage, obwohl dies für uns schwieriger sei als für Italien. Den Versuch, über die italienische Industrie eine Entscheidung der Regierung zu beeinflussen, hielten wir nicht für eine faire Methode. Auch wir hätten die Möglichkeit, solche Junktims herzustellen, möchten dies aber nicht tun. Die deutsche Regierung habe ihn beauftragt, dem italienischen Botschafter offiziell den deutschen Standpunkt darzulegen und an die Einsicht der italienischen Regierung zu appellieren.

Botschafter Lucioli erwiderte, er habe schon im Anschluß an die gestrige kurze Unterhaltung einen Brief an Generalsekretär Caruso geschrieben und werde

*Fortsetzung Fußnote von Seite 294*

Nr. 422; VS-Bd. 2673 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1969.

Am 1. März 1969 berichtete der Vortragende Legationsrat I. Klasse Robert, der französische Botschaftsrat Comte de Nazelle habe ihm mitgeteilt, daß die französische Regierung die beteiligten Firmen ermächtigt habe, „das Patent für die Anwendung des SECAM-Verfahrens dem Ostberliner Regime zur Verfügung zu stellen. Das Abkommen wird in Leipzig in den nächsten Tagen unterzeichnet werden“. Die Initiative für die Übernahme des SECAM-Systems sei „von Ostberlin und nicht von Paris ausgegangen“. Für die Entscheidung der französischen Regierung seien „ausschließlich technische und keinesfalls politische Erwägungen maßgeblich gewesen“. Vgl. Referat I A 6, Bd. 400.

Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der DDR auf dem Gebiet des Farbfernsehens wurde am 4. März 1969 in Leipzig unterzeichnet.

<sup>7</sup> Am 26. Februar 1969 berichtete Gesandter Steg, Rom, ein Mitarbeiter der Botschaft sei von einem höheren Beamten des italienischen Außenministeriums auf den „ungewöhnlichen Druck“ angesprochen worden, den Frankreich ausübe, um die Einführung von SECAM in Italien zu erwirken: „Die Franzosen hätten dem Präsidenten der Fiat-Werke, Agnelli, Konzessionen hinsichtlich einer größeren Aktienbeteiligung an Citroën in Aussicht gestellt, falls er sich für SECAM verwende. Darüber hinaus böten die Franzosen auch anderen unmittelbar interessierten Industriezweigen Konzessionen an.“ Es sei deshalb „eine massive deutsche Gegenaktion erforderlich“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 177; Referat I A 6, Bd. 401.

noch heute einen telegraphischen Bericht nach Rom absenden. Er glaube persönlich nicht, daß es Frankreich gelingen werde, eine Entscheidung zugunsten von SECAM zu erzwingen. Außenminister Nenni sei ja bereits auf das Problem durch den Herrn Bundesaußenminister aufmerksam gemacht worden.<sup>8</sup>

Der Herr Staatssekretär erklärte hierzu, er habe zunächst auch nicht an die Wahrscheinlichkeit einer italienischen Entscheidung zugunsten SECAM geglaubt; wir seien jedoch von italienischen Freunden eindringlich gewarnt worden. Wir wüßten, daß das Außenministerium auf unserer Seite sei. Im übrigen hätten ja die anderen Länder der Europäischen Gemeinschaft wie auch Großbritannien sich ebenfalls für das PAL-System entschieden.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> weisungsgemäß vorgelegt. Die Botschaften Paris und Rom werden durch Drahterlaß über den wesentlichen Inhalt des Gesprächs unterrichtet.<sup>10</sup>

Frank

Referat I A 6, Bd. 401

84

**Staatssekretär Duckwitz  
an Bundesminister Brandt, z.Z. Berlin (West)**

II A 1-84.31-778/69 geheim

27. Februar 1969<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 29

Citissime

Betr.: Vorbereitung eines neuen Gesprächs mit Zarapkin über Bundesversammlung

Bezug: Gestrige Weisung des Herrn Bundesministers

Bitte sofort an den Herrn Bundesminister weiterleiten.

Anstelle des vorgesehenen Briefs Bundeskanzlers an Zarapkin sollte aus sachlichen und öffentlichkeitspolitischen Gründen eine Teilung des Vorgangs in drei äußerlich unabhängige, aber gleichzeitige Akte vorgenommen werden, die Gegenstand einer Absprache mit den Sowjets bilden müßten.

<sup>8</sup> Für das Gespräch vom 14. Februar 1969 vgl. Dok. 60.

<sup>9</sup> Hat den Staatssekretären Duckwitz und Lahr am 1. bzw. am 2. März 1969 vorgelegen.

<sup>10</sup> Dazu handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Duckwitz: „Ja“.

Am 27. Februar 1969 informierte Ministerialdirigent von Staden die Botschaften in Paris und Rom über den Inhalt der Gespräche. Vgl. den Drahterlaß Nr. 898; Referat I A 6, Bd. 401.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Brandt vorgelegen, der sich anläßlich des Besuches von Präsident Nixon in Berlin (West) aufhielt.

Dazu wird vorgeschlagen:

1) Mit Zarapkin folgende Verlautbarung zu vereinbaren (Form: gemeinsame Erklärung beider Regierungen oder getrennte gleichlautende Erklärungen oder getrennte abgestimmte Erklärungen oder einseitige deutsche Erklärung, mit der die sowjetische Seite einverstanden ist, oder einseitige deutsche Erklärung, gegen die die sowjetische Seite keinen Einspruch einlegt):

- Beide Regierungen sind der Meinung, daß eine Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen von nicht geringer Bedeutung sowohl für ihre Völker als auch für die Gewährleistung des europäischen Friedens wäre.
- Beide Seiten bestätigen, daß für eine Vorwärtsbewegung in dem politischen Dialog, den sie wünschen, das Bestreben beider Partner notwendig ist, die Gebiete des beiderseitigen Einverständnisses zu verbreitern, die Differenzen zu vermindern, einer Vermehrung der Streitpunkte und einer Verschärfung der Spannungen entgegenzuwirken.
- Beide Seiten stellen fest, daß eine Verbesserung der Lage und eine damit verbundene Gesundung der Atmosphäre im gegenseitigen Verhältnis eine gute Ausgangsbasis für die Regelung verschiedener noch offener Fragen schaffen würde.
- Beide Regierungen beschließen, in einen Meinungsaustausch über beiderseits interessierende Fragen einzutreten.

2) Verkündung der Entscheidung des Bundestagspräsidenten<sup>2</sup>, die Bundesversammlung an einem anderen Ort einzuberufen.

3) Einseitige Ankündigung der zuständigen DDR-Behörden, daß für West-Berliner zu den Festtagen, zunächst für Ostern, Passierscheine für Verwandtenbesuche in Ostberlin ausgegeben werden.

Es wird vorgeschlagen, Vorstehendes mit Bundeskanzler und Regierendem Bürgermeister<sup>3</sup> zu besprechen.

[gez.] Duckwitz

VS-Bd. 10062 (Ministerbüro)

<sup>2</sup> Kai-Uwe von Hassel.

<sup>3</sup> Klaus Schütz.

### Botschafter Allardt, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-11389/69 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 315

Aufgabe: 27. Februar 1969, 21.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 28. Februar 1969, 08.24 Uhr

Betr.: Pressemäßige Behandlung der deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Bezug: DB vom 27.2.1969 Nr. 314 VS-v<sup>2</sup>

I. Anlässlich eines vom Gesandten<sup>3</sup> für die Dritte Europäische Abteilung unter Botschafter Falin gegebenen Frühstücks äußerten sich Botschaftsrat Tokowinin und der Erste Sekretär Panin zu der Pressebehandlung der deutsch-sowjetischen Besprechungen wie folgt:

1) Die Behandlung der vertraulich geführten Gespräche Botschafter Zarapkins mit dem Herrn Bundeskanzler<sup>4</sup> in der deutschen Presse habe in Moskau Verärgerung und Empörung hervorgerufen. Unsere Presse werde offensichtlich von Regierungsseite gezielt und falsch informiert. So sei in unserer Presse behauptet worden, die Initiative zu diesen Gesprächen sei von sowjetischer Seite ausgegangen<sup>5</sup>, dabei sei das Gegenteil der Fall. Einige Zeitungen hätten behauptet, die Sowjets gäben nach und übten Druck auf Berlin aus.<sup>6</sup> Man hätte damit den Eindruck erwecken wollen, die Sowjetunion wolle nicht ernsthaft intervenieren und könne es auch gar nicht. Das Ziel derartiger unrealistischer Behauptungen sei, die Sowjetunion in der „DDR“ als ohnmächtigen Verbündeten hinzustellen.

2) Obwohl über mein Gespräch mit Außenminister Gromyko<sup>7</sup> und Herrn Semjonow<sup>8</sup> ausdrücklich Vertraulichkeit vereinbart worden sei, sei diese Vereinbarung von uns nicht eingehalten worden. Die westdeutsche Presse habe im Dezember wie im Januar laufend Informationen gebracht. Im übrigen hätte ich nach meinem Gespräch mit Gromyko eine baldige Antwort der Bundesregierung in Aussicht gestellt. Inzwischen seien über 60 Tage vergangen. Dies Schweigen

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Blumenfeld am 28. Februar 1969 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Allardt, Moskau, berichtete von einem Gespräch des Gesandten von Stempel mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Falin, am 26. Februar 1969. Dabei habe sich gezeigt, daß „die Sowjets nirgendwo bereit sind, in den politischen Grundsatzfragen zurückzuweichen – schon gar nicht, wenn Diskussionen darüber, die bereits stattgefunden haben, bei uns auf dem Marktplatz zerlegt werden. Trotzdem bin ich nach wie vor der Meinung, daß sie zu der Lautstärke ihres Protestes gegen die Präsidentenwahl mehr durch die nach den Prager Ereignissen hochgeschärfte Empfindlichkeit Ulbrichts getrieben sind, als daß sie aus eigenem Antrieb handeln.“ Vgl. VS-Bd. 2067 (201); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>3</sup> Otto Baron von Stempel.

<sup>4</sup> Für die Gespräche vom 22. und 23. Februar 1969 vgl. Dok. 74 und Dok. 75.

<sup>5</sup> Am 24. Februar 1969 berichtete die Presse, der sowjetische Botschafter habe eine Passierschein-Vereinbarung im Falle einer Verlegung der geplanten Bundesversammlung in Berlin (West) angeboten. Vgl. dazu den Artikel „Zarapkin bietet Passierschein-Regelung an“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. Februar 1969, S. 1.

<sup>6</sup> Vgl. dazu den Artikel „Schütz will mehr als Feiertags-Passierscheine“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. Februar 1969, S. 4.

<sup>7</sup> Zum Gespräch vom 11. Dezember 1968 vgl. AAPD 1968, II, Dok. 410.

<sup>8</sup> Zum Gespräch vom 3. Januar 1969 vgl. Dok. 2.

lasse vermuten, daß die Gespräche offenbar deshalb ins Stocken geraten seien, weil es an deutschem Interesse fehle.

Die gleichen Indiskretionen seien auch über die Gespräche über den Gewaltverzicht ständig begangen worden. Daß sie eine gedeihliche Fortentwicklung des deutsch-sowjetischen Dialogs behinderten, liege auf der Hand.

3) Bei den Luftverkehrsverhandlungen habe die sowjetische Delegation unsere Überlegungen und Vorschläge früher aus der deutschen Presse erfahren als von ihren westdeutschen Verhandlungspartnern. Auch dies sei natürlich nicht ohne Absicht der Bundesregierung geschehen.

II. Die starke Betonung, die die sowjetischen Gesprächspartner meiner Mitarbeiter auf die Indiskretionen gelegt haben, kommt nicht von ungefähr. Sie sind angewiesen worden, diesen Punkt, der ja bereits wiederholt im Mittelpunkt deutsch-sowjetischer Kontroversen stand, nachdrücklich zur Sprache zu bringen. Daß die Sowjets in dieser Frage von besonderer Empfindlichkeit sind, wissen wir aus der Begründung, die Gromyko für die überraschende Publizierung des Gewaltverzicht-Dialogs gegeben hat.<sup>9</sup> Man wird ebenso davon ausgehen müssen, daß die Beschwerden nicht etwa deshalb in den Vordergrund geschoben wurden, weil den Sowjets an der Fortsetzung der Gespräche mit uns nichts läge, sondern weil sie durch unser offensichtliches Unvermögen oder unseren Mangel an gutem Willen, diskrete Gespräche auch diskret zu behandeln, zu zunehmendem Mißtrauen gegenüber unseren Absichten gezwungen werden. Wenn z. B. – dem Sinne nach – in Bonn erklärt wird, aus den letzten zwischen dem Bundeskanzler und Zarapkin geführten Besprechungen gehe eindeutig hervor, daß Ulbricht in der Angelegenheit der Präsidentenwahl seine Position überschätzt habe und die „DDR“ zum Einlenken gezwungen worden sei, liegt die Vermutung nahe, daß es über diese Version zwischen Ostberlin und Moskau zu einem verärgerten Dialog gekommen ist, der seinen ersten Niederschlag im Iswestija-Artikel vom 25.2.<sup>10</sup> und in den oben geschilderten Gesprächen gefunden hat.

Hinzu kommt, daß niemand hier davon zu überzeugen ist, daß Details aus den oben geschilderten Gesprächen etwa gegen den Willen der verantwortlichen Behörden „durchgesickert“ seien.

<sup>9</sup> Am 11. Juli 1968 begann die sowjetische Tageszeitung „Izvestija“ mit der Veröffentlichung der bisher von der sowjetischen Regierung an die Bundesrepublik in der Frage des Gewaltverzichts übermittelten Dokumente. Vgl. dazu IZVESTIJA vom 11. Juli 1968, S. 3.

In einem Gespräch mit Botschafter Allardt, Moskau, erklärte der Außenminister Gromyko hierzu, die UdSSR habe so verfahren müssen, da über jedes Gespräch des sowjetischen Botschafters Zarapkin in Bonn mit der Bundesregierung Berichte in der deutschen Presse erschienen seien. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 243.

<sup>10</sup> Am 25. Februar 1969 veröffentlichte die sowjetische Tageszeitung „Izvestija“ eine Stellungnahme zum Zusammenhang zwischen einer Verlegung der Bundesversammlung und einer Passierscheinvereinbarung. Darin hieß es: „Die Frage der Wahlen und die Frage des Besuchs der Hauptstadt der DDR durch Westberliner Bürger an den Ostertagen sind zwei völlig verschiedene Dinge. Hierüber dürfen keine Illusionen bei denjenigen bestehen, die nach dem Beispiel der amerikanischen Gangster handeln möchten, die sich Tribut dafür zahlen lassen, daß sie sich gnädigerweise bereit erklären, nicht in fremde Häuser einzudringen und in ihnen ihr Unwesen zu treiben.“ Vgl. den Artikel „Bonnskie Illjuzii“, IZVESTIJA vom 25. Februar 1969, S. 1. Für den deutschen Wortlaut vgl. MOSKAU-BONN, Bd. 2, S. 1162 (Auszug).



Wenn sich also in den letzten Tagen der Ton der sowjetischen Propaganda weiterhin gereizt verschärft hat, wird man die Gründe dafür in den sowjetisch-mitteldeutschen Beziehungen, letzten Endes aber in der Tatsache suchen müssen, daß immer wieder gezielte und ungezielte Indiskretionen über Vorgänge erfolgen, die die Sowjets aus guten Gründen geheim zu halten wünschen.

Daß die sowjetische Seite die Kontakte, die in den letzten zwei Monaten zwischen der Bundesregierung und Zarapkin stattgefunden haben, nicht als kontinuierliche Fortsetzung meiner Gespräche mit Gromyko und Semjonow wertet, geht übrigens aus einem Gespräch hervor, das der französische Botschafter<sup>11</sup> dieser Tage mit dem Stellvertretenden Außenminister Kosyrew geführt hat. Ohne auf Details einzugehen oder diesen Punkt zu vertiefen, hat Kosyrew dem französischen Botschafter die Frage gestellt, ob er wisse, was die Bundesregierung bezüglich ihrer Ostpolitik eigentlich wolle. Von deutscher Seite sei hierüber keine Klarheit zu gewinnen.

[gez.] Allardt

VS-Bd. 4435 (II A 4)

## 86

### Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin

MB 840/69 geheim

1. März 1969<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 1. März 1969 den sowjetischen Botschafter Zarapkin zu einer Unterredung, an der deutscherseits die Staatssekretäre Duckwitz und Carstens und sowjetischerseits der Zweite Botschaftssekretär Terechow teilnahmen. Der Bundeskanzler hatte den Botschafter zu sich gebeten.

Bundeskanzler *Kiesinger* sagte einleitend, er habe den Botschafter angesichts der jüngsten, an Ostberlin und an die drei Schutzmächte in Westberlin gerichteten sowjetischen Note<sup>2</sup> noch einmal zu sich gebeten. Er habe auch das zwi-

<sup>11</sup> Roger Seydoux.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Buring am 2. März 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> Am 28. Februar 1969 teilte die sowjetische Regierung der DDR mit, in Berlin (West) würden „im Auftrage des Kriegsministeriums, der Führung der Bundeswehr und der Polizeidienststellen der BRD militärische und andere Erzeugnisse von strategischer Bedeutung produziert, einschließlich Radaranlagen, Funk- und Telefonausrüstungen, optische Zieleinrichtungen, Geräte für Luftaufnahmen, Spezialausrüstungen für U-Boote und andere Kriegsschiffe sowie Munition. Diese Rüstungsgüter werden heimlich in die BRD befördert auf Verkehrswegen der DDR, was man nicht anders bezeichnen kann als einen empörenden Mißbrauch der genannten Verkehrswege.“ Der DDR wurde nahegelegt, „in Übereinstimmung mit den von ihr ausgeübten Kontrollfunktionen auf den Verkehrswegen der DDR zwischen der BRD und West-Berlin die Möglichkeit abzuwägen, die notwendigen Maßnahmen zur Unterbindung der illegalen militaristischen Tätigkeit von Behörden und Bürgern der Bundesrepublik und West-Berlins, die die Interessen der Sicherheit der sozialistischen Staaten und des europäischen Friedens berührt, zu treffen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 196 f.

schen ihm und Zarapkin geführte Gespräch nicht einfach als brüsk abgeschlossen betrachten wollen.<sup>3</sup> Zu seinem Bedauern hätten die bisherigen Bemühungen zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Dies, obwohl die Bundesregierung vorgeschlagen habe, gegen einen überzeugenden Beitrag der anderen Seite über den Ort der Präsidentenwahl neue Überlegungen anzustellen.

Zu der jüngsten sowjetischen Note wolle er feststellen, daß die darin enthaltenen Anschuldigungen und Vorwürfe unberechtigt seien. Dies gelte insbesondere für die Unterstellung, daß in Westberlin Rüstungsgüter produziert und in die Bundesrepublik verfrachtet würden. Wenn ihm zur Kenntnis gelangt wäre, daß in Westberlin wirkliche Rüstungsgüter produziert würden, so hätte er dafür gesorgt, daß dies unterbleibe. Im übrigen sei es bei der Produktion vieler Güter so, daß man sie, wenn man darauf abziele, in einem weiten Zusammenhang auch mit der Rüstung in Verbindung bringen könne. Wenn man diese Dinge so betrachte, so dürfte man überhaupt nichts mehr produzieren. Echte Rüstungsgüter allerdings dürften auch seiner Ansicht nach nicht in Westberlin produziert werden, und er würde sich dagegen wehren, wenn dies der Fall sein sollte.

Die drei westlichen Schutzmächte, denen die Sorge für Westberlin obliege, hätten nie derartige Beanstandungen gemacht und daher auch die jüngsten sowjetischen Anschuldigungen zurückgewiesen. Dabei hätten sie erneut auf ihre Verantwortung für Westberlin und für die Erhaltung der Lebensfähigkeit dieser Stadt hingewiesen.<sup>4</sup> Selbst die Sowjetunion habe bisher keine derartigen Beanstandungen gegenüber den drei Westmächten vorgebracht.

Der Bundeskanzler betonte, auch er und die Bundesregierung wünschten keine Krise um Berlin. Die Bundesregierung habe ihre Bereitschaft zur Verständigung gezeigt und hoffe, daß die Sowjetunion dies zu würdigen wisse. Falsche Anschuldigungen und politischen Druck müsse sie jedoch zurückweisen.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, der akute Streitfall zwischen den beiden Ländern sei in Westberlin entstanden, und es habe sich nunmehr für die östliche Seite die Aufgabe gestellt zu verhindern, daß militärische Konterbande heimlich von Westberlin in die Bundesrepublik befördert werde. Im übrigen aber stehe diese spezielle Frage in keiner direkten Beziehungen zu den Fragen, die zwischen der sowjetischen Regierung und der Bundesregierung zur Debatte stünden. Was nun die gegenwärtige Situation und die Versuche, zu einer Regelung zu gelangen, betreffe, so habe die Sowjetunion dabei viel guten Willen gezeigt. Sie habe dies getan, um unerwünschte Auswirkungen zu vermeiden, die eintreten würden, falls die Bundesregierung auf ihrer Absicht beharren sollte, die Wahl in Westberlin abzuhalten. Die angeordneten notwendigen Kontrollmaßnahmen seien eine unerläßliche Folge, die sich aus der gegen-

<sup>3</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 23. Februar 1969 in Stuttgart vgl. Dok. 75.

<sup>4</sup> Am 1. März 1969 wiesen Frankreich, Großbritannien und die USA in einer Erklärung den sowjetischen Vorwurf zurück, die Bundesrepublik betreibe in Berlin (West) militärische Aktivitäten: „Die drei Regierungen sind sich ihrer Verantwortung bewußt, jedes Wiedererstehen eines Militarismus in Berlin zu verhindern, und haben dies in ihren Sektoren getan. Nur im Ostsektor Berlins hat eine organisierte deutsche militärische Aktivität stattgefunden. Die drei Regierungen hoffen, daß diese sowjetischen Beschuldigungen nicht darauf abzielen, internationale Spannungen zu schaffen.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 198.

wärtigen Lage ergeben habe. Zu seinem Bedauern sei noch keine Entscheidung über die Verlegung der Wahl an einen anderen Ort erfolgt. Daher bleibe das strittige Problem in derselben Lage wie bei den bisherigen Gesprächen mit dem Herrn Bundeskanzler.

Der Herr *Bundeskanzler* bezog sich auf die Äußerung Zarapkins, wonach die Sowjetunion guten Willen gezeigt habe, um die strittige Frage zu lösen, und sagte, das möge wohl so sein, aber leider habe dies bisher zu keinem Ergebnis geführt. In den vorausgegangenen Gesprächen habe er dem Botschafter erklären müssen, daß es für ihn nicht möglich sei, sich für eine Verlegung der Wahl einzusetzen und dann gewissermaßen abzuwarten, was die andere Seite tun oder nicht tun werde. Die Bundesregierung strebe zwar kein rechtliches Junktim zwischen den beiden Fragen an, doch erwarte sie gleichwertige Leistungen von beiden Seiten.

In Stuttgart habe der Botschafter ihm mitgeteilt, die Verhandlungen über die Passierscheine seien schon aufgenommen worden. Eine sofortige Rückfrage hätte damals ergeben, daß dies nicht der Fall gewesen sei. Bei den Verhandlungen, die dann auf die Initiative des Regierenden Bürgermeisters Schütz begonnen hätten, habe sich leider Ostberlin nicht zu einem wirklichen Entgegenkommen bereit gezeigt.<sup>5</sup> Auf Seiten der Bundesregierung und des Westberliner Senats habe es nicht an der Bereitschaft zu einem Entgegenkommen gefehlt. Er bedauere, daß die Dinge so gelaufen seien. Wenn der Botschafter feststelle, die Lage sei unverändert, so könne er dazu nur sagen, dies sei richtig, wenn der Botschafter die Haltung der Bundesregierung folgendermaßen beurteile: Die Bundesregierung habe ihre Bereitschaft bekundet, den Ort der Wahl neu zu überlegen, falls die Sowjetunion ein gleichwertiges Angebot mache.

Botschafter *Zarapkin* wich einer Antwort auf diese letzte Feststellung des Bundeskanzler aus und sagte, der Bundeskanzler weise die in der jüngsten sowjetischen Note enthaltenen Tatsachen als unzutreffend zurück. Es handele sich hierbei um ein Problem, welches von Westberlin ausgehe. Durch ihre diesbezügliche Haltung verletze die Bundesrepublik geltende vierseitige Abkommen<sup>6</sup>, wogegen sich die Sowjetunion verwahre.

Der *Bundeskanzler* antwortete, in der sowjetischen Note heiße es, der Sowjetunion seien zahlreiche Tatsachen bekannt, wonach in Westberlin Jugendliche für die Bundeswehr angeworben und Rüstungsmaterial produziert würde, usw. Die Bundesregierung werde also wegen rechtswidriger Handlungen sowjetischerseits angeklagt. Solche Anschuldigungen müsse er mit Entschiedenheit zurückweisen, weil sie unzutreffend seien. Falls in Westberlin tatsächlich echte Rüstungsgüter produziert würden, so geschehe dies ohne Wissen der Bundesregierung. Auf jeden Fall könne er dem Botschafter versichern, daß in Westberlin keine Jugendlichen für die Bundeswehr angeworben würden und daß das Verteidigungsministerium auch keine derartigen Versuche jemals unternommen habe. Es gebe auch keine offiziellen Erklärungen Bonner politi-

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 82.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Vereinbarung vom 12. September 1944 zwischen Großbritannien, den USA und der UdSSR über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin (Londoner Protokoll), der Frankreich am 26. Juli 1945 beitrug, vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. 1, S. 25–27.

scher Persönlichkeiten, die in diese Richtung wiesen. Das einzige, worauf sich die sowjetische Seite vielleicht beziehe, seien Annoncen in westdeutschen Zeitungen, worin eine allgemeine Werbung für die Bundeswehr erfolge. Solche Zeitungen gebe es natürlich auch in Westberlin. Doch wäre dies ein weithergeholtes und schwaches Argument für die sowjetischen Behauptungen.<sup>7</sup> Er müsse daher die entsprechenden sowjetischen Vorwürfe und Anschuldigungen als gegenstandslos zurückweisen. Für die Unrichtigkeit der sowjetischen Behauptungen wolle er folgendes Beispiel anführen: In der „Prawda“ sei vor kurzem eine Liste Westberliner Firmen abgedruckt worden, in denen angeblich Rüstungsmaterial hergestellt werde.<sup>8</sup> Man habe sich diese Liste einmal näher betrachtet und festgestellt, daß derartige Behauptungen einer Prüfung nicht standhielten. Zu den in der „Prawda“ genannten Firmen gehöre auch u.a. die Firma „Becum“. Dort würden – so die „Prawda“ – monatlich große Mengen von Handgranaten hergestellt. In Wirklichkeit sei es so, daß diese Firma Maschinen zur Herstellung von Kunststoffflaschen für Milch und Bier und auch solche Flaschen selbst herstelle. Allein dieser Fall beweise die Haltlosigkeit der sowjetischen Anschuldigungen. Die Richtigkeit oder Unrichtigkeit derartiger Behauptungen lasse sich ja sehr rasch nachprüfen. Selbst wenn ohne Wissen der Bundesregierung in Westberlin Rüstungsmaterial produziert worden sei, dann hätten mit Sicherheit die dort verantwortlichen drei Westmächte längst Beanstandungen gemacht.

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, man könne die in der sowjetischen Note aufgeführten Tatsachen nicht einfach mit Worten als unrichtig zurückweisen und gewissermaßen als nicht-existent erklären. Um den Transport militärischer Güter zwischen Westberlin und der Bundesrepublik zu verhindern, hätten nun entsprechende Kontrollmaßnahmen auf den Verbindungswegen ergriffen werden müssen. Diese Maßnahmen hätten eine positive Bedeutung. Was der Herr Bundeskanzler über die Firma „Becum“ gesagt habe, müsse nicht unbedingt so betrachtet werden. Vielleicht deklariere diese Firma offiziell das, was der Bundeskanzler erwähnt habe, als ihre Produktion, produziere aber in Wirklichkeit andere Dinge. Eine Lage der Dinge, die dem Bundeskanzler nicht bekannt zu sein brauche. Die in der „Prawda“ und in der jüngsten sowjetischen Note aufgeführten Tatsachen würden jedenfalls den wirklichen Stand der Dinge wiedergeben.

<sup>7</sup> Am 28. Juli 1969 hielt Ministerialdirigent Sahm fest, daß die Bundeswehr seit 1959 in überregionalen, auch in Berlin (West) vertriebenen Zeitungen inseriere. Bei einer Ressortbesprechung am 28. April 1969 seien sich die Vertreter der beteiligten Bundesministerien bewußt gewesen, „daß die sowjetischen Beschwerden vom 28. Februar 1969 nicht nur für die Behandlung von Anfragen potentieller Bundeswehrfreiwilliger aus Berlin, sondern auch oder sogar noch mehr für die Veröffentlichung von Bundeswehrinseraten in Berlin eine neue Lage geschaffen haben könnten“. Es sei nicht zu bestreiten, daß die Inserate „einen der von den Sowjets in ihren Noten vom 28. Februar 1969 beanstandeten Tatbestände“ erfülle. Allerdings bedeute dies nicht, daß die Inserate mit dem Status von Berlin unvereinbar seien: „Entscheidend für uns ist bei dieser vielleicht nicht ganz klaren Rechtslage die Auffassung der drei Schutzmächte über das, was mit dem Status von Berlin vereinbar ist.“ Die langjährige Inseratpraxis der Bundeswehr sollte daher fortgesetzt werden, „bis die Schutzmächte hiergegen von sich aus Bedenken anmelden“. Vgl. VS-Bd. 4349 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>8</sup> Vgl. den Artikel von J. Alexandrow: „Tajnoe i javnoe“; PRAWDA vom 1. März 1969, S. 4. Für den deutschen Wortlaut vgl. den Artikel „Mißbrauch Westberlins als Waffenschmiede wird niemandem gestattet“; NEUES DEUTSCHLAND vom 2. März 1969, S. 7.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er könnte, um an die Formulierung des Botschafters anzuknüpfen, nun sagen, durch Worte oder Behauptungen ließen sich nicht einfach Tatsachen schaffen. Im übrigen weise nicht nur die Bundesregierung die in der sowjetischen Note aufgeführten Beschuldigungen zurück. Auch die drei Westmächte hätten sich in diesem Sinne geäußert, und zwar eindeutig. Sollte es tatsächlich in Westberlin eine Firma geben, die heimlich Rüstungsgüter produziere, dann ließe sich so etwas ja unschwer feststellen und hätte sich wohl kaum bisher verheimlichen lassen. Allein schon wegen der strengen Kontrollen auf den Straßen im Gebiet der DDR. Aufgrund all dieser Umstände seien die jüngsten sowjetischen Anklagen unbegründet. Dies gelte insbesondere auch für die an die Adresse der Bundesregierung gerichteten Beschuldigungen.

Er wolle noch hinzufügen, daß z.B. Radargeräte, Funk- oder Telefonausrüstungen oder anderes optisches Gerät Gegenstände des zivilen Bedarfs seien. Man könne doch z.B. ein Telefon nicht unbedingt als reines Rüstungsmaterial bezeichnen. Sofern es jedoch um echte Rüstungsgüter gehe, – er denke an die von der „Prawda“ genannten Spezialausrüstungen für U-Boote, Munition, Artilleriegeschosse etc. –, so habe die Bundesregierung keinerlei Interesse, so etwas zuzulassen. Dies sei keineswegs ihr Wunsch.

Botschafter *Zarapkin* sagte, das, was man jetzt erlebe, seien die Auswirkungen einer bestimmten Entwicklung, deren Ursachen woanders lägen. Die wahren Ursachen für die gegenwärtige Situation seien darin zu sehen, daß die westdeutsche Seite den Status Westberlins, das eine selbständige politische Einheit sei, nicht respektiere. Dies sei die eigentliche Ursache, und von dieser Haltung der Bundesregierung gehe alles andere aus. So z.B. der Beschluß, ohne Rücksicht auf die möglichen unerwünschten Folgen, die Präsidentenwahl in Westberlin abzuhalten, und andere Dinge mehr. Es wäre weise und zugleich weitsichtig, wenn sich die Bundesregierung entschließen würde, die Ursache des Konflikts zu beseitigen. Dann würde das, was man jetzt an Auswirkungen erlebe, von selbst wegfallen, und es würde auch keine Vergiftung der gegenseitigen Beziehungen mehr geben.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, man habe ja in letzter Zeit einen offenen Meinungsaustausch über diese Punkte geführt. Die Bundesregierung vertrete die Auffassung, daß die Sowjetunion den Status Westberlins verändern wolle, während sie ihn nicht verändern, sondern nur so, wie er sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt habe, wahren möchte. Es handele sich hier eben um zwei gegensätzliche Auffassungen. Wenn man aber nicht in der Lage sei, die andere Seite von ihrer Rechtsauffassung abzubringen, so bleibe, wenn man die beiderseitigen Beziehungen nicht belasten wolle, nur ein Weg übrig: Man müsse den Weg einer praktischen Verständigung beschreiten und nicht versuchen, die andere Seite zur Aufgabe ihres Rechtsstandpunkts zu zwingen. Eine solche praktische Verständigung hätte, ohne dabei den eigenen Rechtsstandpunkt aufzugeben, darin bestehen können, daß man die Bundesversammlung von Westberlin an einen anderen Ort verlegt hätte, wenn als Gegenleistung ein entsprechender praktischer Schritt von der Sowjetunion erfolgt wäre. Wie ein solcher Schritt hätte aussehen können, habe er in den letzten Gesprächen mit dem Botschafter ja angedeutet.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, er könne, bei allem Respekt für den Bundeskanzler, dessen Rechtsauffassung in der strittigen Frage nicht teilen. Die sowjetische Regierung sei der Ansicht, daß es für das Verhalten der Bundesregierung in bezug auf Westberlin überhaupt keine Rechtsgrundlage gebe, sondern daß es sich hierbei um eine Verletzung geltender völkerrechtlicher Abkommen handle. Der Botschafter zitierte nun aus der Erklärung der sowjetischen Regierung vom 13. Februar<sup>9</sup> folgenden Passus:

„Die Verletzung geltender völkerrechtlicher Bestimmungen durch die westdeutsche Seite wird für sie kein neues Recht schaffen, so oft eine derartige Verletzung auch wiederholt werden mag.“

Im übrigen wolle er noch auf eine andere Stelle dieser Erklärung hinweisen, worin es heiße:

„Die Bundesregierung muß sich völlig darüber im klaren sein, daß die Sowjetunion einzig und allein solche Verpflichtungen in bezug auf Westberlin übernommen hat, die in den betreffenden vierseitigen Beschlüssen fixiert sind.“

So sehe die sowjetische Regierung die rechtliche Seite dieser Angelegenheit, und er habe dies noch einmal klarstellen wollen, da auch der Bundeskanzler seinen Rechtsstandpunkt wiederholt habe. Der Bundeskanzler habe ausgeführt, man solle ohne Aufgabe des eigenen Rechtsstandpunkts versuchen, auf einer praktischen Grundlage zu einer Regelung zu kommen. Da es jedoch für das Verhalten der Bundesregierung hinsichtlich des Streitobjekts Westberlin überhaupt keine Rechtsgrundlage gebe, sollte man in dieser Situation am besten so verfahren, wie es sowjetischerseits vorgeschlagen worden sei, d.h. die Bundesregierung sollte auf Westberlin als Wahlort verzichten. Was nun die Freizügigkeit in Berlin anbelange, so sei dies eine zur Kompetenz der DDR gehörende Frage. Im Falle einer Verlegung der Wahl würden sich sicher Wege für eine Übereinkunft zwischen dem Westberliner Senat und den zuständigen DDR-Behörden finden lassen. Für den Anfang sollte man sich in dem Rahmen bewegen, der von Herrn Meissner angedeutet worden sei.<sup>10</sup> Später habe allerdings der Bundeskanzler diesen Rahmen modifiziert, was jedoch nicht geholfen habe, und man sei nicht weitergekommen.<sup>11</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er wisse zwar nicht genau, was Herr Meissner in seinen Gesprächen mit sowjetischen Vertretern angedeutet habe, doch hätte Meissner ihm gesagt, daß er von Anfang an von einer dauerhaften Regelung gesprochen habe, und diese Auffassung – soweit er unterrichtet sei – der sowjetischen Seite auch schriftlich übermittelt habe. Der soeben von Botschafter *Zarapkin* unterbreitete Vorschlag zur Regelung der Streitfrage kranke im übrigen an dem gleichen Mangel, wie auch die früheren diesbezüglichen sowjetischen Vorschläge. Einerseits erwarte man von der Bundesregierung eine Vorleistung, nämlich die Verlegung der Wahl, stelle aber andererseits dafür

<sup>9</sup> Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 192 f.

Für die Übergabe an Bundeskanzler Kiesinger durch den sowjetischen Botschafter *Zarapkin* vgl. Dok. 58.

<sup>10</sup> Zu den Sondierungen des Journalisten Meissner in der Frage der Verlegung der Bundesversammlung vgl. Dok. 74, Anm. 5.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter *Zarapkin* am 22./23. Februar 1969; Dok. 74 und Dok. 75.

nur eine sehr vage Gegenleistung in Aussicht, die von Ostberlin angedeutet worden sei.

Wenn die Sowjetunion zu einer Verständigung entschlossen gewesen wäre, dann hätte sie nach dem Grundsatz „*pari passu*“ erfolgen müssen, damit man in Westberlin gewußt hätte, wozu Ostberlin tatsächlich bereit sei. Dann hätte man auch in Bonn gewußt, was man zu tun bereit gewesen wäre.

Durch die jüngsten Schritte der östlichen Seite, so fuhr der Bundeskanzler fort, sei die Lage für die Bundesregierung natürlich nicht erleichtert, sondern erschwert worden. Es bestehe hier der Eindruck, daß diese Schritte nicht nur aus den in der jüngsten Sowjetnote angeführten Gründen, sondern auch im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl beschlossen worden seien.

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, er wolle nochmals auf das hinweisen, was sowjetischerseits schon wiederholt dargelegt worden sei: Sowjetischerseits sei der Beschluß, die Wahl in Westberlin durchzuführen, von Anfang an als illegal betrachtet worden, und an dieser Auffassung habe sich bis heute nichts geändert. Daher gebe es für die Bundesregierung auch keine Begründung, ein Junktim zwischen der Wahl und eventuellen Besuchen von Westberlinern in Ostberlin herzustellen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, die Ironie der Geschichte der Entwicklung dieses Streitfalles habe es so gewollt, daß dieses Junktim ja von Ostberlin in die Diskussion gebracht worden sei, und zwar mit dem Vorschlag, Gespräche zwischen DDR-Behörden und dem Westberliner Senat über Passierscheine unter der Voraussetzung aufzunehmen, daß die Wahl nicht in Westberlin stattfinden werde.<sup>12</sup>

Botschafter *Zarapkin* antwortete, die illegalen Ansprüche der Bundesrepublik auf Westberlin, die sich u. a. darin manifestierten, daß man Westberlin als Wahlort gewählt habe, müßten aufhören. Nirgends in der Welt wähle ein Staat seinen Präsidenten auf fremdem Territorium. Und mit dem Beschluß, eine solche Wahl auf fremdem Hoheitsgebiet durchzuführen, gehe die Bundesregierung über verbale Erklärungen hinaus. Hier handele es sich bereits um ein Vorgehen in der Praxis, welches den Rechtsstandpunkt der Bundesrepublik widerspiegele und natürlich eine entsprechende Reaktion hervorrufen müsse.

Der *Bundeskanzler* antwortete, es handele sich hier um den alten Rechtsstandpunkt der Bundesregierung, und schließlich werde die Wahl ja nicht zum ersten Male in Westberlin stattfinden.<sup>13</sup> Wenn der Botschafter von Ansprüchen der Bundesrepublik auf Westberlin gesprochen habe, so sei dies eine Formel, die verschiedene Ausdeutungen zulasse. Es handele sich hierbei aber weniger um Ansprüche, sondern um einen Rechtsstandpunkt im Hinblick auf zu Recht bestehende Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin. So seien z. B. von Anfang an Berliner Abgeordnete im Bundestag vertreten gewesen, wenngleich auch ihre Entsendung nach einem besonderen Recht erfolge. Ebenso habe es der Bundestag seit 1949 respektiert, daß diese Berliner Abgeordne-

<sup>12</sup> Zum Schreiben des Staatsratsvorsitzenden und Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, vom 21. Februar 1969 an Bundesminister Brandt vgl. Dok. 74, Anm. 3.

<sup>13</sup> Die Bundesversammlungen zur Wahl des Bundespräsidenten fanden bereits am 17. Juli 1954, am 1. Juli 1959 und am 1. Juli 1964 in Berlin (West) statt.

ten im Bundestag kein Stimmrecht hätten.<sup>14</sup> Auch das Verhältnis zwischen dem Westberliner Senat und der Bundesrepublik beweise, daß Westberlin eine besondere Position habe. Die Differenzen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bestünden eben darin, daß man verschiedene Auffassungen von der Position Westberlins habe. Wenn man sich die sowjetische Formel von der selbständigen politischen Einheit Westberlins zu eigen mache, dann leugne man die tatsächlichen, seit Jahren bestehenden Verbindungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik.

Diese Verbindungen würden von den drei westlichen Schutzmächten als rechtmäßig betrachtet, was auch aus den jüngsten Erklärungen dieser Mächte hervorgehe. Diese Verbindungen seien selbst von der Sowjetunion bisher nicht in Bausch und Bogen beanstandet worden. So habe z. B. die Sowjetunion die wirtschaftlichen und finanziellen Verbindungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik anerkannt oder zumindest nicht bestritten.

Er wolle wiederholen, daß der Bundesregierung keineswegs daran gelegen sei, Westberlin zu einem beständigen Zankapfel zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu machen. Er wolle in diesem Zusammenhang ein Beispiel anführen: Wenn sich zwei Bauern über die Grenzziehung ihrer benachbarten Grundstücke stritten, dann könnten sie bis zum Ruin miteinander prozessieren. Sie könnten aber auch versuchen, eine praktische Regelung zu finden, ohne dabei jeweils ihre eigene Meinung aufzugeben. Einen solchen Versuch könnte man doch auch zwischen der Bundesregierung und der sowjetischen Regierung unternehmen, um in der strittigen Frage voranzukommen. Unbeschadet ihres Rechtsstandpunkts sei die Bundesregierung daran interessiert, neben der politischen Unabhängigkeit Westberlins auch die wirtschaftliche Lebensfähigkeit dieser Stadt zu erhalten und der Verbindung zwischen Westberlin und der Bundesrepublik durch Besuche ohne provozierenden Charakter Ausdruck zu geben. Sollte man sich entschließen, den von ihm angedeuteten Weg zu beschreiten, so würde dies im Zusammenhang mit der Berlinfrage zweifellos zu einer Entlastung der gegenseitigen Beziehungen führen. Dies wäre sein Vorschlag für die Zukunft. Er sei überzeugt, daß auf diese Weise eine erhebliche Entlastung des Verhältnisses erreicht werden könnte.

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, er wolle unter Bezugnahme auf das, was der Bundeskanzler zu den Verbindungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik gesagt habe, erneut auf die sowjetische Erklärung vom 13. Februar hinweisen. Anschließend zitierte er folgende Sätze:

<sup>14</sup> Artikel 144 Absatz 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949: „Soweit die Anwendung dieses Grundgesetzes in einem der in Artikel 23 aufgeführten Länder oder in einem Teile eines dieser Länder Beschränkungen unterliegt, hat das Land oder der Teil des Landes das Recht, gemäß Artikel 38 Vertreter in den Bundestag und gemäß Artikel 50 Vertreter in den Bundesrat zu entsenden.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 19.

Dazu erklärten die Militärgouverneure der britischen, französischen und amerikanischen Besatzungszonen, Robertson, Koenig und Clay, im Genehmigungsschreiben vom 12. Mai 1949 an den Präsidenten des Parlamentarischen Rats, Adenauer, daß „Berlin, wenngleich es weder eine stimmberechtigte Vertretung im Bundestag oder Bundesrat erhalten, noch vom Bund aus verwaltet werden kann, dennoch eine kleine Anzahl von Vertretern zur Teilnahme an den Sitzungen dieser gesetzgebenden Körperschaft bestellen darf“. Vgl. DzD II/2, S. 345.



„Die Absicht, die Bundesversammlung nach Westberlin einzuberufen, läßt sich weder vom rechtlichen Standpunkt, noch im Hinblick auf die Unterhaltung normaler Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin rechtfertigen. Dieses ganze Unterfangen wurde lediglich benötigt, um die absurden und gegenstandslosen Ansprüche auf eine Stadt zu kräftigen, die nicht zur Bundesrepublik gehört hat, gehört und aufgrund offensichtlicher Gründe auch nicht gehören kann.“

Wenn also, wie der Bundeskanzler ausgeführt habe, eine Lösung auf praktischer Grundlage erfolgen solle, dann müsse man damit anfangen, daß die Bundesregierung auf die Wahl in Westberlin verzichte, um eine Verschärfung der Lage um Westberlin zu vermeiden. Eine Verschärfung, an der im übrigen niemand interessiert sei.

Der *Bundeskanzler* antwortete, auch er sei natürlich nicht an einer Verschärfung interessiert. Die Standpunkte seien eben verschieden, wobei es nicht nur um den Standpunkt der Bundesrepublik bzw. der Sowjetunion gehe, sondern um den Standpunkt der Bundesrepublik und der drei verbündeten Mächte einerseits und um den sowjetischen Standpunkt andererseits.

Wenn sich die Bundesregierung zu einer Verlegung der Wahl entschlossen hätte, dann hätte sie damit nicht ihren Rechtsstandpunkt aufgegeben, sondern sich zu diesem praktischen Schritt entschlossen, um zu einer De-facto-Verständigung und zu einer De-facto-Entlastung der deutsch-sowjetischen Beziehungen für die Zukunft zu gelangen. Die Bundesregierung könne nicht, selbst wenn sie sich zur Verlegung der Wahl entschlösse, auf eine Rechtsposition verzichten. Dies schließe jedoch nicht aus, daß man unter Wahrung seiner Rechtsposition dennoch versuche, zu praktischen Lösungen zu gelangen. Als 1955 in Moskau die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart worden sei, habe man auf beiden Seiten durchaus gewußt, daß man in einer Reihe von Fragen unterschiedliche Auffassungen vertrete. Dennoch hätten sich beide Seiten zur Aufnahme der Beziehungen entschlossen.<sup>15</sup> Er halte dies für ein gutes Verfahren, wenn man gewillt sei, zu einer praktischen Verständigung zu kommen.

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, eine solche Auffassung, wie sie der Bundeskanzler dargelegt habe, lasse stets Möglichkeiten für eine Verschärfung der Lage offen. Wenn jetzt beispielsweise die Bundesregierung auf die Wahl in Westberlin verzichtet hätte, so sei damit nicht ausgeschlossen, daß sie in einigen Jahren vielleicht wieder beabsichtigen werde, die Wahl dort stattfinden zu lassen. Dann werde es erneut zu einer Verschärfung der Lage kommen. Eine solche Auffassung sei somit doch nur schädlich.

Der *Bundeskanzler* antwortete, das, was der Botschafter angedeutet habe, sei in der Theorie zwar möglich. Er könne sich jedoch nicht vorstellen, daß eine Bundesregierung, wenn es in der strittigen Frage zu einer praktischen Verständigung gekommen wäre oder käme, ihren Ehrgeiz darin sehen würde, die nächste Bundesversammlung nach Westberlin einzuberufen.

Auf die Frage des Botschafters, was er denn nun als Resümee der sowjetischen Regierung berichten solle, antwortete der Kanzler folgendes: Die Zeit sei nun

<sup>15</sup> Die Bundesrepublik und die UdSSR vereinbarten am 13. September 1955 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

schon sehr knapp geworden, die Einladungen zur Bundesversammlung seien fort, und schon morgen werde ein Teil der Wahlmänner nach Westberlin reisen. Er könne nur nochmals sagen, daß er, wenn es einen überzeugenden Beitrag Ostberlins wegen der Freizügigkeit in Berlin gegeben hätte, bereit gewesen wäre, sich für die Verlegung der Wahl nachdrücklich einzusetzen. Für einen solchen Entschluß hätte er teils Zustimmung, teilweise aber auch harte Kritik zu erwarten gehabt. Bei der gegenwärtigen Situation und angesichts des Zeitfaktors erscheine es ihm schwierig, noch zu einer Verständigung in der strittigen Frage zu gelangen. Doch selbst wenn es nun zu der Bundesversammlung in Westberlin kommen werde, halte er es für richtig, den von ihm angedeuteten praktischen und pragmatischen Weg zur Regelung der Berlinfrage ganz allgemein in der Zukunft zu beschreiten. Das bedeute also, daß beide Seiten ohne Änderung ihres Rechtsstandpunkts bestrebt sein sollten, in der Praktizierung ihrer Rechtsstandpunkte einander entgegenzukommen.

Der Bundeskanzler kam nun nochmals auf die in der jüngsten sowjetischen Note enthaltenen Anschuldigungen und Vorwürfe zurück, die er als gegenstandslos und unzutreffend bezeichnete. Er könne sich einfach nicht vorstellen, daß wirkliche Rüstungsgüter dort produziert würden. Falls ihm so etwas zur Kenntnis gelangen sollte, dann würde er dies gemeinsam mit den drei westlichen Schutzmächten unterbinden. Andererseits müsse die Bundesregierung Kontrollen anderer Produkte der Berliner Wirtschaft als eine schwere Verletzung bestehenden Rechts ansehen. Dieser Standpunkt werde auch von den drei verbündeten Westmächten geteilt.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, er könne dazu nur das sagen, was in der jüngsten sowjetischen Note enthalten sei. Die Kontrollen seien begründet, und an den in der Note aufgeführten Tatsachen dürfe nicht gezweifelt werden.

Zur Frage der Präsidentenwahl sagte er, sie sei in sowjetischer Sicht illegal, weshalb für die Bundesregierung keine Grundlage gegeben sei, um diese Frage mit Gesprächen zwischen dem Westberliner Senat und der DDR über Passierscheine zu verknüpfen. Aus den Worten des Bundeskanzlers entnehme er, daß die Einladungen zur Bundesversammlung abgesandt worden seien, und daß also die Wahl in Westberlin stattfinden solle. Er bedauere sehr, dies von dem Bundeskanzler hören zu müssen, und wolle in diesem Zusammenhang nochmals die sowjetische Erklärung vom 13. Februar zitieren:

„Die sowjetische Regierung muß auch auf den Umstand hinweisen, daß die beabsichtigte Provokation in Westberlin in offenkundigem Widerspruch zu den Versicherungen der Bundesregierung steht, wonach sie bestrebt sei, zur Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern beizutragen. Wie auch schon mehrfach in der Vergangenheit, weichen hier unverkennbar Worte und Taten voneinander ab.“

Anschließend zitierte der Botschafter noch eine andere Stelle aus dieser Erklärung, wo es heißt:

„Sollten die Versuche der Bundesrepublik, nach eigenem Ermessen ihre Machtbefugnisse auf Westberlin auszudehnen oder das Gebiet dieser Stadt zur Anheizung einer gefährlichen Spannung im Herzen Europas zu benutzen, fortgesetzt werden, so wird sich die sowjetische Regierung vor die Notwendigkeit ge-

stellt sehen, die Frage der genauen und strikten Erfüllung der Bestimmungen der alliierten Beschlüsse zu prüfen, die sich auf Westberlin beziehen.“

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er wolle, genauso wie die drei Westmächte in ihrer jüngsten Erklärung, darauf hinweisen, daß in der Nachkriegszeit in Ostberlin verschiedene Dinge geschehen seien, die einen Verstoß gegen völkerrechtliche Abmachungen darstellten. Er müsse den sowjetischen Vorwurf, wonach die Bundesregierung in bezug auf Westberlin illegal handele, zurückweisen. Die Einladungen zur Bundesversammlung hätten aus rein technischen Gründen inzwischen abgesandt werden müssen. Wäre es zu einer Verständigung in der Streitfrage gekommen, dann hätte morgen, also am Sonntag, noch die Möglichkeit bestanden, die Wahlmänner zu benachrichtigen und die Bundesversammlung in Westberlin abzusagen.

Wie dem Botschafter bekannt sei, seien die Ansichten in der Bundesrepublik über die Zweckmäßigkeit der Präsidentenwahl in Westberlin geteilt; nicht weil der Rechtsstandpunkt der Bundesregierung angezweifelt werde, sondern weil bei einigen Gruppen die Überlegung angestellt worden sei, daß man einer praktischen Verständigung mit der Sowjetunion erhebliches Gewicht beimessen müsse. Von solchen Überlegungen sei auch er ausgegangen, als er versucht habe, sozusagen noch in letzter Stunde zu einer befriedigenden Regelung zu kommen. Wenn man sich aber näherkommen wolle, dann müsse dies auf Gegenseitigkeit beruhen. Was die Durchführung des vierseitigen Abkommens über Berlin angehe, so habe es die Sowjetunion hierbei in erster Linie ja nicht mit der Bundesrepublik, sondern natürlich mit den drei Westmächten als Verhandlungspartner zu tun.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, er habe den Bundeskanzler ja auf die diesbezügliche Stelle der sowjetischen Erklärung vom 13.2. aufmerksam gemacht. Er müsse auch jetzt wieder feststellen, daß der Bundeskanzler versuche, ein Junktim zwischen den beiden Fragen herzustellen.

Der *Bundeskanzler* sagte, er bestreite dies. Er dränge nicht auf ein Junktim im eigentlichen Sinne. Wenn man sich aber verständigen wolle, müsse man sich durch praktische Schritte entgegenkommen. Das Junktim sei, wie schon dargelegt, von Ostberlin ins Spiel gebracht worden. Es sei jedoch nicht sinnvoll, auf diesem Begriff herumzureiten, sondern vernünftiger zu überlegen, wie man in praktischer Weise zu einer Regelung gelangen könne. Wäre es zu einer Verständigung gekommen, dann hätte er, der Bundeskanzler, nicht gesagt, die Bundesregierung habe Passierscheine zur Bedingung für ihren Beschluß gemacht, den Wahlort zu ändern. Er hätte vielmehr etwa folgendes erklärt: Bei aller Wahrung des eigenen Rechtsstandpunkts sei die Bundesregierung zu einer Verständigung bereit. Man habe den Berlinern größere Freizügigkeit angeboten. Darin sehe die Bundesregierung ein Signal zur Verständigungsbereitschaft und antworte ihrerseits mit einem entsprechenden Signal – der Verlegung der Wahl an einen anderen Ort. In einem solchen Verfahren könne niemand ein Junktim sehen. Vielmehr wäre ein solches Ereignis ein Schritt mit guten Auswirkungen gewesen, sowohl für die Beziehungen zwischen den beiden Völkern als auch für Europa.

Auf die Frage des Botschafters, warum er denn so ausdrücklich auf den Rechtsstandpunkt verweise, antwortete der Bundeskanzler, daß bei dem von ihm dar-

gelegten Verfahren der Rechtsstandpunkt gewahrt werde, jedoch brauche man, wenn es dem Frieden diene, nicht unbedingt in jedem Fall ausdrücklich auf den Rechtsstandpunkt zu verweisen.

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, die von dem Bundeskanzler eingenommene Position sei in zweierlei Hinsicht „durchsichtig“ und weise folgende Mängel auf: Erstens verweise der Bundeskanzler immer wieder auf eine Rechtsgrundlage, obwohl es nach sowjetischer Auffassung eine solche gar nicht gebe, und zweitens betone er die Rolle der Bundesrepublik als Verteidiger Westberliner Interessen. Dieser Standpunkt sei nicht vertretbar. Westberlin sei eine selbständige politische Einheit und kein Protektorat der Bundesrepublik.

Der *Bundeskanzler* entgegnete, es sei natürlich, daß sich die Bundesregierung für die Interessen der Westberliner einsetze, und er habe ja auch eingangs schon auf die vielfältigen Verbindungen zu Westberlin hingewiesen. Die Bundesregierung trete hierbei in einer Vermittlerrolle auf und nicht in Erfüllung einer Aufgabe.

Botschafter *Zarapkin* sagte, die Ausführungen des Bundeskanzlers lägen auf derselben Linie wie die Bestrebungen, die zur Verschärfung der Lage um Westberlin geführt hätten. Der Bundeskanzler habe gesagt, es wäre gut, praktisch und pragmatisch vorzugehen. Man könnte solchen Absichten Glauben schenken, wenn sich die Bundesregierung z. B. entschlossen hätte, den Wahlort zu ändern. Hätte der Bundeskanzler eine derartige Erklärung abgegeben, dann wären die Verhandlungen zwischen Kohl und Grabert über Passierscheine zu Ostern schon vorangekommen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, das Passierscheinangebot nur für die Osterfeiertage sei nicht überzeugend genug. Ein solides Angebot der DDR hingegen hätte als Beweis für den Verständigungswillen Ostberlins eine wichtige Rolle spielen können. Wie ein solches Angebot hätte aussehen können, habe er ja angedeutet.

Botschafter *Zarapkin* sagte, niemand werde die Entscheidung der Bundesregierung verstehen können, daß sie eine Verschärfung der Lage um Westberlin der in Aussicht gestellten Regelung vorziehe.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, Passierscheine nur zu Ostern seien keine Regelung. Bei echtem Willen zur Verständigung wäre gewiß eine großzügigere Regelung möglich gewesen.

Botschafter *Zarapkin* sagte, die westdeutsche Seite sei nicht berechtigt, sich zum Anwalt der Westberliner zu machen. Dafür sei der Westberliner Senat zuständig. Es gebe keine internationalen Dokumente, die das Vorgehen der Bundesregierung in bezug auf Westberlin rechtfertigten. Das einfachste wäre es, die Wahl zu verlegen.

Der *Bundeskanzler* antwortete, die einfachste Lösung sei oft eben so beschaffen, daß sie sich nicht ermöglichen lasse. Es gebe eben politische Möglichkeiten und Unmöglichkeiten. Die Entscheidung wäre sowieso schwer genug gewesen, und er sei für sein bisheriges Verhalten schon vielfach kritisiert worden. Nach Rechtsauffassung der Bundesregierung dürfe die Wahl durchaus in Westberlin abgehalten werden und dürfe die Bundesregierung auch ihre Rolle als Vermittler in bezug auf Westberlin spielen. Im übrigen wünsche man ja auch die Vermittlung

der Sowjetunion in diesen strittigen Fragen, um der Westberliner Bevölkerung helfen zu können.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, auch eine Vermittlerrolle stehe der Bundesregierung nicht zu. Der Bundeskanzler möge den Verzicht auf die Präsidentenwahl in Westberlin erklären, dann würden sich die Vertreter des Senats und der DDR treffen und sicherlich auch zu einer Einigung gelangen. Die Freizügigkeit zwischen Westberlin und der Hauptstadt der DDR gehöre in die Zuständigkeit der DDR, und die Sowjetunion beabsichtige nicht, sich dabei einzuschalten.

Bundeskanzler *Kiesinger* sagte, bei dieser sowjetischen Haltung müsse er seinen Versuch als mißglückt ansehen. Er habe gedacht, daß die Sowjetunion aufgrund ihrer guten Beziehungen zur DDR sich vermittelnd einschalten werde, um Besuche von Westberlinern in Ostberlin zu ermöglichen und um dadurch ein entsprechendes Entgegenkommen der Bundesregierung zu erreichen. Die Aufforderung des Botschafters, er, der Bundeskanzler, möge erklären, daß auf die Wahl in Berlin verzichtet werde, sei nicht akzeptabel, wenn andererseits lediglich die Möglichkeit einer Einigung in der Passierscheinfrage angedeutet werde und nicht mehr. Er verlange ja gar keine offizielle Einschaltung der Sowjetunion, sondern nur eine Ausnutzung ihrer guten Beziehungen zur DDR, um zu einer befriedigenden Regelung zu gelangen. Also nicht mehr als eine Vermittlerrolle seitens der sowjetischen Regierung.

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, die sowjetische Regierung habe auf die vom Bundeskanzler angeschnittenen Fragen eine Antwort bereits erteilt. Aufgrund der Entwicklung der Dinge und aufgrund dessen, was der Bundeskanzler in Beharrung auf den bekannten Auffassungen und Ansichten gesagt habe, komme er zu der Schlußfolgerung, daß man bei der Behandlung der strittigen Fragen auf der Stelle trete. Sollte es zur Abhaltung der Bundesversammlung in Westberlin kommen, so werde niemand in der ganzen Welt verstehen, daß die Bundesregierung ihren sehr riskanten Beschluß, die Wahl des Bundespräsidenten auf fremdem Hoheitsgebiet durchzuführen, nicht revidiert habe. Hätte sie hingegen ihren Beschluß geändert, so würden sich recht günstige Perspektiven ergeben haben. Die Wahl in Westberlin könne nichts anderes als nur negative Folgen haben.

Der *Bundeskanzler* sagte abschließend, leider sei man wieder am Ausgangspunkt der Gespräche angelangt und man drehe sich gewissermaßen im Kreise herum. Es sei sehr schade, daß bei den Gesprächen kein Erfolg erzielt worden sei.

Mit der Feststellung des *Botschafters*, daß auch er dies bedaure, endete das in einer sachlichen Atmosphäre geführte Gespräch.

Gesprächsdauer: 15.30–18.00 Uhr.

VS-Bd. 4395 (II A 1)

### Aufzeichnung des Legationssekretärs Schilling

MB 842/69 VS-vertraulich

3. März 1969<sup>1</sup>

Aufzeichnung über die Besprechung des Herrn Bundesministers mit dem portugiesischen Außenminister Franco Nogueira am 17. Februar 1969 in Lissabon.<sup>2</sup>

Der Herr Minister hat angeordnet, daß der anliegende FS-Bericht der Botschaft Lissabon (Nr. 45 vom 18.2.1969)<sup>3</sup> ergänzt und der Inhalt seiner Gespräche mit seinem portugiesischen Kollegen in einer kurzen Aufzeichnung festgehalten wird.

An den Besprechungen, die im Hotel Ritz, während einer Fahrt durch Lissabon und im portugiesischen Außenministerium geführt wurden, nahmen außer den beiden Ministern teil: auf portugiesischer Seite vorübergehend zwei Protokollbeamte (nur im Hotel Ritz), auf deutscher Seite Botschafter Müller-Roschach und LS Schilling.

Folgende Themen wurden behandelt:

#### 1) Lage im Mittelmeergebiet

Der portugiesische Außenminister (AM) äußerte seine Besorgnis über die verstärkte Präsenz der Sowjetunion im Mittelmeerraum. Diese Präsenz sei insbesondere aus folgenden zwei Gründen bedenklich:

- a) im Mittelmeergebiet könnten schon jetzt keine wichtigen Probleme mehr ohne sowjetische Einflußnahme gelöst werden;
- b) den Sowjets sei die Möglichkeit gegeben, vor allem die nordafrikanischen Länder in ihrem Sinne zu beeinflussen.

In diesem Zusammenhang bemerkte Nogueira, daß die Haltung der spanischen Regierung gegenüber der NATO in zunehmendem Maße zurückhaltend geworden sei, was hauptsächlich auf emotionalen Gründen beruhe. Dies gelte einmal für die Frage einer etwaigen Mitgliedschaft Spaniens in der NATO, zu welcher die Spanier heute allenfalls bei einer bedeutenden Gegenleistung bereit sein dürften; dies gelte aber auch für die Stützpunktfrage<sup>4</sup>. Falls die europäischen

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hansen am 10. März 1969 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Brandt unternahm vom 14. bis 23. Februar 1969 eine Seereise von Neapel nach Halifax (Kanada), um sich von den Folgen einer Erkrankung zu erholen. Einen Zwischenstopp am 17. Februar 1969 in Lissabon nutzte Brandt zu politischen Gesprächen mit dem portugiesischen Außenminister Nogueira.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Müller-Roschach, Lissabon, übermittelte eine Zusammenfassung über den Ablauf des Aufenthaltes des Bundesministers Brandt in der portugiesischen Hauptstadt. Vgl. VS-Bd. 2728 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>4</sup> Im Stützpunkte-Abkommen vom 26. September 1953, das 1963 um fünf Jahre verlängert wurde, erlaubte Spanien den USA, einen U-Boot-Stützpunkt in Rota sowie Flugzeugstützpunkte in Torrejon, Moron und Saragossa zu unterhalten. Im Gegenzug erhielt Spanien amerikanische Militärhilfe. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 29 (1953), S. 435–442. Nachdem 1968 entsprechende Verhandlungen gescheitert waren, vereinbarten der spanische Außenminister Castiella und sein amerikanischer Kollege Rogers am 20. Juni 1969, das Abkommen bis zum 26. September 1970 zu verlängern. Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung sowie des

NATO-Mitglieder jedoch in der Gibraltarfrage<sup>5</sup> auf Großbritannien starken Druck ausüben und erreichen würden, daß die Briten sich aus Gibraltar zurückziehen, so wäre Spanien möglicherweise bereit, Gibraltar als NATO-Stützpunkt<sup>6</sup> zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Bundesminister (BM) nahm diese Ausführungen zur Kenntnis.

## 2) Nahost

Der portugiesische AM äußerte die Befürchtung, der sowjetische Einfluß auf die arabischen Länder werde sich noch weiter verstärken. Der Islam sei heute keine Barriere mehr gegen den Kommunismus. Deshalb sei es unbedingt notwendig, das westlich orientierte Israel stärker als bisher zu unterstützen. Nur so könne ein Gegengewicht gegen eine sowjetische Einflußzone im arabischen Raum geschaffen werden. Es sei bedauerlich, daß Israel in letzter Zeit bei seiner Auseinandersetzung mit den arabischen Ländern von den USA nicht die erforderliche Unterstützung erhalten habe.

Der Herr BM erklärte, auch die Bundesregierung verfolge die Entwicklung im Nahen Osten mit Aufmerksamkeit; im einzelnen nahm er zu den Ausführungen Nogueiras nicht Stellung.

## 3) Europafragen

Der Herr Minister berichtete über die letzte Entwicklung in der WEU und über die deutsche Haltung in der Frage des Beitritts Großbritanniens und anderer Länder zur EWG. Der portugiesische AM wies in diesem Zusammenhang auf das portugiesische Memorandum vom 4. Februar 1969<sup>7</sup> hin.

Der Herr BM erklärte, daß die von den USA z.Zt. der Gründung der Europäischen Gemeinschaften und später vertretene Auffassung, ein wirtschaftlicher Zusammenschluß Europas werde automatisch zu einer politischen Einigung führen, sich als ein Irrtum erwiesen habe; Nogueira stimmte dem zu.

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 313*

Briefwechsels vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 61, 1969, S. 15. Vgl. dazu ferner AAPD 1968, II, Dok. 355.

<sup>5</sup> Am 18. Dezember 1968 verabschiedete die UNO-Generalversammlung die Resolution Nr. 2429, in der u. a. erklärt wurde: „The General Assembly [...] 2) Declares that the continuation of the colonial situation in Gibraltar is incompatible with the purposes and principles of the Charter of the United Nations and of General Assembly resolution 1514 (XV); 3) Requests the administering Power to terminate the colonial situation in Gibraltar not later than 1 October 1969“. Vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XII, S. 177.

<sup>6</sup> Die Worte „Gibraltar als NATO-Stützpunkt“ wurden von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Interessant!“

<sup>7</sup> Die portugiesische Regierung übergab am 4. Februar 1969 der EG-Kommission ein Aide-mémoire, in dem sie den Wunsch äußerte, an Verhandlungen über ein handelspolitisches Arrangement zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den beitrittswilligen Staaten von Anfang an beiteiligt zu werden. Für den Wortlaut vgl. Referat I A 2, Bd. 1841.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Poensgen stellte am 10. Februar 1969 dazu fest: „Wie dies bei den Verhandlungen über das angestrebte handelspolitische Arrangement geschehen kann, ist noch ungeklärt. Zunächst muß nach unserer Auffassung der materielle Inhalt des Arrangements festgelegt werden, dann ist die Frage des Teilnehmerkreises zu klären, wobei wir in einer zweiten Phase an die Beteiligung der vier Beitrittsanwärter und der drei Neutralen (Schweiz, Schweden, Österreich) denken, die ihrerseits ein enges Verhältnis zu den Gemeinschaften suchen und hierfür die Form gewählt haben, die ihrem anerkannten besonderen politischen Status entspricht. Auf Portugal lassen sich diese Vorstellungen nicht übertragen. Sein politischer Status und seine wirtschaftliche Entwicklung unterscheiden es von den genannten Staaten.“ Vgl. Referat I A 4, Bd. 400.

Bei der Beurteilung des Umfangs und der Bedeutung der französisch-sowjetischen Kontakte<sup>8</sup> waren beide Minister in der Auffassung einig, daß diesen Kontakten von französischer Seite nach außen hin mehr Gewicht beigemessen werde, als ihnen an reeller Substanz zukomme.

#### 4) Cabora-Bassa-Projekt

Minister Nogueira bat den Herrn BM eindringlich darum, sich dafür einzusetzen, daß das Cabora-Bassa-Projekt von dem ZAMCO-Konsortium, an dem deutsche Firmen beteiligt sind, ausgeführt werden kann.<sup>9</sup> Es handele sich hierbei für uns nicht nur um eine wirtschaftliche, sondern vor allem um eine politische Entscheidung. Für die deutsche und die französische Wirtschaft sei mit diesem Vorhaben zum ersten Mal die Chance gegeben, im südlichen Afrika Fuß zu fassen. Wenn das erwähnte Konsortium den viertgrößten Staudamm der Welt baue, werde den Ländern dieses Gebietes eindringlich vor Augen geführt, daß der wirtschaftliche und politische Einfluß Europas in dieser Region nicht nur den Briten – in Verbindung mit den Amerikanern – vorbehalten sei.

Die portugiesische Regierung sei immer noch starkem Druck ausgesetzt, den Zuschlag einem britisch-amerikanischen Konsortium zu erteilen.<sup>10</sup>

#### 5) Berlin; Osteuropa

Auf Wunsch seines portugiesischen Kollegen erläuterte der Herr BM die deutsche Beurteilung der Lage Berlins und Osteuropas, insbesondere Rumäniens.

Nogueira erklärte hierzu unter Bezugnahme auf die Absicht des belgischen AM, in Kürze nach Moskau zu reisen<sup>11</sup>, er halte es nicht für richtig, wenn nunmehr, nachdem sich die Sowjetunion von dem außenpolitischen Rückschlag durch die Invasion in die ČSSR wieder erholt habe, ein Wettlauf der westeuropäischen Staaten zum Kreml einsetze. Der Herr BM stimmte dem grundsätzlich zu, meinte jedoch, man könne Herrn Harmel nicht daran hindern, nach Moskau zu reisen, wenn er sich dies vorgenommen habe.

#### 6) Sowjetische militärische Aktivität im Atlantik und Indischen Ozean

Der portugiesische AM äußerte seine Besorgnis über die Präsenz der sowjetischen Flotte in den südlichen Bereichen des Atlantik und des Indischen Ozeans. Auch mehrere südamerikanische Länder (u.a. Argentinien, Brasilien) seien hierüber beunruhigt. Es wäre für die Sowjets von erheblicher strategischer Bedeutung, wenn sie militärische Stützpunkte auf den Kapverdischen Inseln erhalten könnten.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die dritte Tagung der französisch-sowjetischen Kommission („Große Kommission“) in Paris vom 3. bis 8. Januar 1969; Dok. 7.

<sup>9</sup> Um den Bau eines Wasserkraftwerks in Cabora-Bassa (Mosambik) im Auftragswert von 389 Mio. Dollar bewarb sich das internationale Konsortium „Zambeze Hydro-Eléctrico Consórcio“ (ZAMCO), an dem neben Unternehmen aus Frankreich, Italien, Rhodesien, Schweden und Südafrika auch AEG-Telefunken (Frankfurt/M.), Brown Boveri & Cie. AG (Mannheim), Hochtief AG (Essen), Siemens AG (Erlangen) und J. M. Voith GmbH (Heidenheim) beteiligt waren. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats III B 5 vom 10. Februar 1969; Referat II B 5, Bd. 798.

<sup>10</sup> Am 3. September 1969 berichtete Botschafter Schmidt-Horix, Lissabon, die portugiesische Regierung habe der ZAMCO den Zuschlag erteilt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 199; Referat III B 5, Bd. 798.

<sup>11</sup> Der belgische Außenminister Harmel besuchte vom 23. bis 26. Juli 1969 die UdSSR. Vgl. dazu Dok. 235, Anm. 8.



Bis jetzt sei Portugal noch in der Lage, einem diesbezüglichen sowjetischen Druck allein standzuhalten; es sei jedoch fraglich, ob dies bei einer Zunahme des sowjetischen Drucks noch möglich sei.<sup>12</sup>

#### 7) Südamerika

Der Herr Minister erläuterte kurz die Absicht der Bundesregierung, die Beziehungen zu den südamerikanischen Ländern zu intensivieren.<sup>13</sup> Er betonte, daß die Bundesrepublik hiermit keineswegs in eine Konkurrenz mit Portugal eintreten wolle.

#### 8) Afrika

##### a) Nigeria/Biafra

Der portugiesische AM erklärte, es könne heute nicht mehr zweifelhaft sein, daß Biafra von Nigeria nicht militärisch besiegt werden könne. Dies sei für den Westen eher ein Gewinn, da Biafra westlich orientiert sei und deshalb Unterstützung verdiene.<sup>14</sup>

##### b) Allgemeine Afrikapolitik

Nogueira betonte, Portugal habe bisher keine öffentliche Unterstützung seiner Politik in Afrika durch die Bundesregierung gefordert und tue dies auch jetzt nicht. Falls es jedoch zu einem Zusammenbruch des portugiesischen Einflusses in Afrika komme, werde dieser ersetzt werden durch Einflüsse, die nicht in gleicher Weise wie Portugal Europa repräsentierten; er denke hierbei vor allem an die Briten und Amerikaner. Der portugiesische AM plädierte nachdrücklich dafür, daß diesem Gedanken bei der deutschen Einstellung gegenüber der portugiesischen Afrikapolitik Rechnung getragen werde; die französische Regierung habe dies bereits eingesehen.

Abschließend hob Nogueira hervor, daß die Republik Sambia für die Bildung eines prowestlichen südafrikanischen Blocks sehr wichtig sei und daher von westlicher Seite unterstützt werden müsse.

Die mehrstündige Unterredung der beiden Außenminister verlief in einer sehr freundschaftlichen Atmosphäre und endete mit dem Austausch persönlicher Geschenke.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>15</sup> mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Schilling

VS-Bd. 2728 (I A 4)

<sup>12</sup> Botschaftsrat Jestaedt, Lissabon, berichtete am 24. März 1969, nach Auskunft der amerikanischen Botschaft hätte die portugiesische Regierung „keine Beweise für ihre Behauptung erbringen können, daß Sowjets sich ernsthaft für Kapverdische Inseln interessierten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 79; Referat I A 4, Bd. 400.

<sup>13</sup> Staatssekretär Duckwitz kündigte am 23. Januar 1969 in der Universität Bonn die Absicht des Auswärtigen Amts an, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Staaten auszubauen. Vgl. dazu BULLETIN 1969, S. 92–94.

<sup>14</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Duckwitz durch Fragezeichen hervorgehoben.

<sup>15</sup> Hat den Staatssekretären Duckwitz und Harkort am 4. bzw. 5. März 1969 vorgelegen.

**Botschafter Allardt, Moskau, an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1-11468/69 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 330**

**Aufgabe: 3. März 1969, 22.10 Uhr**  
**Ankunft: 3. März 1969, 20.36 Uhr**

Betr.: Berlin-Krise, China-Krise

Bezug: Drahtbericht vom 3.3., Nr. 328<sup>1</sup>

Aus weiteren heute geführten Gesprächen erscheinen nachstehende Punkte bemerkenswert:

1) Die durch mangelnde Instruktion des britischen Botschafters<sup>2</sup> erheblich verspätete Verbaldemarche der drei Alliierten<sup>3</sup> ist ohne besondere Vorkommnisse verlaufen. Der französische Botschafter<sup>4</sup> scheint dabei gegenüber seinem Gesprächspartner sehr deutlich geworden zu sein, als er auf dessen Angebot, ihm seine persönliche Meinung zur Berlin-Krise auseinanderzusetzen, mit dem Bemerken dankend verzichtet hat, daß ihn persönliche Meinungen in diesem Zusammenhang nicht interessierten und die schweren offiziellen Meinungsverschiedenheiten dadurch ohnehin nicht überbrückt würden.

2) Bei dem Frühstück, das Seydoux heute dem Ersten Stellvertretenden Außenminister Kusnezow gegeben hat, hat Seydoux, wie er mir mitteilte, das Gespräch auf die Berlin-Krise gebracht. Kusnezow habe daraufhin erwidert: „Von welcher Krise sprechen Sie?“ Als Seydoux geantwortet habe: „Von der Krise um Berlin, die Sie provoziert haben“, habe Kusnezow mit den Achseln gezuckt und das Thema gewechselt.

3) Stellvertretender Außenminister Kosyrew hat heute hier bei einigen Empfängen verbreitet – unter anderem auch gegenüber dem italienischen Botschafter<sup>5</sup> –, daß der Vorschlag, die Präsidentenwahl in die Bundesrepublik zu verlegen, wenn die „DDR“ für die Osterfeiertage Passierscheine für die Westberliner ausbe<sup>6</sup>, nicht etwa von Ulbricht, sondern von dem Herrn Bundeskanzler gemacht worden sei. Erst als dieser Vorschlag alsbald angenommen worden sei, habe Bonn seine Forderungen in indiskutabler Weise erhöht.

<sup>1</sup> Botschafter Allardt, Moskau, berichtete, daß Pressemeldungen über einen sowjetisch-chinesischen Grenzzwischenfall am Ussuri „auf sowjetische Öffentlichkeit schockartig gewirkt“ hätten. Er vermutete, „daß Kreml mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung beabsichtigt, der Öffentlichkeit eine akute Gefahr an östlicher Grenze vor Augen zu führen, um damit in Berlin ein trotz aller verbalen Eskalierung behutsames Vorgehen zu rechtfertigen“. Ferner übermittelte Allardt Äußerungen des jugoslawischen Botschafters in Moskau zur Krise um die Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin (West). Vidić zufolge seien die „Sowjets im Gegensatz zu Ulbricht an einem beiderseitigen akzeptablen Modus vivendi interessiert gewesen“. Vgl. Referat II A 4, Bd. 1096.

<sup>2</sup> Duncan Wilson.

<sup>3</sup> Zur Erklärung der Drei Mächte vom 1. März 1969 vgl. Dok. 86, Anm. 4.

<sup>4</sup> Roger Seydoux.

<sup>5</sup> Federico Sensi.

<sup>6</sup> Vgl. dazu das Schreiben des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, vom 21. Februar 1969 an Bundesminister Brandt, Dok. 74, Anm. 3.

- 4) Das Gesamtbild bestätigt die in den Vortelegrammen geäußerte Beurteilung der Situation, verstärkt aber gleichzeitig den Eindruck, daß es über Berlin zu erheblichen Spannungen zwischen Ulbricht und dem Kreml gekommen ist.
- 5) Der allgemein als vorzüglich unterrichtet geltende Schweizer Militärattaché<sup>7</sup> erzählte mir, daß anlässlich des Gretscho-Empfangs für den tschechoslowakischen Verteidigungsminister Dzúr<sup>8</sup> überraschend auch der SBZ-Verteidigungsminister Hoffmann uneingeladen erschienen sei. Etliche sowjetische Militärs hätten sich darüber mokiert, und Dzúr habe in seiner Ansprache zwar anwesende Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten begrüßt, Hoffmann aber nicht erwähnt. Bei einem anschließenden Empfang des SBZ-Botschafters Bittner sei weder Dzúr noch jemand von seiner Begleitung erschienen.
- 6) Aus sowjetischen Militärkreisen verlautet, daß bei dem Zwischenfall am Amur-Ussuri-Fluß<sup>9</sup> über 40 sowjetische Soldaten getötet worden seien.
- 7) Der sowjetische Leiter der Indien-Abteilung des hiesigen Asien-Instituts äußerte gegenüber einem meiner Mitarbeiter, daß die Chinesen zu ihrer Aggression u.a. durch jüngst gewährte bundesdeutsche Kredite und durch die bundesdeutsche Zusage einer erweiterten Mitarbeit im Atomzentrum von Sinkiang ermutigt worden seien.

[gez.] Allardt

VS-Bd. 4442 (II A 4)

## 89

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank

IA 1-80.11-611/69 VS-vertraulich

5. März 1969

Betr.: Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf der Grundlage des Vertrages vom 22.1.1963;  
hier: Vorbereitung der Konsultationen am 10.<sup>1</sup> und 13./14. März 1969<sup>2</sup>

I. Die Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages über Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963 ist anfangs außerhalb der beiden Länder so verstanden worden, als solle ein deutsch-französischer Block die politische Entwicklung in Europa in Zukunft einseitig bestimmen. Die Furcht vor dem vereinigten Potential Frankreichs und Deutschlands war bei unseren Verbündeten ebenso

<sup>7</sup> Matthias Brunner.

<sup>8</sup> Der tschechoslowakische Verteidigungsminister hielt sich vom 21. Februar bis 2. März 1969 in der UdSSR auf.

<sup>9</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarpakin am 11. März 1969; Dok. 96.

<sup>1</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré vgl. Dok. 94.

<sup>2</sup> Für die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen vgl. Dok. 99–103.

verbreitet wie im Ostblock. Es wurden Befürchtungen laut, daß die Europäischen Gemeinschaften dem Diktat der beiden Länder ausgesetzt sein würden. Die Sowjetunion befürchtete vor allem den möglichen Zugang der Bundesrepublik Deutschland zur französischen Kernwaffenentwicklung. Die Vereinigten Staaten sahen in dem Vertragsabschluß den Beginn einer antiamerikanischen Politik in Europa auf allen Gebieten. Großbritannien erblickte in dem Vertrag die französische Reaktion auf die amerikanisch-englischen Abmachungen von Nassau<sup>3</sup> und den Beginn einer neuen „napoleonischen“ Politik des europäischen Festlandes gegen das insulare England. Italien und die kleinen europäischen Länder befürchteten, ihre Mitbestimmung in europäischen Angelegenheiten zu verlieren.

Solche Befürchtungen wegen eines deutsch-französischen „Komplots“ entbehrten nicht alle der Grundlage, wenn man die Absichten de Gaulles in Rechnung stellte. De Gaulle hatte bereits wenige Monate nach seiner Machtübernahme keinen Zweifel daran gelassen, daß es für seine Außenpolitik ein einziges bedeutendes und unverzichtbares Ziel gab: Frankreichs Rolle als Weltmacht auf gleicher Ebene wie die Vereinigten Staaten und wie Großbritannien (Aide-mémoire an Eisenhower und Macmillan vom 17.9.1958<sup>4</sup>).

Das Frankreich von 1963 hatte seine kolonialen Hypotheken, zuletzt Algerien 1962<sup>5</sup>, abgestoßen. Seit vielen Jahrzehnten konnte es sich erstmalig wieder ganz auf die kontinentalen Probleme in Europa konzentrieren. Mit großen Kosten hatte es den Weg der atomaren Bewaffnung ohne fremde Hilfe beschritten. Die wirtschaftliche Lage zeigte infolge der Zugehörigkeit zum Gemeinsamen Markt eine positive Entwicklung.

Trotzdem wußte de Gaulle, daß Frankreichs Potential nicht ausreichte, um aus eigener Kraft in die Klasse der Weltmächte aufrücken zu können.

Nach mancher Enttäuschung von anderer Seite (Ablehnung des Dreier-Direktoriums; Scheitern von Fouchet I und II<sup>6</sup>; Begegnung de Gaulle/Macmillan in Rambouillet 1962<sup>7</sup>) und unter dem Eindruck einer triumphalen Reise in Deutschland (1962)<sup>8</sup> wählte de Gaulle das Zusammengehen mit der Bundesrepublik Deutschland. Der französischen Politik sollte dadurch das fehlende Machtpotential verschafft werden, das sie für die angestrebte Weltmachtrolle

<sup>3</sup> Zur Konferenz von Nassau vom 18. bis 21. Dezember 1962 vgl. Dok. 56, Anm. 5.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „24.9.1958“.

Der französische Staatspräsident leitete am 17. September 1958 Präsident Eisenhower und Premierminister Macmillan ein geheimes Memorandum zu, in dem er eine Erweiterung des Wirkungsbereiches der NATO und die Schaffung eines Gremiums anregte, das politische und strategische Entscheidungen des Bündnisses treffen sollte. Als Mitglieder schlug de Gaulle Frankreich, Großbritannien und die USA vor („Dreier-Direktorium“). Vgl. dazu DDF 1958, II, S. 376 f. und S. 383 f.

<sup>5</sup> Mit der Erklärung der algerischen und französischen Delegation vom 18. März 1962 (Abkommen von Evian) zum Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen wurden die militärischen Auseinandersetzungen in Algerien beendet. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 213–225.

Nachdem am 8. April 1962 in Frankreich und am 1. Juli 1962 in den algerischen Departements die Wahlberechtigten dem Abkommen von Evian zugestimmt hatten, verkündete Staatspräsident de Gaulle am 3. Juli 1962 die Unabhängigkeit Algeriens. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. DE GAULLE, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961 – décembre 1963, S. 242.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 35, Anm. 17 und 21.

<sup>7</sup> Zu den Gesprächen des Staatspräsidenten de Gaulle mit Premierminister Macmillan am 15./16. Dezember 1962 vgl. MACMILLAN, End of the Day, S. 345–355. Vgl. dazu ferner AAPD 1963, I, Dok. 43.

<sup>8</sup> Staatspräsident de Gaulle besuchte vom 4. bis 9. September 1962 die Bundesrepublik.

brauchte. De Gaulle ging davon aus, daß ein gemeinsamer politischer Wille beider Länder und ihr gemeinsames Handeln sowohl nach Osten wie auch nach Westen unwiderstehlich sein würden.

Diese handfesten machtpolitischen Überlegungen dürften bei ihm überlagert gewesen sein von Vorstellungen historischer und atmosphärischer Art. Was Briand und Schuman nicht geschafft hatten, würde einem de Gaulle gelingen. Machtpolitisches Kalkül und politische Romantik hielten sich die Waage.

II. Die Erwartungen, die de Gaulle in die deutsch-französische Zusammenarbeit gesetzt hat, haben sich offensichtlich nicht alle erfüllt. Die Gründe für das teilweise Mißlingen dieser Politik können nicht gefunden werden, wenn sich die Diskussion in gegenseitigen Vorwürfen erschöpft. Auf beiden Seiten sind Fehler gemacht worden. Diese sind jedoch für den gegenwärtigen Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit nicht entscheidend gewesen. Es sind vielmehr die objektiven Faktoren der deutschen und französischen Politik, die die Verschmelzung zu einer gemeinsamen Politik unmöglich gemacht haben. Die unterschiedlichen Auffassungen in den Grundfragen sind entweder nicht rechtzeitig erkannt worden, oder es hat zuweilen die Bereitschaft gefehlt, sie klar und deutlich vorzutragen. Man hat geglaubt, daß die Vermeidung eines „showdowns“ für die gedeihliche Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen besser sei als eine klare Bestimmung der beiderseitigen Standorte.

Es ist nicht sicher, ob die Klarheit über die unterschiedlichen Auffassungen heute noch einen heilsamen Effekt haben kann. Hingegen dürfte die Kenntnis der Grundpositionen der deutsch-französischen Politik dazu beitragen, daß der deutsch-französische Dialog nicht auf das Niveau unfruchtbarer Polemik herabsinkt und die Versöhnung der beiden Völker schließlich in Gefahr bringt.

#### 1) Unterschiedliche Auffassungen von der Sicherheit:

Mit wechselnder Intensität ist de Gaulle davon ausgegangen, daß die Sicherheit für die europäischen Länder auf die Dauer nur gewährleistet werden kann, wenn sich die Vereinigten Staaten aus ihrem militärischen Engagement in Europa – jedenfalls in seiner integrierten Form mit ihrem quasi automatischen Funktionieren – lösen. De Gaulle fürchtet, daß die Verpflichtungen, denen die Vereinigten Staaten weltweit unterliegen, Europa über den Weg eines atlantischen Automatismus in militärische Komplikationen hineinziehen werden.

Die alternative Sicherheitskonzeption, die Frankreich entwickelt hat, steht auf zwei Beinen: Einmal Ost-West-Entspannung in Europa (Europa vom Atlantik bis zum Ural)<sup>9</sup> und Aufbau der unabhängigen französischen nuklearen Abschreckung (Verteidigung nach allen Himmelsrichtungen)<sup>10</sup>.

<sup>9</sup> Staatspräsident de Gaulle erklärte am 23. November 1959 in Straßburg: „Oui, c'est l'Europe, depuis l'Atlantique jusqu'à l'Oural, c'est l'Europe, c'est toute l'Europe, qui décidera du destin du monde.“ Nur die Überwindung der Teilung Europas könne den Frieden sichern: „Mais si l'Europe demeure divisée en deux fractions opposées, c'est la guerre qui détruira, tôt ou tard, la race humaine.“ Vgl. den Artikel „Le voyage présidentiel en Alsace“, LE MONDE vom 24. November 1959, S. 4.

Ähnlich äußerte sich de Gaulle in einer Tischrede während des Besuchs in Bonn am 4. September 1962. Für den Wortlaut vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1962, S. 1402.

<sup>10</sup> Zur französischen Verteidigungsstrategie vgl. Dok. 19, besonders Anm. 9.

Es mag dahingestellt bleiben, in welchem Maße die Erwartung auf Ost-West-Zusammenarbeit in Europa der Zeit vorauseilt und in welchem Maße die französische Force de frappe eine echte Abschreckung bedeutet; ganz sicher ist, daß dieses Sicherheitskonzept der deutschen Sicherheitsvorstellung, die auf der NATO als unverzichtbare Grundlage beruht, entgegengesetzt ist. Es drückt sich im französischen Konzept eine historische und geographische Einstellung zur Sicherheitsfrage aus, die von der unseren verschieden ist.

## 2) Die französische Europa-Konzeption:

Auch das Frankreich de Gaulles hat eine Europa-Konzeption. Sie geht gedanklich zurück auf den napoleonischen „Fédérateur“ und das französische Sendungsbewußtsein der Revolutionskriege. Frankreich ist per definitionem die europäische Macht. Der Einigungsprozeß im Sinne der „Europe européenne“ kann daher nur als ein Prozeß der Zuordnung der anderen Länder an Frankreich verstanden werden. Gemeinsame Politik kann nur in dem Maße entstehen, wie sich Couve de Murville einmal ausdrückte, in dem die europäischen Partner sich der Position Frankreichs annähern.

Es liegt auf der Hand, daß die französische Europa-Konzeption mit derjenigen einer Gemeinschaft gleichberechtigter Glieder, ob groß oder klein, nicht zu vereinbaren ist. In der Association Politique, die de Gaulle dem britischen Botschafter Soames angeboten hat<sup>11</sup>, sind denn auch die Benelux-Länder nicht berücksichtigt. Frankreich kennt nicht die Erfahrung und Tradition des Föderalismus. Eine europäische Gesamtkonzeption ist in französischer Vorstellung nur auf zwei Wegen möglich: entweder zusammen mit Deutschland ein Gleichgewicht gegenüber Rußland oder zusammen mit Rußland ein Gleichgewicht, in dem Deutschland eingeraht ist.

## 3) Das Verhältnis zu England:

Die Orientierung Großbritanniens auf den Kontinent ist für Frankreich weniger ein grundsätzliches Problem als eine Frage des zeitlichen Ablaufs und der Prioritäten. Erst will Frankreich seine Position in Europa gefestigt wissen, so daß der Eintritt Englands in das europäische Konzert keine entscheidenden Veränderungen mit sich bringen kann. Da zu erwarten ist, daß Großbritannien bis zu seinem möglichen Eintritt in die kontinentale Politik noch weitere Einbußen an Macht und Prestige erleiden wird, hat Frankreich es damit gar nicht eilig.

In dem Maße, wie die Partner Frankreichs das Problem Großbritannien (sei es Beitrittsproblem zur EWG oder sei es politische Zusammenarbeit) vorantreiben und indem Paris einsieht, daß dieses Thema nicht mehr von der Tagesordnung abzusetzen ist, wird es zu einer zunehmenden Belastung für die Beziehungen Frankreichs zu den europäischen Partnern. Die Hoffnung, die Partner auf Frankreich zuzuordnen, schwindet und damit auch das politische Interesse an den bestehenden europäischen Strukturen, die dieser Zuordnung bei Einschluß Englands oder auch nur mit „England ante portas“ nicht mehr dienstbar gemacht werden.

Auch hier sind die Interessen der Bundesrepublik Deutschland anders gelagert. Als Handelsmacht, die an der Ausweitung des internationalen Handels inter-

<sup>11</sup> Zum Gespräch des Staatspräsidenten de Gaulle mit dem britischen Botschafter in Paris, Soames, am 4. Februar 1969 vgl. Dok. 90.

essiert ist, muß die Bundesrepublik an der Erweiterung der EWG interessiert sein. Großbritannien ist eine der vier für Berlin und Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächte. Großbritannien ist ein Band zu den Vereinigten Staaten, auf deren Präsenz in Deutschland wir nicht verzichten wollen.

#### 4) Französische Reserven gegenüber Deutschland:

Die französische Deutschlandpolitik nach 1945 ist stets durch eine gewisse Ambivalenz gekennzeichnet gewesen. Dies gilt auch für die Deutschlandpolitik de Gaulles. Auf der einen Seite suchte Frankreich die Zusammenarbeit mit dem wirtschaftlich leistungsfähigen Deutschland; auf der anderen Seite möchte es den deutschen Dynamismus so eingerahmt und kanalisiert wissen, daß das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs voll befriedigt und sein Primat gewahrt ist. Unter dieser Ambivalenz hat auch das deutsch-französische Verhältnis seit 1963 gelitten. Frankreich war nicht bereit, die Frage einer möglichen Beteiligung der Bundesrepublik an der Force de frappe<sup>12</sup> auf der Grundlage des Vertrages eindeutig zu beantworten. Frankreich hat sich im entscheidenden Moment gegen die MLF gewandt mit der Begründung, daß die deutsche Beteiligung an ihr für die osteuropäischen Länder unzumutbar sei.<sup>13</sup> Frankreich mißtraute dem wirtschaftlichen Dynamismus der Bundesrepublik in Osteuropa, weil es fürchtete, daß das prekäre Gleichgewicht zwischen beiden Ländern gestört werden könnte. Und schließlich verfolgt Frankreich auch das Projekt der Gasultrazentrifuge mit Argwohn.<sup>14</sup> Die Einfügung Deutschlands in ein europäisches System, bei dem seine Bewaffnung begrenzt und seine Grenze fixiert sein sollen, war für de Gaulle stets eine Voraussetzung für die deutsch-französische Zusammenarbeit.

III. Mißverständnisse und Fehler, die in der Vergangenheit die Zusammenarbeit erschwert haben:

#### 1) Die Vertragsform:

De Gaulle wollte ursprünglich eine Grundsatzerklärung oder ein Protokoll über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Auf deutschen Vorschlag hin ist das Instrument des völkerrechtlichen Vertrages gewählt worden. De Gaulle mußte dies so verstehen, als wolle die Bundesregierung in der von ihm eingenommenen Richtung der gemeinsamen Politik noch weiter gehen als er selber. Tatsächlich aber hat die Bundesregierung das Instrument des völkerrechtlichen Vertrages lediglich gewählt, weil nach Auffassung der deutschen Juristen Ratifizierungsbedürftigkeit vorlag.<sup>15</sup>

#### 2) Die Präambel zum Zustimmungsgesetz:

Die Präambel zum Zustimmungsgesetz enthält genau das, was de Gaulle nicht wollte: ein Bekenntnis zu der auf die Brüsseler Institutionen orientierten euro-

<sup>12</sup> Anlässlich der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn deutete Staatspräsident de Gaulle gegenüber Staatssekretär Carstens die Möglichkeit einer Mitwirkung der Bundesrepublik beim Aufbau der Force de frappe an. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 186.

<sup>13</sup> Zu den französischen Bedenken gegen eine Teilnahme der Bundesrepublik an der MLF vgl. AAPD 1964, II, Dok. 359, Dok. 374 und Dok. 377. Vgl. ferner die Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle gegenüber Bundeskanzler Erhard am 20. Januar 1965; AAPD 1965, I, Dok. 26.

<sup>14</sup> Zur französischen Haltung gegenüber dem deutsch-britisch-niederländischen Projekt einer Gasultrazentrifuge vgl. Dok. 69.

<sup>15</sup> Vgl. dazu AAPD 1963, I, Dok. 22 und Dok. 53.

päischen Integration und zur NATO.<sup>16</sup> In den Augen de Gaulles ist dadurch der Vertrag entwertet worden. Er hat jedoch gehofft, mit der Zeit diese beiden Grundsatzpositionen der deutschen Politik überwinden zu können.

### 3) Massive Waffenkäufe in den USA:

Die von de Gaulle angestrebte gemeinsame deutsch-französische Rüstungsproduktion ist durch die massiven Waffenkäufe in den USA gegenstandslos geworden. Der Hinweis darauf, daß die Amerikaner die größere Verteidigungslast tragen und deshalb auch größere Aufträge bekommen müssen, ist für de Gaulle nicht überzeugend, weil es ja gerade das Ziel seiner Politik war, dieses Abhängigkeitsverhältnis zu den USA zu lösen.

### 4) Gemeinsame industrielle Projekte:

Die meisten gemeinsamen industriellen Projekte haben zu nichts geführt, weil

- a) nicht mit einem einzigen gemeinsamen Modell begonnen worden ist (z.B. Farbfernsehen<sup>17</sup>) oder
- b) die deutsche Industrie eine viel größere Unabhängigkeit genießt und sich damit stärker auf die wirtschaftliche Opportunität orientiert als die durch das staatliche Bank- und Kreditwesen indirekt abhängige französische Industrie, deren Entwicklung in höherem Maße den staatlichen politischen Zielsetzungen unterworfen ist.

## IV. Die heutige Lage

Die Faktoren, die im Augenblick das deutsch-französische Verhältnis beeinflussen, sind:

- a) Wilson-Besuch mit gemeinsamer deutsch-englischer Erklärung<sup>18</sup>,
- b) WEU-Krise;
- c) Unsicherheit über weitere Entwicklung der EWG;
- d) Nixon-Besuch<sup>19</sup>;
- e) verschärfte Ost-West-Spannung durch Berlin.

Unsere Haltung bei den Gesprächen am 13./14. März wird diesen Faktoren Rechnung tragen müssen. Sie bedeuten im einzelnen, daß

<sup>16</sup> In der Präambel des Zustimmungsgesetzes vom 15. Juni 1963 zum deutsch-französischen Vertrag erklärte die Bundesrepublik ihren Willen, u. a. „die Erhaltung und Festigung des Zusammenschlusses der freien Völker, insbesondere einer engen Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika“, sowie „die gemeinsame Verteidigung im Rahmen des nordatlantischen Bündnisses und die Integrierung der Streitkräfte der in diesem Bündnis zusammengeschlossenen Staaten, die Einigung Europas auf dem durch die Schaffung der Europäischen Gemeinschaften begonnenen Wege unter Einbeziehung Großbritanniens und anderer zum Beitritt gewillter Staaten und die weitere Stärkung dieser Gemeinschaften“ zu fördern. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 705.

Zur Diskussion über die Aufnahme einer Präambel vgl. AAPD 1963, I, Dok. 99 und Dok. 136.

<sup>17</sup> Zur Entwicklung der Farbfernsehsysteme PAL und SECAM vgl. Dok. 83, Anm. 3.

<sup>18</sup> Premierminister Wilson hielt sich vom 11. bis 14. Februar 1969 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger am 12. Februar 1969 vgl. Dok. 54–56.

Für den Wortlaut der deutsch-britischen Erklärung vom 13. Februar 1969 vgl. BULLETIN 1969, S. 164.

<sup>19</sup> Präsident Nixon besuchte vom 23. Februar bis 2. März 1969 Belgien, Großbritannien, die Bundesrepublik, Italien, Frankreich und den Vatikan.



- wir die gemeinsame deutsch-englische Erklärung in bezug auf ihre Substanz (europäische Einigung und NATO als Grundlage unserer Sicherheit) nicht verleugnen dürfen;
- wir versuchen müssen, auf der Grundlage unserer früheren Vorschläge (jeder soll jedes Thema in der WEU konsultieren können) aus der Krise herauszukommen;<sup>20</sup>
- wir den Franzosen klar machen müssen, daß wir an der EWG als der Grundlage der europäischen Einigung unverändert festhalten, bereit sind, mit Frankreich ihren inneren Ausbau kraftvoll zu fördern, aber ihre Erweiterung wünschen; wir uns aber bewußt sind, daß diese Frage nur in der Zeit zu lösen ist, weshalb wir trotz mancherlei Widerstände an der Zwischenlösung des handelspolitischen Arrangements festhalten;
- wir von einer Verbesserung des französisch-amerikanischen Verhältnisses ein größeres Verständnis der französischen Politik für unsere Probleme erwarten;
- wir von Frankreich erwarten, daß es sich die Belange einer aktiven Deutschland- und Entspannungspolitik zu eigen macht.

Mit anderen Worten: Wir sollten de Gaulle anbieten, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Grundpositionen der deutschen und der französischen Politik eine realistische Anpassung der vertraglich vorgesehenen Zusammenarbeit an die heutigen Bedingungen vorzunehmen. Wir sollten de Gaulle klarmachen, daß wir im Geiste des Vertrages unverändert bereit sind, auf dem Wege verbesserter Konsultationen eine Annäherung der Standpunkte herbeizuführen, ohne daß von dem einen oder anderen Partner in seinen Grundpositionen Optionen verlangt werden, die er nicht vollziehen kann. Schließlich geht es vor allem darum, die Zusammenarbeit realistischer zu gestalten, damit das überragende Ziel der Aussöhnung der beiden Völker nicht durch zu hochgeschraubte, zwangsläufig zu enttäuschende Hoffnungen in Mitleidenschaft gezogen wird.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>21</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>22</sup> vorgelegt. Ich stelle anheim, Durchdruck der Aufzeichnung dem Bundeskanzleramt zugehen zu lassen.<sup>23</sup>

Frank

VS-Bd. 2679 (I A 1)

<sup>20</sup> Vgl. dazu Dok. 67, Anm. 7.

<sup>21</sup> Hat den Staatssekretären Duckwitz und Harkort am 6. März 1969 vorgelegen.

<sup>22</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritzel am 7. März an Bundesminister Brandt weitergeleitet. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Herr Minister, sehr lesenswert!“

<sup>23</sup> Dazu handschriftliche Bemerkung des Vortragenden Legationsrats Wilke vom 7. März 1969: „Gesehen! (Büro StS).“

## 90

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank**

I A 1-80.05/0

7. März 1969<sup>1</sup>

Eilt sehr!

Betr.: Britisch-französische Auseinandersetzung um die Europapolitik;  
hier: Gespräch des französischen Staatspräsidenten mit dem britischen  
Botschafter in Paris am 4. Februar 1969

1) Staatspräsident de Gaulle führte am 4.2.1969 in Paris ein Gespräch mit dem britischen Botschafter, Christopher Soames, über die französisch-britischen Beziehungen und die Europapolitik. Soames ist ein Schwiegersohn von Winston Churchill und war früher Landwirtschaftsminister in der konservativen Regierung. Er sieht seine Aufgabe in Paris darin, die britisch-französischen Beziehungen zu verbessern, die wegen des andauernden Widerstandes der französischen Regierung gegen den britischen Eintritt zu den Europäischen Gemeinschaften auf einem Tiefpunkt angekommen sind.

2) Bei seinem Besuch in Bonn am 12.2.1969 hat Premierminister Wilson den Bundeskanzler über dieses Gespräch unterrichtet.<sup>2</sup> Anschließend hat die britische Regierung auch andere europäische Verbündete und die Vereinigten Staaten informiert, sowie der französischen Regierung mitgeteilt, daß sie diese Unterrichtung vornehme. Schließlich hat Außenminister Stewart am 24.2.1969 eine Erklärung über den Vorgang im britischen Unterhaus abgegeben, an die sich eine Debatte anschloß.<sup>3</sup>

3) Nach britischer Darstellung hat de Gaulle der britischen Seite die Eröffnung bilateraler Gespräche über politische, wirtschaftliche, Währungs- und Verteidigungsfragen in Aussicht gestellt, in denen die bestehenden Differenzen bereinigt und die Zukunft Europas erörtert werden sollte. Die Initiative für diese Gespräche sollte von der britischen Seite ergriffen werden. De Gaulle habe in diesem Zusammenhang vor allem gesagt, daß

– ein vereinigtes Europa eine unabhängige Stellung in der Welt haben müsse, insbesondere gegenüber den Vereinigten Staaten;

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Racky und von Legationsrat I. Klasse Nipperdey konzipiert.

<sup>2</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Premierminister Wilson vgl. Dok. 56.

<sup>3</sup> Der britische Außenminister führte aus, Frankreich sei zunächst mit dem britischen Protokoll über das Gespräch vom 4. Februar 1969 einverstanden gewesen. Am 12. und 24. Februar 1969 habe die britische Regierung Frankreich angeboten, das Gespräch fortzusetzen, obwohl sie die französischen Vorstellungen nicht teile: „Since these ideas affect the vital interests of other European countries who are our allies, a proposal for talks of this kind should not and could not remain a secret between Britain and France. We felt it right to tell our allies in Western European Union what was proposed. These are major problems which cannot be settled between Britain and France alone. We therefore made it clear in our reply to the French Government that we rejected their views on NATO and maintained our position on entry into the European Economic Community. It was on these understandings that we were prepared to have discussions with them provided that our partners were fully in the picture.“ Vgl. HANSARD, Bd. 778, Sp. 1089.

- ein solches Europa die NATO mit ihrer amerikanischen Vorherrschaft und ihrer integrierten Kommandostruktur überflüssig mache;
- der Gemeinsame Markt sich durch einen britischen Beitritt grundlegend verändern werde;
- er persönlich in einer Veränderung des Gemeinsamen Marktes, an dessen Gründung er nicht mitgewirkt habe, nicht notwendigerweise eine negative Entwicklung sehe;
- er sich anstelle des Gemeinsamen Marktes eine lockere Freihandelszone, ergänzt durch Abmachungen über landwirtschaftliche Produkte, in Europa vorstellen könne und bereit sei, darüber mit Großbritannien zu sprechen;
- innerhalb einer solchen wirtschaftlichen Struktur ein kleinerer Kreis politisch eng zusammenarbeitender Staaten gebildet werden könne (Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien – innerer Viererrat);
- bis zur tatsächlichen Aufnahme von Gesprächen die Angelegenheit vertraulich zu behandeln sei.

4) Nach britischer Darstellung ist das von Botschafter Soames über sein Gespräch mit de Gaulle gefertigte Papier am 6.2. dem Generalsekretär des Elysée, Tricot, zur Prüfung vorgelegt worden. Tricot, der an dem Gespräch nicht teilgenommen hatte, habe dieses Papier entgegengenommen und gesagt, er wolle mit General de Gaulle noch einmal darüber sprechen, im übrigen habe er den Botschafter an den Außenminister verwiesen. Tricot habe sich seither in dieser Frage nicht mehr gerührt. In einem Gespräch mit Debré am 8.2. habe dieser die Darstellung des Botschafters als richtig bezeichnet.

Die britische Regierung hat der französischen Regierung am 12.2. und erneut am 24.2. mitgeteilt, daß sie grundsätzlich zu Gesprächen bereit sei. Die französischen Auffassungen über NATO könne sie jedoch nicht teilen. Hinsichtlich der EWG beharre sie auf ihrem Beitrittsersuchen. Im übrigen könne sie Gespräche nur unter voller Unterrichtung ihrer Partner führen.

5) Von französischer Seite wird die Abstimmung des britischen Papiers mit der französischen Seite bestritten. Debré habe Soames erklärt, daß einige Punkte nicht dem Gesagten entsprächen (Erklärung des Staatssekretärs für Information, Le Theule, vom 26.2.1969).<sup>4</sup> Ferner wirft die französische Seite den Briten Indiskretion wegen der Weitergabe des Papiers an die Verbündeten vor.

Außenminister Debré hat den fünf Pariser Botschaftern der EWG-Partnerstaaten Frankreichs am 24.2.1969 erklärt<sup>5</sup>, daß

- die Initiative zu dem Gespräch von Soames ausgegangen sei;

<sup>4</sup> Botschafter Freiherr von Braun, Paris, berichtete am 26. Februar 1969, der französische Staatssekretär Le Theule habe der Presse mitgeteilt, der Bericht des britischen Botschafters Soames über die Unterredung mit Staatspräsident de Gaulle am 4. Februar 1969 werde von der französischen Regierung nicht gebilligt. Le Theule habe ausgeführt: „Ce texte n'avait pas à être approuvé. Vous savez que M. Soames a transmis un texte que lui ou ses services avaient rédigé, et que des réserves avaient été faites. M. Debré a indiqué à M. Soames que la version britannique ne correspondait pas, sur certains points, à ce qui était.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 466; Referat I A 1, Bd. 738.

<sup>5</sup> Zum Gespräch des französischen Außenministers mit den Botschaftern Freiherr von Braun (Bundesrepublik), Baron Bentinck (Niederlande), Rothschild (Belgien), Heisbourg (Luxemburg) und Malfatti di Montetretto (Italien) vgl. Dok. 77.

- strengste Vertraulichkeit bis zu einer ersten Unterhaltung mit maßgeblichen britischen Politikern vereinbart gewesen sei;
- de Gaulle an der Herstellung eines tragbaren Vertrauensklimas zu Großbritannien gelegen war;
- auf längere Sicht ein Weg für die Briten nach Europa gefunden werden sollte;
- dieses Europa sich langfristig nicht als Gemeinsamer Markt, sondern als „etwas anderes“ weiterentwickeln werde;
- die folgenden Behauptungen der britischen Version unrichtig bzw. entstellend seien:
  - a) de Gaulle glaube an und wolle das Ende des Gemeinsamen Marktes;
  - b) de Gaulle habe von einer vorherigen Abschaffung der NATO gesprochen;
  - c) de Gaulle habe ein Viererdirektorium vorgeschlagen. Dieser Ausdruck sei überhaupt nicht gefallen; allerdings habe de Gaulle im Zusammenhang der Verteidigungsfragen gesagt, wenn die vier Länder ihre Mittel zusammentäten, sei eine wirkliche Verteidigung möglich.
- Frankreich die Entwicklung der Zusammenarbeit unter den Sechs als Element und Grundlage für Europa ansehe.

6) Das französische Dementi ist unglaublich. Das öffentliche Dementi enthält keine konkreten Richtigstellungen. Die Ausführungen von Debré vor den Botschaftern am 24.2.1969 gehen einerseits an der von britischer Seite vorgetragenen Darstellung vorbei (z. B. ist der NATO-Passus der britischen Version eindeutig auf die Zukunft bezogen). Andererseits ist davon auszugehen, daß der Außenminister die Zusammenarbeit der Sechs im Zeitpunkt seines Gesprächs mit den Botschaftern ohne Bedenken wieder in den Vordergrund stellen konnte, da die Phase des britisch-französischen Dialogs mit der Unterrichtung der Partner durch London praktisch als beendet angesehen werden konnte.

7) Zur Frage der Absichten der beiden Regierungen in dem Dialog de Gaulle-Soames können nur Vermutungen angestellt werden.

Von britischer Seite ist ein Bemühen um eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu Frankreich und ein erneuter Versuch anzunehmen, den französischen Widerstand gegen den britischen EWG-Beitritt zu brechen.

Von französischer Seite ist wohl davon auszugehen, daß de Gaulle in einer Art Zukunftsvision seine bekannte Europa-Konzeption entwickelt hat. Er unternahm dabei den Versuch, Großbritannien als Partner seiner integrationsfeindlichen, nationalstaatlich geprägten, auf bloße Kooperation der Regierungen gerichteten Vorstellungen zu gewinnen. Hätte dieser Versuch zu erfolgreichen bilateralen Verhandlungen geführt, so hätte de Gaulles Konzept, mit dem er bisher in Europa völlig allein steht, unter Umständen einen sehr starken Bundesgenossen gefunden. De Gaulle hätte historisch an die Entente Cordiale anknüpfen können. Er hätte auch innerbritische europakritische Strömungen nutzen können. Gleichzeitig hätte de Gaulle den Gemeinsamen Markt gesprengt und das von ihm immer abgelehnte Europa-Modell der Römischen Verträge<sup>6</sup> beseitigt.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

Auf der anderen Seite ging de Gaulle kein Risiko ein, wenn der Verhandlungsversuch scheiterte. Ausdrücklich hatte er die Initiative der britischen Seite zugeschoben und die Vorverhandlungen als vertraulich bezeichnet. Wären Verhandlungen zu seinen Bedingungen und nach seinen Vorstellungen gescheitert, so hätte er diese gegenüber den nun wiederum aufgewerteten EWG-Partnern als britischen Versuch zur Zerstörung des Europas der Sechs hinstellen und Großbritannien auf dem Kontinent diskreditieren können.

8) Die Bundesregierung hat sich aus der britisch-französischen Kontroverse um das de Gaulle-Soames-Gespräch herausgehalten. Sie hat sich darauf beschränkt, ihre eigene unveränderte Position zur NATO und zu den Europäischen Gemeinschaften erneut darzulegen (Sprachregelung für unsere Botschaften vom 25.2.1969<sup>7</sup>).

Im Verhältnis zu Großbritannien kann festgestellt werden, daß die gegenwärtige britische Position in den zentralen Fragen des Zusammenhalts der Allianz und der Europäischen Gemeinschaften mit unserer übereinstimmt. Das britische Vorgehen, die europäischen Partner und die USA von dem de Gaulle-Soames-Gespräch zu unterrichten, war zwar nach diplomatischen Usancen nicht völlig korrekt, jedoch politisch effektiv. Es wäre aber auch nicht korrekt gewesen, wenn sich Wilson im Gespräch mit dem deutschen Bundeskanzler darüber ausgesprochen hätte. Die Bestätigung der britischen NATO-Treue und die Aufrechterhaltung des Beitrittsantrages zu den Europäischen Gemeinschaften sind vom deutschen Standpunkt zu begrüßen. Es wird in der Zukunft darauf ankommen, die britische Regierung bei diesem Wort zu halten und auf das Europa-Konzept der Römischen Verträge einzuschwören.

Gegenüber Frankreich bleibt festzuhalten, daß de Gaulle mit dem Soames-Gespräch erneut die Grundlagen der NATO und der Europäischen Gemeinschaften in Frage gestellt hat. Darüber hinaus steht das französische Vorgehen nicht mit dem Geist des Abschnitts II Buchstabe A Ziffer 1 des deutsch-französischen Vertrages vom 22.1.1963<sup>8</sup> im Einklang (Konsultationsverpflichtung vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen von gemeinsamem Interesse, wobei ausdrücklich Fragen der Europäischen Gemeinschaften und der europäischen politischen Zusammenarbeit genannt sind). Die Bundesregierung wird das französische Vorgehen bei der Fortführung ihrer Europapolitik in Rechnung stellen müssen.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> dem Herrn Minister mit der Bitte um Kenntnisnahme im Hinblick auf die bevorstehenden Konsultationen mit Au-

<sup>7</sup> Staatssekretär Lahr teilte in dem Runderlaß mit: „Die Bundesregierung hält sich an die Verträge von Paris und Rom, die eine Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften, wie sie in den Gemeinschaftsverträgen definiert sind, als möglich und wünschenswert bezeichnen. Der französischen Auffassung, daß mit einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften zwangsläufig eine wesentliche Veränderung des Charakters der Gemeinschaften verbunden sei, haben wir daher bereits 1967 bei den Beratungen über den britischen Beitrittsantrag widersprochen.“ Vgl. Referat I A 6, Bd. 332.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 708.

<sup>9</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz vorgelegen.

ßenminister Debré<sup>10</sup> vorgelegt. Ein Doppel zur Weiterleitung an das Bundeskanzleramt ist beigelegt.

Frank

Büro Staatssekretär, Bd. 167

## 91

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank

I A 1-80.05/0

7. März 1969<sup>1</sup>

Betr.: Möglicher Vorstoß der französischen Regierung zu erneuten Bemühungen um politische Zusammenarbeit der Sechs

1) In französischer Sicht könnte es in der Logik der augenblicklichen Situation der Europapolitik liegen, durch ein Wiederaufgreifen des Gedankens an eine engere politische Zusammenarbeit der Sechs sich dem Drängen der EWG-Partner auf Heranführung Großbritanniens an Europa zu entziehen. Dabei könnte versucht werden, den ersten Vorstoß in dieser Richtung bei uns zu unternehmen. Wir sollten uns darum auf einen solchen Schritt der Franzosen einrichten.

2) Der Gedanke an eine engere politische Zusammenarbeit der Sechs ist von französischer Seite seit dem Abbruch der Arbeiten der sog. Fouchet-Kommission (1962)<sup>2</sup> mit unterschiedlicher Intensität angesprochen worden. Nach dem ersten Konsultationsgespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Staatspräsident de Gaulle im Januar 1967<sup>3</sup> nahmen die französischen Äußerungen über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer engeren politischen Zusammenarbeit im Rahmen der Sechs merklich zu; dabei wurde auch verschiedentlich auf die noch immer bestehenden Möglichkeiten der unter der Bezeichnung Fouchet Plan II bekannten französischen Vorschläge für eine politische Zusammenarbeit der Sechs hingewiesen. Mit Beginn der Diskussion der Harmel-Vorschläge im Oktober 1968<sup>4</sup> trat der Gedanke in den Hintergrund.

3) Als Indiz dafür, daß die Franzosen wieder daran denken könnten, eine Zusammenarbeit der Sechs zu propagieren, könnten Äußerungen Außenminister Debrés und des Generalsekretärs des Elysée, Tricot, angesehen werden.

Debré äußerte am 24. Februar 1969 vor den Botschaftern der EWG-Partner in Paris, Frankreich sehe die Entwicklung der Zusammenarbeit unter den Sechs als Element und Grundlage für Europa an. Ohne diese Zusammenarbeit glaube

<sup>10</sup> Für das Gespräch vom 10. März 1969 vgl. Dok. 94.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Racky konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 35, Anm. 17 und 21.

<sup>3</sup> Für die Gespräche am 13. Januar 1967 vgl. AAPD 1967, I, Dok. 14 und Dok. 16.

<sup>4</sup> Zu den Vorschlägen des belgischen Außenministers Harmel vom 21. Oktober 1968 für eine Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 11, Anm. 2.

er nicht, daß für unseren Kontinent eine Zukunft bestehe. Debré fügte hinzu, daß es für Deutschland und Frankreich keine andere Politik gebe als die der Verständigung. Bei beiden Regierungen herrsche der Wunsch vor, die Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern zu vertiefen und Europa in Zusammenarbeit mit den anderen Vier zu organisieren und über die deutsch-französische Freundschaft hinaus eine Annäherung auch an die anderen Europäer zu suchen (vgl. DB Nr. 443 vom 24. Februar 1969 VS-v aus Paris<sup>5</sup>).

Die französische Europakonzeption bleibt dabei unverändert: ein unabhängiges Europa, das eine „europäische“ Politik betreibt. Am 6. Februar stellte der französische Gesandte Féquant Herrn DI<sup>6</sup> die Frage, wie sich die Bundesrepublik Deutschland verhalten werde, wenn Frankreich eine politische Zusammenarbeit der Sechs auf der Grundlage von Fouchet II vorschlagen würde. Generalsekretär Tricot stellte zur Europa-Frage am 20. Februar vor Journalisten fest: Frankreich habe die EWG niemals als einen Selbstzweck, sondern als ein Hilfsinstrument zur Einigung Europas auf lange Sicht und zur Erleichterung einer Ost-West-Regelung angesehen. Der Fouchet-Plan II sei nach wie vor interessant. Wenn irgendwer ihn aus der Schublade hervorhole, sei Frankreich daran interessiert (Vermerk von Botschafter von Braun vom 24. Februar 1969). Und Christian Fouchet, der Initiator des Fouchet-Plans, stellte am 6. März im Figaro die Frage, wie es möglich sei, daß man den Marsch nicht da fortsetze, wo er einstmals abgebrochen worden sei? (DB Nr. 529 vom 6. März 1969 aus Paris<sup>7</sup>).

4) Sollte von französischer Seite tatsächlich ein neuer Vorstoß in Richtung auf eine Wiederbelebung des Gedankens an eine Sechser-Zusammenarbeit im Bereich der Außenpolitik unternommen werden, so könnten wir dem zur Zeit nicht ohne weiteres zustimmen; jedenfalls nicht ohne gleichzeitige sichtbare Verstärkung der Zusammenarbeit im Kreis der Sieben.

Angesichts der Meinungsverschiedenheiten über die politische Zusammenarbeit hatten wir uns im Sommer 1968 dafür ausgesprochen, die Bemühungen, zu einem engeren politischen Zusammenwirken zu gelangen, parallel im Kreise der Sechs und der Sieben zu unternehmen.<sup>8</sup> Dabei sollte es sich von der Sache her nicht um die gleichen Gegenstände handeln. Während für die Sechs gemeinschaftsbezogene Themen – zumindest im Anfang – im Vordergrund stehen sollten, wäre der Themenkreis der Beratungen zu siebt, entsprechend der bisherigen WEU-Praxis, weiter zu ziehen und auf aktuelle Fragen der allgemeinen

<sup>5</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Freiherr von Braun, Paris, vgl. Dok. 77.

<sup>6</sup> Paul Frank.

<sup>7</sup> Gesandter Limbourg faßte den Inhalt des Artikels von Christian Fouchet zusammen. Vgl. dazu Referat I A 1, Bd. 736.

Fouchet schilderte aus seiner Sicht die Gründe für das Scheitern des Projekts einer Politischen Union im Frühjahr 1962 und betonte, eine engere politische Zusammenarbeit der sechs EG-Mitgliedstaaten gewinne wieder an Aktualität, da im wirtschaftlichen Bereich nahezu alle Ziele erreicht worden seien. Schließlich erinnerte er an eine Äußerung des Staatspräsidenten de Gaulle vom 30. Mai 1967, daß die mit dem „Fouchet-Plan“ gemachten Vorschläge von Frankreich noch immer aufrechterhalten würden, und regte an, die vor sieben Jahren unterbrochene Diskussion wieder aufzugreifen. Vgl. dazu den Artikel von Christian Fouchet: „Comment échoua en 1962 le premier projet d'union politique européenne“, LE FIGARO vom 6. März 1969, S. 6.

<sup>8</sup> Zu den Vorschlägen der Bundesregierung vom 27. September 1968 vgl. Dok. 24, Anm. 6.

Außenpolitik, die die europäischen Interessen besonders berühren, zu erstrecken gewesen.

Ein derartiges „zweigleisiges“ Vorgehen hätte nach unserer Auffassung sowohl die Haltung Frankreichs berücksichtigt wie auch die jener Gemeinschaftsstaaten, denen an der Beteiligung Großbritanniens liegt.

5) Nach dem 14. Februar 1969 ist aber die Lage verändert. Auch unsere Position hat sich verlagert; unsere kontinuierlich vertretene Haltung – Europa nicht ohne Frankreich, aber auch nicht ohne Großbritannien – wie auch unser wiederholt unterstrichenen Interesse an einer Intensivierung der politischen Konsultationen in der WEU erlauben keinen isolierten Rückgriff auf die politische Zusammenarbeit zu sechst. Die Unterstützung einer solcher Initiative – gerade in der augenblicklichen Situation – müßte als deutliche Absage an London erscheinen, wie auch den Wert der deutsch-britischen Erklärung bei dem Besuch Premierminister Wilsons in Bonn<sup>9</sup> und den Tenor unserer Äußerungen bei dem Besuch Präsident Nixons in Bonn<sup>10</sup> in Frage stellen. Außerdem würde die zu erwartende Haltung der Niederlande – wahrscheinlich auch die Italiens und Belgiens – den Versuch praktisch zur Ergebnislosigkeit verurteilen und uns mit Sicherheit in eine unmögliche Position gegenüber den Fünf bringen.

6) Abteilung I schlägt daher vor, daß wir uns einem eventuellen französischen Vorstoß zu erneuten Bemühungen um politische Zusammenarbeit der Sechs gegenüber rezeptiv verhalten, jedoch erneut unser Interesse deutlich machen, die nicht ausgeschöpften Möglichkeiten der politischen Zusammenarbeit im Rahmen der WEU zu nutzen.

Unsere Position:

- a) Ungehinderter Meinungs Austausch im Rahmen der WEU unter Beteiligung sämtlicher Mitglieder;
- b) Konzentration auf außenpolitische Fragen;
- c) Jede Mitgliedsregierung kann jedes ihr wichtig erscheinende Thema zur Diskussion stellen; ein Veto sollte nicht eingelegt werden; dafür ist es jeder Regierung gestattet, sich an einer Diskussion nicht zu beteiligen und sich nur beobachtend zu verhalten.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> dem Herrn Minister vorgelegt. Es wird vorgeschlagen, diese Aufzeichnung im Falle der Zustimmung auch an das Bundeskanzleramt weiterzuleiten.

Frank

VS-Bd. 2679 (I A 1)

<sup>9</sup> Premierminister Wilson hielt sich vom 11. bis 14. Februar 1969 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger am 12. Februar 1969 vgl. Dok. 54–56.

Für den Wortlaut der deutsch-britischen Erklärung vom 13. Februar 1969 vgl. BULLETIN 1969, S. 164.

<sup>10</sup> Präsident Nixon besuchte die Bundesrepublik am 26./27. Februar 1969. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger am 16. Februar 1969 vgl. Dok. 79–81.

<sup>11</sup> Dazu handschriftlicher Vermerk des Vortragenden Legationsrats Wilke vom 8. März 1969: „Kommt erst 9.3. zurück. Hat Durchdruck für Besprechung! am 9.3.“



**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sahm****II A 4-82.00-94.29-734/69 VS-vertraulich****7. März 1969<sup>1</sup>**

Betr.: Fortführung der deutsch-sowjetischen Gespräche nach Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin

1) Trotz der gefährlichen Zuspitzung der Lage um Berlin haben sich letztlich die Sowjets so verhalten, wie es ihrer im Westen eingeschätzten objektiven Interessenlage entsprach. Das bedeutet, daß die gegenwärtige sowjetische Führung ihre Möglichkeiten gegenüber dem Westen nüchtern einschätzt und auch nach dieser Erkenntnis handelt. Dies ist für die künftigen Gespräche mit den Sowjets eine ebenso wichtige wie beruhigende Erkenntnis.

Die Festigkeit der Amerikaner wie des Westens überhaupt und das überwiegende Interesse der Sowjets am Beginn des sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsdialogs haben die Konfrontation um Berlin in Grenzen gehalten. Es ist auch nicht auszuschließen, daß die Sowjetunion mit ihrer vergleichsweise gemäßigten Haltung auch die Möglichkeiten weiterer Gespräche mit uns offenhalten wollte.

Die jüngsten Entwicklungen um Berlin haben erkennen lassen, daß der Einfluß Ostberlins auf Moskau zwar gewachsen ist, daß aber die Weltmachtinteressen Moskaus nicht immer identisch sind mit den begrenzten Interessen der DDR. Damit wird auch im Verhältnis DDR – Sowjetunion ein Phänomen sichtbar, das schon seit längerem im Verhältnis Moskaus zu einigen seiner vor allem südosteuropäischen Partnern des Warschauer Pakts eine Rolle spielt und die Geschlossenheit des östlichen Lagers immer wieder auf die Probe stellt.

Das schwankende Verhalten der Sowjets uns gegenüber kann Ausdruck von Meinungsverschiedenheiten in der Moskauer Führung sein, die möglicherweise auch durch Einwirkung Ulbrichts über die Kanäle des ZKs noch akzentuiert worden sind. Es kann aber auch nur eine Reaktion auf die nicht immer eindeutige deutsche Haltung in den letzten Wochen sein. Vermutlich haben beide Faktoren zusammengewirkt.

Zur Frage, ob und inwieweit das gespannte sowjetisch-chinesische Verhältnis<sup>2</sup> auf das Verhalten Moskaus in der Berlinfrage eingewirkt hat, liegen uns keine gesicherten Erkenntnisse vor.

Die Solidarität der drei Schutzmächte mit der Bundesrepublik und die Gespräche Zarapkins mit dem Bundeskanzler<sup>3</sup> und Bundesminister<sup>4</sup> dürfte den Sowjets klargemacht haben, daß bezüglich des Status von Berlin einseitige west-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Blumenfeld und von Vortragendem Legationsrat Lautenschlager konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 96.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Gespräche vom 22. und 23. Februar bzw. vom 1. März 1969; Dok. 74, Dok. 75 und Dok. 86.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Gespräche vom 10. Januar sowie vom 6. und 11. Februar 1969; Dok. 8, Dok. 46 und Dok. 55, Anm. 10.

liche Vorleistungen nicht zu erwarten, daher Verhandlungen notwendig und allenfalls auf diesem Wege Fortschritte zu erzielen sind. Auf dieses Ziel hin dürften die bestehenden und für die nächste Zeit weiter zu erwartenden Presionen um Berlin ausgerichtet sein.

Im Verlauf der Berlin-Krise ist wieder besonders deutlich geworden, daß im Verhältnis zur Sowjetunion zwischen offizieller Politik und Propaganda zu unterscheiden ist. Beide Ebenen decken sich nicht. Die übliche Propaganda gegen die Bundesrepublik ist im Hinblick auf die eigenen Bundesgenossen der Sowjetunion, die kommunistischen Parteien und auch China unerläßlich; ebenso unerläßlich aber ist die Beachtung der Vertraulichkeit aller Kontakte mit dem Westen, die dieser Propagandalinie widersprechen. Dies gilt insbesondere im Verhältnis zur Bundesrepublik. Die nicht ausreichend gewährte Vertraulichkeit der letzten deutsch-sowjetischen Gespräche erweist sich in diesem Zusammenhang als eine ernste Beeinträchtigung jedes substantiellen deutsch-sowjetischen Dialogs.

## 2) Folgerungen

Die Abhaltung der Bundesversammlung hat die deutsch-sowjetischen Gespräche erwartungsgemäß erschwert, aber nicht unmöglich gemacht. Wir sollten uns daher weiter um ihre Fortsetzung bemühen. Wir sollten durch Betonung unserer Gesprächsbereitschaft und – soweit möglich – durch eine konstruktive Haltung in zur Diskussion stehenden Fragen all den Kräften im Kreml Unterstützung geben, denen an Gesprächen mit uns zu liegen scheint. Die Wahl Heinemanns<sup>5</sup>, einer seit langem auch von den Sowjets geachteten und geschätzten Persönlichkeit, dürfte sich auf das deutsch-sowjetische Verhältnis positiv auswirken. Andererseits sollte den Sowjets immer wieder klargemacht werden, daß Regelungen von Streitfragen nur auf der Basis beiderseitiger Zugeständnisse möglich und einseitige deutsche Vorleistungen daher nicht zu erwarten sind. Die Sowjets haben gerade in jüngster Zeit bewiesen, daß sie nüchtern urteilen. Man sollte Fehlspekulationen keinen Vorschub leisten.

Die Frage des Verhältnisses Berlins zum Bund dürfte in Anknüpfung an die Gespräche des Bundeskanzlers und des Bundesministers mit Zorapkin möglicherweise von Moskau aufgegriffen werden. Wir brauchen einer Behandlung dieses Themas nicht ausweichen. Wir sollten uns auf diese Gespräche rechtzeitig vorbereiten. Daher sollten wir möglichst bald mit den drei Alliierten die begonnenen Gespräche über das Verhältnis Berlins zum Bund und die bessere Sicherung des Zugangs aktualisieren.<sup>6</sup> Darüber hinaus sollten wir unter Einfluß des Berliner Senats gemeinsame Überlegungen darüber anstellen, in welchem Sinn und mit welcher Zielvorstellung etwaige diesbezügliche Gespräche mit der Sowjetunion künftig zu führen sind.

Wir sollten weiter bemüht bleiben, möglichst bald zu konstruktiven Vorschlägen für die Fortführung der deutsch-sowjetischen Luftverkehrsverhandlungen zu kommen.

<sup>5</sup> Gustav Heinemann wurde am 5. März 1969 zum Bundespräsidenten gewählt.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 71.

Die interne Meinungsbildung über die Fortführung des Gewaltverzichtsdialogs sollte ebenfalls zügig vorangetrieben werden. Beides mit dem Ziel, den Sowjets bald konkrete Vorschläge unterbreiten zu können.

Die Frage der angeblichen sowjetischen Interventionsrechte<sup>7</sup> sollte von uns aus nicht weiter hochgespielt werden. Wir sollten die begonnenen Gespräche über den NV-Komplex sachlich fortführen und nicht zu stark mit dieser Frage belasten; wir sollten gleichzeitig versuchen, die Frage der angeblichen Interventionsrechte im Rahmen des Gewaltverzichtsdialogs befriedigend zu klären.

3) Es wird vorgeschlagen:

- in Gesprächen auf hoher Ebene mit dem Bundeskanzleramt und dem BPA zu erörtern, wie die Vertraulichkeit künftiger deutsch-sowjetischer Gespräche im Interesse der deutsch-sowjetischen Beziehungen besser gewährleistet werden kann;
- auf die Alliierten erneut einzuwirken, möglichst bald zum deutsch-sowjetischen Luftverkehrsabkommen Stellung zu nehmen<sup>8</sup>;
- neue deutsche Vorschläge zum Gewaltverzichtsdialog möglichst bald fertigzustellen;<sup>9</sup>
- die Gespräche mit den Alliierten über die Verbesserung der Lage Berlins und des Berlin-Zugangs unter Hinweis auf die aktuelle Bedeutung dieser Fragen beschleunigt und vorrangig fortzuführen;
- und alsdann in Bonn oder Moskau das Gespräch mit den Sowjets wieder aufzunehmen, zunächst mit dem Ziel festzustellen, ob eine sowjetische Gesprächsbereitschaft vorhanden ist und wie die Gesprächsatmosphäre wieder so versachlicht werden kann, daß Fortschritte im deutsch-sowjetischen Verhältnis möglich sind.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>10</sup> vorgelegt.

Sahm

VS-Bd. 4435 (II A 4)

<sup>7</sup> Zur sowjetischen Interpretation der Artikel 53 und 107 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 (Feindstaatenklauseln) vgl. Dok. 14.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 110.

<sup>9</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirigent Sahm handschriftlich: „Liegen beim Bundeskanzler.“

<sup>10</sup> Hat Staatssekretär Duckwitz am 10. März 1969 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einverstanden.“

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Behrends

II A 7-89.00/0-826/69

7. März 1969<sup>1</sup>Betr.: Reform des Auswärtigen Dienstes<sup>2</sup>Bezug: Dortige Zuschrift vom 28. Februar 1969<sup>3</sup>

1) Die Einfügung der deutschen Verteidigungsanstrengungen in die integrierte NATO-Verteidigung und die Stationierung starker alliierter Streitkräfte in Deutschland haben zur Folge gehabt, daß im Bereich der Verteidigung nahezu alle Bundesressorts und zahlreiche Länderregierungen Beziehungen zu ausländischen Regierungsstellen bzw. Militärhauptquartieren unterhalten, mit ihnen verhandeln, Vereinbarungen schließen. Zahlreiche Ressorts nehmen so in beträchtlichem Umfang die Gestaltung von auswärtigen Beziehungen wahr. Dies ist auch unvermeidlich bei der Regelung von zahlreichen technischen Detailfragen zwischen Staaten, die alle einem integrierten Verteidigungssystem angehören. Das Auswärtige Amt hätte weder die nötige Sachkunde noch das notwendige Personal, um alle diese Gebiete der auswärtigen Beziehungen federführend zu bearbeiten. Es ist ausreichend – und bereits schwierig genug –, wenn das Auswärtige Amt über diese von anderen Ressorts betriebenen Gebiete der auswärtigen Beziehungen sich unterrichtet hält, damit es bei Bedarf eingreifen kann.

2) Die notwendige Koordinierung zwischen den Ressorts ist in den letzten zehn Jahren immer mehr verbessert worden und funktioniert heute im ganzen in zufriedenstellender Weise. Sie ist wie folgt geregelt:

- Gegenüber der NATO wird die Koordinierung dadurch sichergestellt, daß der NATO-Vertretung neben Beamten des Auswärtigen Amts auch Beamte bzw. Offiziere des BMVtdg, BMI, BMF und des BMWi angehören. Eine Ressortvereinbarung über die Geschäftsordnung der NATO-Vertretung regelt die Zusammenarbeit und die Koordinierung zwischen den Ressorts bei der Erteilung von Weisungen an die NATO-Vertretung. Ein ausreichender Einfluß

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Aufzeichnung für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lankes.

<sup>2</sup> Im Sommer 1968 ordnete Bundesminister Brandt an, eine Kommission für die Reform des Auswärtigen Dienstes einzusetzen, mit dem Auftrag zu prüfen, „wie die dem Auswärtigen Dienst heute gestellten und in der nächsten Zukunft zu stellenden Aufgaben im Interesse unseres Landes möglichst wirksam erfüllt werden können und welche Voraussetzungen dafür zu schaffen sind“. Nach ihrem Vorsitzenden wurde sie auch als „Herwarth-Kommission“ bezeichnet. Für den Wortlaut der Rede von Brandt anlässlich der ersten Sitzung der Kommission am 20. September 1968 sowie zu ihrer Zusammensetzung vgl. BULLETIN 1968, S. 1035. Vgl. dazu ferner HERWARTH, Von Adenauer zu Brandt, S. 372–381.

<sup>3</sup> Zur Unterstützung der Kommission für die Reform des Auswärtigen Dienstes ersuchte Vortragender Legationsrat I. Klasse Lankes am 28. Februar 1969 die Leiter der Referate II A 1, II A 7 und II B 3, Vorschläge für eine bessere Koordinierung der auswärtigen Angelegenheiten der Bundesregierung auszuarbeiten. Die Referate sollten dabei auch Hinweise zur Abgrenzung der Ressorts im Zuge einer Kabinettsreform geben. Vgl. Referat II A 7, Bd. 1260.

des Auswärtigen Amts ist dadurch gewährleistet, daß dieses den Leiter der NATO-Vertretung und dessen Vertreter stellt.

- Auf politischer Ebene wird die Koordinierung durch den Bundesverteidigungsrat, auf Arbeitsebene durch den Abteilungsleiterausschuß, das Sekretariat des BVR und zahlreiche Ressortbesprechungen sichergestellt.

3) Erfahrungsgemäß liegt es weitgehend an der Person des Referenten, des Referatsleiters und des Abteilungsleiters bzw. seiner „opposite numbers“ in den anderen Ressorts, wie weit sich das Auswärtige Amt diesen gegenüber durchzusetzen vermag. Das bestehende System der Koordinierung ist flexibel genug, um dem Auswärtigen Amt Spielraum zur Selbstbehauptung gegenüber den Ressorts zu geben. Dennoch ist das System in vielen Punkten verbesserungsfähig:

a) Die Ressorts beachten fast als Regel nicht die Bestimmung der GGO, daß sie erst die Zustimmung des Auswärtigen Amts einholen müssen, ehe sie Verhandlungen mit ausländischen Regierungen einleiten.<sup>4</sup> Ein krasser Fall sind die auf das Jahr 1960 zurückgehenden deutsch-portugiesischen Verhandlungen und Vereinbarungen über deutsch-militärische Vorhaben in Portugal. Diese Verhandlungen wurden ohne Kenntnis des Auswärtigen Amts eingeleitet.<sup>5</sup>

b) Folge dieser Unterlassung ist, daß andere Ressorts – vor allem das BMVtdg – oft im Wege von Verwaltungsvereinbarungen mit ausländischen Regierungen hochpolitische Fragen regeln, die der Form eines Staatsvertrages – oft eines zustimmungsbedürftigen Vertrages – bedurft hätten. Wenn ausländische Regierungen sich darauf einlassen, kommt es zu Vereinbarungen, deren rechtliche Verbindlichkeit nach deutschem Recht zweifelhaft ist. Andererseits kommt es häufig vor, daß ein Ressort, z. B. das BMVtdg, sich an ein ausländisches Verteidigungsministerium mit dem Vorschlag wendet, Verhandlungen über ein bestimmtes Thema aufzunehmen, und daß das ausländische Verteidigungsministerium auf den diplomatischen Weg verweist und den ordnungsgemäßen Abschluß eines Vertrages durch die Außenministerien verlangt. Die Ungeniertheit, mit der andere Ressorts zuweilen in auswärtigen Beziehungen tätig werden, ist erstaunlich.<sup>6</sup> So hat z. B. kürzlich das BMVtdg durch seinen Militärattaché in Stockholm<sup>7</sup> dem schwedischen Generalstab vorgeschlagen, ein vertrauliches Abkommen über den gegenseitigen Schutz von Geheimsachen, insbesondere rüstungstechnischer Art abzuschließen und auf der Ebene der Referatslei-

<sup>4</sup> Paragraph 75 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien, Besonderer Teil (GGO II), vom 1. August 1958 bestimmte u. a.: „Vor der Aufnahme von Verhandlungen wegen des Abschlusses einer zwischenstaatlichen Vereinbarung hat das federführende Ministerium das Auswärtige Amt zu unterrichten und dessen Zustimmung einzuholen.“ Vgl. GEMEINSAME GESCHÄFTS-ORDNUNG, S. 49.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II A 7 vom 11. Oktober 1968; AAPD 1968, II, Dok. 330.

<sup>6</sup> Am 27. März 1969 erläuterte Vortragender Legationsrat I. Klasse Behrends dazu: „Die angemessene Beteiligung des Auswärtigen Amts an der Regelung der Beziehungen zu anderen Staaten ist immer dann nicht gewährleistet, wenn andere Ressorts federführend für bestimmte Gebiete der auswärtigen Beziehungen zuständig sind oder sich für zuständig halten. Beispiele: Auswärtige Beziehungen auf den Gebieten der Rüstungswirtschaft, der Militärpolitik, der Logistik und der Währungspolitik. Diese Zuständigkeit der Fachressorts ist nur in den wenigsten Fällen vom Auswärtigen Amt konzidiert worden. Sie beruht in der Regel auf Gewohnheit, die aus den Zeiten herrührt, in denen das Auswärtige Amt sich noch im Aufbau befand, während die Fachressorts bereits voll funktionsfähig und personell wesentlich reicher ausgestattet waren.“ Vgl. Referat II A 7, Bd. 1260.

<sup>7</sup> Gerhard Schwartz.

ter (Obersten) unterzeichnen zu lassen. Der schwedische Generalstab wies mit Recht darauf hin, daß diese Materie nur in einem zwischen den Außenministerien ausgehandelten, von Ministern unterzeichneten, zustimmungsbedürftigen und im Gesetzblatt zu veröffentlichenden Staatsvertrag geregelt werden kann.

c) Viele Botschaften in Bonn verfügen über technische Attachés, die nicht mit dem Auswärtigen Amt, sondern nur mit Fachressorts verkehren. Dies führt dazu, daß auch die Botschafter häufig andere Minister (z.B. die Bundesminister der Verteidigung, der Finanzen, für Wirtschaft, für wissenschaftliche Forschung) aufsuchen und mit ihnen Besprechungen führen, über die das Auswärtige Amt in der Regel nicht unterrichtet wird. Im übrigen korrespondieren andere Ressorts in zunehmendem Maße direkt mit hiesigen Botschaften. Der Verkehr zwischen den Botschaften und den anderen Ressorts bedarf dringend einer Regelung.

d) Auf dem Gebiet der Rüstungswirtschaft und Rüstungstechnologie, das von großer und zunehmender außenpolitischer Bedeutung ist, übt das Auswärtige Amt nicht den Einfluß aus, der notwendig wäre. Der Fehler liegt hier nicht am System, sondern an der unzureichenden personellen Besetzung des Auswärtigen Amtes, die es uns nicht erlaubt, uns mit der notwendigen Intensität mit der Materie zu befassen.<sup>8</sup> Während es z.B. im Foreign Office ein eigenes Referat für Rüstungswirtschaft gibt und im niederländischen Außenministerium das NATO-Referat über 14 höhere Beamte, darunter drei ausschließlich mit rüstungswirtschaftlichen Fragen befaßte Beamte, verfügt, ist das Referat II A 7 nicht einmal in der Lage, einen einzigen Beamten ganztägig für die Bearbeitung rüstungswirtschaftlicher Fragen freizustellen.

e) Besonders bedenklich ist das Fehlen einer Stelle innerhalb der Bundesregierung, die das Nachrichtenaufkommen aller Art (z.B. vom Auswärtigen Amt und den Auslandsvertretungen, vom BND, aus militärischen Intelligence-Quellen, vom Verfassungsschutz) sichtet, koordiniert und in Lagemeldungen und -beurteilungen für den Bundeskanzler und die zuständigen Minister zusammenfaßt. Eine solche Stelle besteht z.B. in Großbritannien im Joint Intelligence Committee, das auch in der Lage ist, die NATO, verbündete Regierungen und Auslandsvertretungen mit täglichen Lagebeurteilungen zu versehen, die gemeinsam vom Außenministerium, Verteidigungsministerium und vom Nachrichtendienst erarbeitet werden.

Behrends<sup>9</sup>

#### Referat II A 7, Bd. 1260

<sup>8</sup> Am 27. März 1969 führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Behrends ergänzend aus: „Die deutsche Außenpolitik wird nicht dadurch behindert, daß in spezialisierten Bereichen der Außenpolitik die Sachkunde fehlt. Die Sachkunde wird von den Fachressorts bereitwillig zur Verfügung gestellt. Vielmehr ist es ein wichtiges Problem der Außenpolitik, daß weite Bereiche der Außenpolitik mit allzuviel Sachkunde aus der engen Perspektive eines Fachressorts heraus wahrgenommen werden und daß die oft viel wichtigere Frage: ‚Wie wirkt sich der technische Kontakt zu einem anderen Land auf die außenpolitischen Beziehungen zu diesem Land und zu anderen Ländern aus?‘ entweder nicht gestellt wird oder erst dann gestellt wird, wenn bereits außenpolitischer Schaden entstanden ist.“ Vgl. Referat II A 7, Bd. 1260.

<sup>9</sup> Paraphr.

## 94

**Gespräch des Bundesministers Brandt  
mit dem französischen Außenminister Debré****Z A 5-34.A/69 VS-vertraulich****10. März 1969<sup>1</sup>**

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 10. März 1969 um 10.30 Uhr den französischen Außenminister Debré zu einem 2 1/4-stündigen Gespräch unter vier Augen.

Nach der Begrüßung beschlossen die beiden Minister, ihre Gespräche am Vormittag unter vier Augen zu führen.

Der Herr *Minister* schlug vor, zunächst einige Punkte zu besprechen, die die beiden Regierungen direkt interessieren und zur Vorbereitung der Pariser Gespräche in der gleichen Woche<sup>2</sup> dienen. Er überlasse es Herrn Debré, die Reihenfolge selbst zu bestimmen.

Herr *Debré* nannte zwei Themen, über die man sprechen könne: 1) Die Haltung der deutschen und der französischen Regierung gegenüber der sowjetischen Politik und den Orientierungen der Politik der USA; 2) die atmosphärischen Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich sowie praktische Probleme der bilateralen Beziehungen.

Wenn der Herr Minister einverstanden sei mit diesen beiden Themen, schlage er (Debré) vor, zunächst über die Perspektiven der Beziehungen zur Sowjetunion und den USA und anschließend über die Gesamtheit der bilateralen Schwierigkeiten und Perspektiven zu sprechen.

Der Herr *Minister* erklärte sich hiermit einverstanden und regte an, daß Minister Debré als erster spreche.

Herr *Debré* führte aus, was die Beziehungen zur Sowjetunion betreffe, sei die französische Haltung klar und unverändert. Auf französischer Seite glaube man, daß die sowjetische Führung jetzt, einige Zeit nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei, in eine lange Phase eingetreten sei, in der sie den Wunsch habe, dem Westen nur ein friedliches Gesicht zu zeigen. In Rußland mache man sich Sorgen wegen des Anwachsens der chinesischen Macht und der inneren Probleme der kommunistischen Welt. Unter diesen Umständen könne man davon ausgehen, daß die Haltung der UdSSR zum Westen eine „attitude de bonnes relations“ sei. Andererseits sei klar, daß die Vereinigten Staaten sehr großen Wert auf eingehende Verhandlungen mit der sowjetischen Führung legten. Hierzu werde die neue Administration einen Vorstoß unternehmen. In dem Maße, in dem der neue Präsident<sup>3</sup> sich in Anlehnung an die Tradition der letzten Jahre zurückhaltend gegenüber Verpflichtungen der USA außerhalb Amerikas zeige, müßten die europäischen Nationen, besonders Deutschland und Frankreich, in ihrem eigenen Interesse die Beziehungen zur Sowjetunion

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 19. März 1969 gefertigt.

<sup>2</sup> Für die deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 13./14. März 1969 vgl. Dok. 99–103.

<sup>3</sup> Richard M. Nixon.

auf wirtschaftlichem und auch auf politischem Gebiet vorantreiben, wenn auch natürlich ein Unterschied zwischen diesen beiden Gebieten bestehe. Er (Debré) halte es für gut, wenn der wirtschaftliche Austausch mit der UdSSR von Jahr zu Jahr weiter ausgebaut werde; er glaube, daß man auf deutscher Seite ähnliche Vorstellungen habe. Was die politische Kooperation betreffe, sei Frankreich immer dafür eingetreten, daß in Europa wie in der übrigen Welt das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgeübt werden sollte. Infolgedessen könne man nicht akzeptieren, daß die Russen in der Tschechoslowakei und im restlichen Mitteleuropa die politische Führung behielten. Frankreich werde seine Beziehungen zu den einzelnen osteuropäischen Staaten mit der Zeit weiter ausbauen, und es werde sich erweisen, daß diese auf Entspannung ausgerichtete Politik nicht ohne Wirkung auf die Beziehungen zu anderen östlichen Staaten bleiben werde. Es gebe also nichts Neues in der Linie der französischen Politik gegenüber dem Osten. Vielleicht habe sich diese Linie seit dem letzten Jahr sogar noch deutlicher ausgeprägt. Dies gelte umso mehr, als erstens die Vereinigten Staaten nicht der einzige Gesprächspartner der Sowjets sein dürften und zweitens man darum bemüht sein müsse, daß die osteuropäischen Staaten trotz der Ereignisse in der Tschechoslowakei auf dem richtigen Kurs der europäischen Entwicklung blieben.

Der Herr *Minister* antwortete, er glaube, daß die beiden Regierungen in dieser Beurteilung ganz nahe aneinander lägen. Natürlich gebe es auf deutscher Seite u. a. auch Abweichungen wegen der geopolitischen Lage. Auch habe man hier in den letzten Monaten eine Reihe von Zeichen vermerkt, die auf ein Interesse der Sowjets an einer Änderung ihrer Haltung zu Bonn hindeuteten. Dies sei z. B. bei dem Meinungsaustausch mit der Sowjetregierung in der Frage der Bundesversammlung zutage getreten. Offensichtlich habe der sowjetischen Führung daran gelegen, die Dinge nicht zuzuspitzen, sondern sie nach Möglichkeit zu planieren. Man sei ohne ungebührliche Zuspitzung über die vergangene Woche hinweggekommen. Interessant sei dabei die Haltung Moskaus zur ostdeutschen Regierung: Moskau scheine mehr Fähigkeit zu besitzen, Pankow von etwas abzuhalten, als es zu etwas anzuhalten. Der eigenwillige Charakter des ostdeutschen Regimes innerhalb des Warschauer Paktes dürfe nicht unterschätzt werden. Die Russen hätten aber in den letzten Monaten nie ausschließlich polemische Punkte berührt, sondern auch Fragen angedeutet, die von gemeinsamem Interesse sein könnten. Nachdem man die Berliner Angelegenheit hinter sich gebracht habe, müsse man versuchen festzustellen, wo und wie man weiterkommen könne. Neu sei für die deutsche Seite die Tatsache, daß Botschafter Zarapkin, als er nach einer mehrmonatigen Abwesenheit nach Bonn zurückgekehrt sei, einen anderen Standpunkt gegenüber früher bezogen habe. Er erkläre jetzt, daß man versuchen könne, gleichzeitig über prinzipielle und praktische Fragen zu sprechen.<sup>4</sup>

Bekanntlich habe die Bundesrepublik besondere Probleme im Zusammenhang mit dem NV-Vertrag. Ein politisch-psychologisches Problem sei im vergangenen

<sup>4</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 10. Januar 1969; Dok. 8.



Jahr durch den Hinweis auf das Interventionsrecht<sup>5</sup> entstanden. Die Sowjetunion scheine bestrebt zu sein, die Dinge nicht zu schwer zu machen. Sie habe der Bundesregierung über diese Angelegenheit ein Papier übermittelt, das zwar noch nicht ausreiche, aber doch hilfreich sei.<sup>6</sup> Der Meinungsaustausch gehe weiter, und man wisse nicht, wie weit man kommen werde. Auf die osteuropäischen Staaten zwischen Deutschland und Rußland bezogen habe man auf deutscher Seite die Erkenntnis abgeleitet, daß der politische Bewegungsraum dieser Staaten noch enger geworden sei. Es würden aber von sowjetischer Seite einer nach dem Westen ausgerichteten wirtschaftlichen Betätigung dieser Staaten nicht mehr Hindernisse als vorher entgegengesetzt. Wo sich derartige Möglichkeiten anböten, werde man auf deutscher Seite versuchen, davon Gebrauch zu machen. Er wisse nicht, ob dies auch für die kulturellen Beziehungen gelte.

Außenminister Debré habe betont, daß es nicht im Interesse der europäischen Staaten sein könne, wenn die USA der einzige Gesprächspartner der Russen seien. Von deutscher Seite habe man Nixon und Rogers gesagt, man erwarte, daß bei den bilateralen Gesprächen zwischen den USA und der Sowjetunion über die Begrenzung der interkontinentalen Waffen usw. der Versuch gemacht werde, über diese Themen hinaus auch andere Themen einzuführen.<sup>7</sup>

Der Herr Minister wiederholte, die beiderseitigen Überlegungen lägen sehr nahe beieinander. Herr Debré werde dies auch am Nachmittag in seinem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler<sup>8</sup> feststellen. Es liege ihm sehr daran, daß auf den Kernpunkten der Politik ein möglichst enger Kontakt aufrechterhalten werde.

Außenminister *Debré* fragte, was der sowjetische Botschafter meine, wenn er von prinzipiellen und von praktischen Fragen spreche.

Der Herr *Minister* erläuterte, als vor zwei Jahren erkundet worden sei, ob die Möglichkeit für einen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zwischen den beiden Ländern bestehe<sup>9</sup>, sei die Erörterung nicht nur über abstrakte Aspekte geführt worden, sondern es seien die Fragen der Grenzen, der Anerkennung der DDR usw. als grundlegende Probleme angesprochen worden. Im

<sup>5</sup> Zur sowjetischen Interpretation der Artikel 53 und 107 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 (Feindstaatenklauseln) vgl. Dok. 14.

<sup>6</sup> Zum sowjetischen Aide-mémoire vom 6. Februar 1969 vgl. Dok. 46, Anm. 4.

<sup>7</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Nixon am 26. Februar 1969 vgl. Dok. 81.

<sup>8</sup> Der französische Außenminister betonte gegenüber Bundeskanzler Kiesinger das französische Interesse an einer Verstärkung der Zusammenarbeit. Kiesinger regte an, nach den Differenzen der vergangenen Monate nun „einen neuen Startversuch“ zu unternehmen: „Man müsse prüfen, wo eine wirtschaftliche, kommerzielle und technische Zusammenarbeit möglich sei. Er glaube, daß sich hierfür eine ganze Reihe von Möglichkeiten böten. Falls sich Schwierigkeiten abzeichneten, müsse man rechtzeitig darüber sprechen. Er habe das Gefühl, daß die bestehenden Kontakte nicht genügen.“ Auf der Regierungsebene seien die Kontakte besser zu koordinieren: „Nur dann könne man die Schwierigkeiten überwinden, aber nicht durch den gegenseitigen Vorwurf, daß der andere Partner nicht bereit sei, im Geist des Vertrages zusammenzuarbeiten. Es handle sich wie gesagt um Schwierigkeiten auf beiden Seiten. Bei seinen Gesprächen mit General de Gaulle, die auch er für sehr wichtig halte, werde er versuchen, was möglich sei zu tun, um die praktischen Schwierigkeiten zu überwinden.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 31; B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>9</sup> Am 8. Februar 1967 regten Staatssekretär Schütz und Bundeskanzler Kiesinger gegenüber dem sowjetischen Botschafter Zarapkin an, zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen. Vgl. dazu AAPD 1967, Dok. 46 und Dok. 47.

vergangenen Sommer sei es im Zusammenhang mit diesem Meinungsaustausch zu einer polemischen Explosion seitens der Sowjetunion gekommen. Interessant dabei sei, daß man nachträglich doch glaube, einige positive Elemente darin zu finden, was zu einer Wiederaufnahme des Meinungsaustausches führen könnte. Früher habe die Sowjetunion erklärt, über praktische Fragen (Luftverkehr, Handel usw.) könne erst gesprochen werden, wenn die prinzipiellen Fragen geklärt seien. Neu in der Methode – vielleicht auch im Inhalt – sei die elastischere Art, in der Gromyko und der Botschafter Zarapkin sich in letzter Zeit äußerten: Die Regelung der großen prinzipiellen Probleme werde sich über mehrere Jahre erstrecken; wenn sich aber auf dem Weg dahin in praktischen Fragen Lösungsmöglichkeiten abzeichneten, sollte man dies feststellen. Er – der Herr Minister – habe auch den Eindruck, daß die Russen von ihren maximalistischen Vorstellungen abgingen. Diese Eindrücke bezögen sich aber vorerst nur auf die Methode; inhaltlich seien sie noch nicht erprobt.

Außenminister *Debré* führte aus, auf französischer Seite habe man das Gefühl – er wisse, daß dies ein schwieriges Thema sei –, daß besonders seit der tschechoslowakischen Affäre die DDR eine größere Bedeutung innerhalb der kommunistischen Welt gewonnen habe. Diese erhöhte Bedeutung sei wohl auf die wirtschaftliche Entwicklung der DDR zurückzuführen, ein Gebiet, auf dem Eindrucksvolles geleistet worden sei – aber auch darauf, daß der orthodoxe Kommunismus der DDR für die sowjetische Führung ein sehr solides Element darstelle. Angesichts der Schwierigkeiten mit Rumänien und Jugoslawien erweise sich die DDR als ein besonders zuverlässiger Verbündeter. Infolgedessen trete die DDR mit ihrer jetzigen Führung selbstbewußter auf. Die Sowjetunion müsse dieser Stellung und den Ambitionen der DDR Rechnung tragen. Dies sei auch im Zusammenhang mit den Ereignissen um die Bundespräsidentenwahl in Berlin augenfällig geworden.

Der Herr *Minister* erklärte sich mit diesen Eindrücken einverstanden, jedoch mit einer Modifikation: In bestimmter Hinsicht sei die DDR für die Sowjetunion sicher ein besonders zuverlässiger Verbündeter. Es gebe aber auch Situationen, in denen sie sich der sowjetischen Führung als eigenständiger Faktor zeige. Man habe von COMECON-Sitzungen gehört, bei denen die Rumänen einerseits und die DDR andererseits durch Wahrnehmung eigener Interessen der Sowjetunion Schwierigkeiten gemacht hätten. Ostberlin spiele seine Sache in der Weise, daß es zwar als zuverlässiger Partner auftreten, aber auch Schwierigkeiten machen könne, wenn auch nicht in einem reformerischen Sinn.

Herr *Debré* fragte, ob die erheblichen Opfer, die Bonn im Zusammenhang mit dem Handelsabkommen mit der DDR<sup>10</sup> gebracht habe, durch eine bessere

<sup>10</sup> Am 6. Dezember 1968 schlossen Ministerialrat Kleindienst, Bundesministerium für Wirtschaft, und der Stellvertretende Minister für Außenwirtschaft der DDR, Behrendt, in Form eines Briefwechsels eine Vereinbarung, welche die Zahlung eines Mineralölsteuerausgleichs in zwei Raten von je 60 Mio. Verrechnungseinheiten (VE) am 31. Dezember 1968 und am 31. Dezember 1969 vorsah; gleichzeitig wurden die Jahreskontingente für den Bezug von Treibstoffen aus der DDR auf 30 Mio. VE (Dieselkraftstoff) bzw. 20 Mio. VE (Vergasertreibstoff) festgelegt. Ferner wurde der Termin für den Ausgleich des Schuldensaldos bis zum 31. Dezember 1975 verlängert und die in Artikel IX Ziffer 3 des Interzonenhandelsabkommens enthaltene Verpflichtung zum jährlichen Ausgleich der aufgelaufenen Schuldenbeiträge gestrichen. Schließlich wurden neue Kontingente für Maschinen, Fahrzeuge und Elektroerzeugnisse sowie eine an den Lieferungen der DDR orientierte jährliche

Haltung in der folgenden Zeit – wenn auch nicht in der Berlin-Frage – belohnt worden seien.

Der Herr *Minister* antwortete, durch den Streit um die Bundesversammlung habe dies nicht richtig ausgelotet werden können. Das Handelsabkommen datierte von Mitte Dezember vergangenen Jahres. Seither seien andere Fragen dazwischengekommen, so daß man wohl erst in den kommenden Monaten sehen werde, ob sich ein paar andere Fragen regeln ließen. Er hoffe auf eine Regelung auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens<sup>11</sup>, wo alles sehr unsicher sei. In Anlehnung an die Dezember-Vereinbarungen könne man hier vielleicht eine gewisse Stabilisierung erreichen. Das werde man aber seiner Auffassung nach erst in einigen Monaten ablesen können.

Nachdem Außenminister *Debré* bemerkt hatte, daß er zu diesem Thema nichts mehr zu sagen habe, brachte der Herr *Minister* das Gespräch nochmals auf den Dialog zwischen Washington und Moskau. Sein französischer Kollege habe gesagt, aus französischer Sicht dürften die USA nicht der einzige Gesprächspartner der Sowjetunion sein. Habe Präsident Nixon Verständnis für diese Haltung gezeigt?

Herr *Debré* antwortete, dies sei durchaus der Fall gewesen: Präsident Nixon habe in Paris<sup>12</sup> – wie wohl auch in Bonn<sup>13</sup> – dargelegt, daß er mit Vorsicht und Entschlossenheit an die Gespräche mit den Sowjets herangehen werde. Natürlich gedenke er mit konkreten Fragen zu beginnen wie dem Raketenabwehrsystem, aber sicher mit der Absicht, das Gespräch in vorsichtiger Weise über finanzielle und militärische Fragen hinauszubringen. General de Gaulle habe in zwei Teilen geantwortet: Zunächst habe er erklärt, daß Frankreich nicht nur nichts gegen diese Gespräche habe, sondern daß es sie im Grundsatz befürwortete. Er halte es aber für unerlässlich – hierauf habe der General mit Nachdruck bestanden –, daß keine Entscheidung, die Europa als Ganzes von weitem oder von nahem berühre, ins Auge gefaßt oder getroffen werde, ohne daß die europäischen Staaten ihre Zustimmung dazu gäben. Nixon habe geantwortet, dies sei auch seine Einstellung. Wie auch in seiner Pressekonferenz<sup>14</sup> habe er versichert, daß er kein europäisches Thema behandeln werde, ohne im voraus die europäischen Nationen zu unterrichten, um jede Zwiespältigkeit („ambiguïté“) zu verhindern. Als zweites habe General de Gaulle erklärt, Frankreich sehe die Zukunft Europas nicht nur auf der Grundlage der Koexistenz zwischen der Sowjetunion und den USA, sondern noch mehr auf der Grundlage der Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa. Die Situation Frankreichs erlaube ihm, eingehende Gespräche mit der Sowjetunion und mit den osteuropäischen Ländern zu führen. Er habe die Absicht, diese Gespräche fortzusetzen. Präsi-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 341*

Neufestsetzung des Überziehungskredits („Swing“) in Höhe von 25 % der im Vorjahr bezahlten Lieferungen und Dienstleistungen vereinbart. Für den Briefwechsel vgl. Referat II A 1, Bd. 869.

<sup>11</sup> Zu den Forderungen der DDR für einen Ausgleich der Gebühren im Post- und Fernmeldeverkehr und zum Angebot der Bundesregierung vgl. Dok. 1, Anm. 13.

<sup>12</sup> Präsident Nixon besuchte vom 28. Februar bis 2. März 1969 Frankreich.

<sup>13</sup> Präsident Nixon hielt sich am 26./27. Februar 1969 in der Bundesrepublik und Berlin (West) auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger vgl. Dok. 79–81.

<sup>14</sup> Für einen Auszug aus der Pressekonferenz des Präsidenten Nixon am 4. März 1969 in Washington vgl. Dok. 102, Anm. 26.

dent Nixon habe dies nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern als normal bezeichnet.

Auf die Frage von Herrn Debré, ob Nixon in Bonn auch über China gesprochen habe und sich besorgt gezeigt habe, antwortete der Herr *Minister*, dieses Thema sei nur ganz flüchtig berührt worden.<sup>15</sup> Herr *Debré* sagte, de Gaulle habe Nixon eine entsprechende Frage gestellt. Es scheine, daß Nixon sich Gedanken mache und sicher nichts gegen eine Überprüfung der Beziehungen zwischen den USA und China hätte, jedoch mit Vorsicht – was überhaupt eine sehr große Tugend Nixons zu sein scheine. In diesem Punkt habe er sich sehr progressiv gezeigt, wenn er auch den Gesprächen mit den Russen die Priorität einräume.

Anschließend führte der Herr *Minister* zu China folgendes aus: Vor einigen Monaten habe es eine gewisse Aufregung gegeben wegen eines Artikels, den er in einer deutschen Wochenzeitschrift veröffentlicht habe.<sup>16</sup> Er habe darin nur das deutsche Handelsinteresse und das allgemeine Interesse an der Zukunft Chinas für die Zukunft Asiens und darüber hinaus zum Ausdruck gebracht. Es habe sich nicht um ein Vorfühlen im Hinblick auf eine Entwicklung von diplomatischen Beziehungen zu China gehandelt. Interessant sei aber in diesem Zusammenhang eine indirekte Reaktion auf den genannten Artikel gewesen: Ein deutscher Journalist, Vertreter der dpa in Peking, sei in das chinesische Außenministerium gerufen und gebeten worden, die „Erklärung des deutschen Außenministers“ zu erläutern und zu sagen, ob dessen Worte durch Amerika angeregt sein könnten oder – im Gegenteil – ein Zeichen dafür seien, daß die deutsche Politik sich hier von der Politik der USA absetzen wolle.<sup>17</sup> Es handele sich weder um das eine noch um das andere, sondern nur um den Ausdruck des allgemeinen Interesses, ohne Absicht, daraus praktische Schritte abzuleiten. Die Reaktion jedoch sei – wie gesagt – sehr interessant gewesen.

Außenminister *Debré* zeigte sich über die chinesische Reaktion nicht überrascht. Er glaube, daß die Politik Chinas sich neu orientiere, und zwar seit beschlossen worden sei, zur Ordnung zurückzukehren und die Kulturrevolution einzustellen. Diese neue chinesische Politik sei dadurch gekennzeichnet, daß der sogenannte „sowjetische Imperialismus“ als Feind Nr. 1 gebrandmarkt werde und Peking auf der Suche nach „gewissen Beziehungen“ zu europäischen Ländern und vielleicht auch den USA sei, von denen man glaube, daß sie in einigen Elementen eine gemeinsame antisowjetische Richtung einschlagen könnten.

Außenminister *Debré* brachte dann das Gespräch auf die bilateralen Fragen und führte dazu aus: Er beabsichtige, dieses Thema auch mit dem Herrn Bundeskanzler zu erörtern, könne mit dem Herrn Minister aber vielleicht mehr in die Einzelheiten gehen.

Sicher gebe es keine Krise – dies wäre ein großes Wort –, aber zweifellos seien Schwierigkeiten in der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu verzeichnen, wenn diese Schwierigkeiten auch nicht übertrieben werden sollten. Gleichzeitig habe man seiner Auffassung nach aber die Pflicht, [sich] ihrer bewußt zu wer-

<sup>15</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit Präsident Nixon am 26. Februar 1969; Dok. 81.

<sup>16</sup> Zum Interview des Bundesministers Brandt mit der Wochenzeitschrift „Publik“ am 6. Dezember 1968 vgl. Dok. 6.

<sup>17</sup> Zu den Gesprächen des Journalisten Bargmann am 26. Dezember 1968 vgl. AAPD 1968, II, Dok. 428.

den. Seit einigen Monaten versuche er, sie zu analysieren. Zum Zwecke der Darlegung werde er das Thema in zwei Abschnitten behandeln:

1) Es gebe eine Reihe von praktischen Schwierigkeiten, von denen jede, einzeln betrachtet, keine sehr große Bedeutung habe, aber alle zusammen genommen und im Lichte der allgemeinen Schwierigkeiten besehen, seien sie von erheblichem Gewicht.

2) Dann stehe man vor Schwierigkeiten allgemeinerer Art: er habe den Eindruck, daß die Atmosphäre nicht mehr so sei, wie es zu Beginn der Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich gewünscht worden sei.

Was die allgemeine Atmosphäre betreffe, gebe es eine Reihe von Schwierigkeiten, die sicherlich besorgniserregend für die Zukunft seien. Er denke dabei an Probleme im Zusammenhang mit den währungspolitischen Schwierigkeiten Frankreichs im vergangenen November, die in Bonn anscheinend nicht richtig verstanden worden seien.<sup>18</sup> Dies gelte auch für die deutsche Haltung zu den europäischen Problemen, für die Kurve, die man hier in bezug auf die WEU zu nehmen scheine. Dies seien zwei Tatsachen, die ihm kennzeichnend schienen für die Ausrichtung der deutschen und französischen Politik und die die europäische Solidarität auf die Probe stellen könnten. Wenn man dem noch eine Reihe von praktischen Problemen hinzufüge, die – kleinere – Erdöl-Affäre<sup>19</sup> und das mittelmäßige Funktionieren des Kulturabkommens<sup>20</sup>, habe man das Gefühl, daß dagegen etwas getan werden müsse. Für Deutschland und Frankreich sei es wichtig, die gleiche Linie einzuhalten. In den vergangenen Monaten sei Frankreich in einer Reihe von Fällen zu Deutschlands Gunsten eingetreten. Dies gelte z. B. für den französischen Standpunkt in New York im Zusammenhang mit dem deutschen Wunsch, dem Entwicklungskomitee beizutreten.<sup>21</sup> Ebenfalls sei man der deutschen Seite entgegengekommen für den Abbau von Uran in Niger durch eine deutsche Gesellschaft.<sup>22</sup> In der Berliner Affäre – wo Frankreich bekanntlich nicht so sehr für die Abhaltung der Bundespräsidentenwahl in Berlin gewesen sei –, habe die französische Regierung es nach dem Auftreten der Schwierigkeiten für unerlässlich gehalten, den Sowjets und der DDR entschlossen entgegenzutreten. Auch hier habe die französische Haltung keinen Anlaß zu Unklarheiten geboten.

Er – Debré – glaube also, wenn man eine gewisse Verschlechterung („une certaine dégradation“) vermeiden wolle – was seiner Auffassung nach im allgemeinen Interesse liege –, sollte man, gestützt auf diese Analyse, einige praktische Fragen auf dem Gebiet des Handels, der Wirtschaft und der Kultur auf-

<sup>18</sup> Zur internationalen Währungskrise vom November 1968 und den Differenzen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vgl. Dok. 7, Anm. 8.

<sup>19</sup> Zur gescheiterten Übernahme des im Besitz der Dresdner Bank befindlichen Aktienpakets der Gelsenberg AG durch die französische Erdölgesellschaft Compagnie Française des Pétroles (CFP) vgl. Dok. 9 und Dok. 48.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 885–889.

<sup>21</sup> Zum Wunsch der Bundesregierung nach einer Mitgliedschaft im Erweiterten Wirtschaftsausschuß des ECOSOC vgl. Dok. 4.  
Zur französischen Haltung vgl. Dok. 37, besonders Anm. 1.

<sup>22</sup> Zur Beteiligung der Deutschen Urangesellschaft an der französisch-nigrischen Gesellschaft Somair zum Abbau der Uranerzvorkommen im Niger vgl. Dok. 48, Anm. 9.

greifen, in denen etwas getan werden könne und müsse, um negativen Gefühlen keine weitere Nahrung zu geben. Er glaube, daß man auf allgemeiner Ebene und in bezug auf die währungs- und finanzpolitischen Probleme die beiderseitige Solidarität noch vertiefen und besser zum Ausdruck bringen könne. Dies werde auch zu einem besseren Verstehen in grundsätzlichen Fragen führen. Wenn er zunächst etwas gezögert habe, sich zu äußern, fühle er sich doch bekräftigt bei dem Gedanken, daß auf jedem Gebiet die Gefahr einer Zuspitzung besteht, wenn man nicht dafür sorgt, daß die Ursachen der Schwierigkeiten geheilt werden. Aus tiefstem europäischen Interesse – aus deutschem und französischem Interesse heraus – müsse vermieden werden, daß die Anstrengungen der letzten Jahre nutzlos seien. Er sei sicher, daß in der Tiefe durch die Entwicklung des Warenverkehrs zwischen den beiden Ländern Fortschritte erzielt worden seien. Deutschland sei in diesem Jahr nicht mehr nur der erste Abnehmer, sondern auch der erste Lieferant Frankreichs. Auch der Jugendaustausch entwickle sich zufriedenstellend. Die Erfahrung zeige aber, daß ungeachtet der Bedeutung der wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen doch die politischen Probleme das Entscheidende seien. Hier sollte man seiner Meinung nach mit einer Analyse der Dinge beginnen und nicht zulassen, daß praktische Schwierigkeiten die Atmosphäre in die falsche Richtung treiben.

Der Herr *Minister* erwiderte, seiner Auffassung nach müsse man dort, wo die Dinge nicht so gut verliefen, unterscheiden zwischen Pannen und Meinungsverschiedenheiten, die sich aus einem unterschiedlichen Verständnis der Interessen ergäben. Im ersteren Fall könne man, so unangenehm die Dinge im einzelnen auch sein mögen, nicht von einem wirklichen Schaden sprechen, auch wenn dadurch oft ungute Gefühle ausgelöst würden. Er wisse, daß es im Vorfeld der Währungskonferenzen von November auf deutscher Seite Pannen gegeben habe, die er sehr bedauere. Er glaube auch, daß in bezug auf die Konferenz auf französischer Seite unterschiedliche Meinungen bestanden hätten. Sicherlich seien bei der Erdöl-Angelegenheit Ungeschicklichkeiten begangen worden. Aber so wichtig dies auch erscheinen möge, müsse man doch klar zu unterscheiden lernen zwischen solchen Fällen und den Gebieten, wo die Meinungen auseinandergingen und Gefahr liefen, noch weiter auseinanderzufallen, wenn man sie nicht rasch auf einen gemeinsamen Nenner bringe. Obwohl er – der Herr Minister – mit seinem französischen Kollegen in dessen Schlußfolgerung einig sei, daß gute wirtschaftliche und menschliche Beziehungen kein Ersatz für einen politischen Gleichklang seien, frage er sich, ob man nicht gerade zu diesem Zeitpunkt etwas brauche, was den beiden Völkern zeige, daß auf einem überschaubaren Gebiet etwas getan werden könne, was beide Seiten interessiert. Er denke dabei an ein Vorhaben, das auf Experten-Ebene bereits erörtert worden sei und durch eine Initiative von Regierungsseite gefördert werden könnte: die Raumordnung in Lothringen und der Saar. Einige Aspekte hiervon würden auch Luxemburg interessieren. Es handele sich aus deutscher Sicht um den Ausbau des Verkehrswesens, die Kanalisierung der Saar, während von französischer Seite ein besonderes Interesse am Ausbau eines Flugplatzes bestehe.<sup>23</sup> Er glaube, daß man sich mit der Frage der Raumordnung insgesamt

<sup>23</sup> Am 5. Dezember 1968 schlug die französische Regierung der Bundesrepublik vor, auf dem Gelände des früheren NATO-Flugplatzes Grostenquin einen Großflughafen für das Saarland und Lothringen

befassen müßte, bevor Einzelobjekte verwirklicht werden könnten. Er sei sich im klaren darüber, daß dies keine Politik im eigentlichen Sinn des Wortes sei. Es biete aber einen Ansatzpunkt, um zu zeigen, daß man auf praktischem Wege weiterkommen könne.

Mehr in das politische Gebiet falle der zweite Abschnitt seiner Ausführungen: Anlaß zu Sorgen um die deutsch-französischen Beziehungen biete die Tatsache, daß die Europa-Politik nicht genügend abgestimmt sei. Dies zeige sich in der EWG und auch in dem – nicht so wichtigen – prozeduralen Streit um die WEU.<sup>24</sup>

Was die EWG betreffe, habe er den Eindruck, daß – neben vielem anderen – französische Zweifel über die deutschen Ansichten zur Landwirtschaftspolitik – Entwicklung der Agrarpolitik und -finanzierung – bestünden. Er würde es für nicht schlecht halten, wenn diese Fragen zum Gegenstand eines bilateralen Meinungsaustausches mit Sachverständigen gemacht würden. Die Form dieser Gespräche müsse man sich genau überlegen, da die anderen EWG-Partner sehr wachsam seien gegenüber möglichen Vorentscheidungen zu zweit. Er glaube aber, daß die richtige Form gefunden werden könne. Er wolle hier nicht auf die Einzelheiten der Agrarprobleme eingehen – ihm seien die Sorgen der französischen Regierung hinsichtlich der Gesamtfinanzierung der Agrarpolitik bekannt –, aber vielleicht sei es möglich, durch einen vertieften Meinungsaustausch Zweifel und Sorgen auszuräumen, was sich nur förderlich auf die Dinge in Brüssel auswirken könne.

Was die politischen Konsultationen der beiden Länder betreffe, halte er sie – so nützlich sie auch seien – doch für etwas blutarm. Die beiderseitigen Mitarbeiter müßten dabei auch über wichtige Fragen sprechen können und ohne den Eindruck zu haben, daß der eine oder andere etwas vorenthält.

Er möchte in diesem Zusammenhang offen über die französisch-englische Kontroverse sprechen. Er habe die Engländer nicht verstehen können: der Inhalt der Ausführungen des Generals sei – ganz gleich wie er präsentiert worden sei<sup>25</sup> – nichts Neues. Die Grundauffassungen de Gaulles seien ja bekannt. Was die deutsche Seite interessiert habe, sei der Versuch, von französischer Seite aus mit den Briten, wenn diese es wollten, über die künftige europäische Politik ins Gespräch zu kommen. Er – der Herr Minister – sei überrascht gewesen, daß die Engländer sich hierüber so exzitiert gezeigt hätten. Auf deutscher Seite würde man es vorgezogen haben, wenn man zuerst von französischer Seite über dieses Vorhaben gehört hätte. So wie die Dinge gehandhabt worden seien, sei es „vielleicht zu mehr als Mißverständnissen“ gekommen. Deutschland

*Fortsetzung Fußnote von Seite 345*

zu errichten. Die Bundesregierung wollte jedoch dieses Projekt zunächst zurückstellen und zuerst mit Frankreich ein Raumordnungskonzept für die Region ausarbeiten. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 296 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Soltmann vom 28. Februar 1969; Referat III A 4, Bd. 543.

Am 3. März 1969 bat die luxemburgische Regierung in einem Aide-mémoire die Bundesregierung, sich anlässlich der deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 13./14. März 1969 in Paris für eine Beteiligung des Großherzogtums an den Raumplanungen in der Region Saar/Lothringen einzusetzen. Vgl. dazu Referat III A 4, Bd. 543.

<sup>24</sup> Zur Frage der Einberufung des Ständigen WEU-Rats am 14. Februar 1969 vgl. Dok. 67.

<sup>25</sup> Zum Gespräch des Staatspräsidenten de Gaulle mit dem britischen Botschafter in Paris, Soames, am 4. Februar 1969 vgl. Dok. 90.

könne keine Entscheidung in der einen oder anderen Richtung treffen. In Einzelfragen aber könne man dem Publikum zeigen, daß etwas geschehen könne. Man sollte versuchen, auch die allgemeinen Fragen zu erörtern, selbst wenn man nicht ganz zusammenkommen könne. Er sehe keinen besseren Weg.

Außenminister *Debré* bemerkte, er werde zunächst auf die von dem Herrn Minister angeschnittenen präzisen Punkte antworten und dann auf die allgemeinen Fragen und den Geist der Zusammenarbeit für die Zukunft zurückkommen.

Er sei mit dem Herrn Minister der Auffassung, daß bestimmte praktische Verwirklichungen im Hinblick auf die Zukunft ihren Wert hätten. Wenn es zwischen den beiden Ländern zur Zeit Schwierigkeiten gebe, so erkläre sich dies dadurch, daß in bezug auf eine Reihe von praktischen Problemen die Orientierung nicht so sei, wie man es sich auf französischer Seite wünsche. Wenn man an eine bestimmte Anzahl von praktischen Fragen mit dem Willen herangehe, sie zu lösen, werde dies der allgemeinen Atmosphäre zugute kommen.

Minister *Debré* nannte in diesem Zusammenhang die folgenden Punkte:

Steigerung der deutschen Ankäufe in Frankreich. Die Handelsbilanz zwischen den beiden Ländern sei zuungunsten Frankreichs defizitär.<sup>26</sup> Er sei sich im klaren darüber, daß lange Jahre vergehen werden, bevor die Bilanz ausgeglichen werden könne. Man sollte aber versuchen, das erhebliche Defizit durch Käufe, auf die der Staat einen Einfluß nehmen kann, zu reduzieren. Es wäre gut, wenn Experten sich mit dieser Frage befaßten, um eine weitere Steigerung des Defizits zu verhindern und zu versuchen, den bestehenden Überschuß zu verringern. Er glaube, daß es gute Lösungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet gebe.

Zu dem Raumordnungsprojekt Saar-Lothringen könne er sagen, französische Untersuchungen hätten ergeben, daß das Vorhaben nach dem jetzigen Stand sicherlich mehr Vorteile für die Saar als für Lothringen bringe. Falls man sich auf französischer Seite nur auf das Gebiet um Metz und Nancy beschränke, könne es kaum sehr nutzbringend sein. Die Frage des Flughafens, für den auf französischer Seite ein großes Interesse bestehe, werde sorgfältig geprüft. Seiner Auffassung nach müßte man das Projekt ausweiten, wenn man die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Regionen wirklich im beiderseitigen Interesse betreiben wolle. Die Studien müßten daher vervollständigt werden.

Außenminister *Debré* führte ferner aus, er sei völlig einverstanden mit dem Vorschlag des Herrn Ministers, ranghohe Experten der beiden Länder mit einer Untersuchung der agrarpolitischen Probleme in der EWG zu beauftragen. Sehr oft würden diese Probleme nur, wie sie sich in Frankreich stellten, im Hinblick auf ihre – sicher sehr bedeutsamen – finanziellen und kommerziellen Auswirkungen betrachtet. Die Agrarpolitik sei aber für Frankreich in erster Linie eine Frage der Ausweitung der Verkaufsmöglichkeiten innerhalb der Gemein-

<sup>26</sup> Im Jahr 1968 importierte die Bundesrepublik aus Frankreich Waren im Wert von 9,78 Mrd. DM, während sie nach Frankreich Waren im Wert von 12,24 Mrd. DM exportierte, so daß sich für Frankreich ein Defizit in Höhe von 2,46 Mrd. DM ergab. Die Bundesrepublik war mit 21 % der französischen Einfuhren und 19 % der französischen Ausfuhren der wichtigste Handelspartner Frankreichs, das wiederum mit jeweils 12 % der deutschen Ein- bzw. Ausfuhr der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik war. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats III A 5 vom 29. August 1969; Referat III A 5, Bd. 697.



schaften, mehr noch als nach außen. Wenn die finanzielle Solidarität so schwer ins Gewicht falle, sei dies darauf zurückzuführen, daß die Priorität für den Kauf von Agrarprodukten nicht so respektiert werde, wie dies geschehen sollte. Der Herr Minister habe recht, wenn er zweiseitige Gespräche über diese Fragen anrege. Er glaube, daß dies die anderen Partner nicht stören sollte, da es ja im gemeinsamen Interesse aller liege, wenn Frankreich und Deutschland diese Probleme, die so wichtig seien für die Zukunft des Gemeinsamen Marktes, unter sich erörterten. Er nehme also die Anregung des Herrn Ministers auf. Bei den bilateralen Gesprächen sollten keine Entscheidungen getroffen werden; sie sollten vielmehr dazu dienen, die Entscheidungen besser vorzubereiten.

Auf politischem Gebiet habe der Herr Minister den Disput mit Großbritannien erwähnt. Er habe recht, wenn er sage, die Äußerungen General de Gaulles gegenüber dem britischen Botschafter seien nichts Neues. Er – Debré – glaube, die Dinge wie folgt verstanden zu haben: Seit einigen Wochen habe sich General de Gaulle eingehend mit den europäischen Problemen beschäftigt. Er habe sich dabei die Frage gestellt, ob England wirklich bereit sei zu einer europäischen Zusammenarbeit, wie er sie verstehe. Daher habe er sein Angebot für Gespräche mit den Engländern gemacht, was für ihn schon ein Zeichen von beträchtlicher Aufgeschlossenheit darstelle. Er – Debré – verhehle nicht, daß de Gaulle an einer echten Bereitschaft Englands für eine europäische Zusammenarbeit zweifle. Daher habe er den Briten auf den Zahn fühlen wollen, um festzustellen, ob sie über den Beitritt zur EWG hinaus zu einer politischen Zusammenarbeit bereit seien. Frankreich habe immer gesagt, daß der EWG-Beitritt an sich eine Maßnahme ohne Tragweite sei, da die britische Wirtschaft zur Zeit nicht in der Lage sei, die Politik des Gemeinsamen Marktes mitzutragen und ihre Agrarpolitik die gemeinschaftliche Agrarpolitik zerstören würde. General de Gaulle habe dem britischen Botschafter ein Angebot unterbreitet – das nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen sei –, um zu erkunden, ob die britische Politik in der gewünschten Richtung liege. Anschließend sei es dann zu dem bekannten Manöver der Engländer gekommen. Auf französischer Seite ziehe man daraus den Schluß, daß die Briten im Grunde genommen („au fond des choses“) keine europäische Politik wünschten, daß ihnen vielmehr an einem Auseinanderdividieren der Europäer gelegen sei. Sie versuchten dies mal mit den einen, mal mit den anderen. Sie seien nicht auf eine europäische Politik eingestellt. Abgesehen von dem merkwürdigen Charakter ihrer diplomatischen Manöver sehe Frankreich darin eine Ablehnung der europäischen Zusammenarbeit, wie man sie in Paris sehe, und eine Weigerung, den wirtschaftlichen Anstrengungen eine politische Orientierung zu geben, im Sinne einer größeren Unabhängigkeit für Europa usw. Man sei in Paris also mehr betroffen gewesen über die Ablehnung der Kooperation als über das diplomatische Manöver. Dies erkläre auch den französischen Standpunkt zu dem britischen Manöver in bezug auf die WEU: Auch hier gehe es den Engländern nicht um eine politische Zusammenarbeit, sondern darum, die anderen unter sich zu spalten, damit die europäischen Nationen nicht eine unabhängige Stellung bezögen, die London nicht gefalle.

Wenn man nach vorn blicken wolle, müsse man durch eine Reihe von praktischen Fragen die weniger gute Orientierung der vergangenen Monate korrigieren. Was die allgemeinen Fragen betreffe, sei er bereit, mit dem Herrn Minister

regelmäßig über gemeinsame politische Probleme zu sprechen, natürlich unter der Voraussetzung, daß man auf beiden Seiten von dem gleichen Geist beseelt sei.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß er die britische Politik anders einschätze als sein französischer Kollege. Es werde aber nicht weiter führen, jetzt darüber zu diskutieren, dies könne man später einmal tun. Er glaube aber – neben einigen Dingen, die auch er nicht verstehe – doch eine grundlegende Tendenz und eine Reihe von Elementen in der britischen Politik zu sehen, die auf das Zugehörigkeitsgefühl der Engländer zum Kontinent schließen lassen. Diese Tendenz – zu der es auch Gegenströmungen gebe – sei in den letzten beiden Jahren stärker zum Zuge gekommen. Das Thema werde einen „so oder so“ noch weiter beschäftigen; da aber auf kurze Sicht unterschiedliche Auffassungen bestehen würden, sollte man versuchen, die Dinge so zu behandeln, daß das, was inzwischen geschehen müsse, nicht gestört werde. Er selbst sei kein Jurist und habe deshalb den Streit um die WEU-Sitzungen auch nicht juristisch gewertet, sondern darin ein politisches Problem gesehen. Er würde es für gut halten, wenn sich eine Formel finden ließe, durch die vermieden werden könnte, daß auch dort die unterschiedliche Haltung zutage tritt.

Außenminister *Debré* sprach die Meinung aus, daß man sich nicht übertrieben lange mit der Frage des Pro oder Contra der britischen Politik gegenüber Europa aufhalten sollte. Er sei weiterhin betroffen – und habe dies den Engländern auch gesagt – über die seiner Auffassung nach „nicht ganz aufrichtige“ Art und Weise, wie sich England bei einer ganzen Reihe von Bemühungen verhalten habe, um diese Nation näher an Europa heranzubringen. Es gebe hierzu zahlreiche Beispiele: z. B. die Kennedy-Runde<sup>27</sup>, wobei sich England immer an die Seite der USA, nie auf die europäische Seite geschlagen habe. Dies gelte auch für die Verhandlungen für ein weltweites Fernmeldegesetz<sup>28</sup>: auch hier sei

<sup>27</sup> In den Verhandlungen der sogenannten „Kennedy-Runde“, die vom 4. Mai 1964 bis 16. Mai 1967 andauerten, vereinbarten die Teilnehmerstaaten des GATT einen linearen Abbau der bestehenden Zölle. Vgl. dazu AAPD 1967, II, Dok. 170.

<sup>28</sup> Am 20. August 1964 wurde in Washington ein Übereinkommen zur vorläufigen Regelung für ein weltweites kommerzielles Satelliten-Fernmeldesystem und zur Schaffung eines „International Telecommunications Satellite Consortium“ (Intelsat) unterzeichnet. Geschäftsführendes Organ bei der Planung und Entwicklung, dem Bau, der Einrichtung und Unterhaltung des Satellitensystems war die amerikanische Firma Communications Satellite Corporation (Comsat). Für den Wortlaut des Abkommens zur Vorläufigen Regelung für ein Weltweites Kommerzielles Satelliten-Fernmeldesystem sowie des Sonderabkommens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1499–1520. Vom 25. Februar 1969 bis 21. März 1969 fanden in Washington Verhandlungen von Intelsat mit dem Ziel statt, die Organisationsstruktur zu reformieren. Dazu berichtete der Leiter der Delegation der Bundesrepublik, Botschafter z. B. V. Northe, z. Z. Washington: „Gemessen an den maximalistischen Erwartungen der amerikanischen Delegation endet die erste Konferenzrunde der Intelsat-Verhandlungen mit einem begrenzten Erfolg derjenigen westeuropäischen Industriestaaten, die sich für Reformen des jetzigen, von Comsat beherrschten Intelsat-Systems ausgesprochen haben. [...] Die amerikanische Verhandlungslinie sei von den Interessen des jetzigen Intelsat-Managers, der amerikanischen Privatgesellschaft Comsat, geprägt, was zur Vorlage eines Vertragsentwurfes führte, der den Vorstellungen der Mehrzahl der Delegationen nicht entsprach. Dieses Verhandlungskonzept entzog den Vertretern des State Department in der amerikanischen Delegation die Möglichkeit, flexibel zu verhandeln. [...] Taktisch war das amerikanische Verhandlungskonzept auf den Versuch abgestützt auf den Versuch, einen Interessengegensatz zwischen den Entwicklungsländern und den westeuropäischen Industriestaaten herzustellen.“ Die Konferenz habe einen Ausschuß zur Vorbereitung der zweiten Konferenzrunde eingesetzt, die am 18. November 1969 beginnen sollte. Vgl. den Drahtbericht Nr. 683 vom 21. März 1969; VS-Bd. 2869 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1969.

England immer auf der Linie der Vereinigten Staaten geblieben und habe nie die französischen oder deutschen Anstrengungen unterstützt, das Monopol der USA zu brechen. Auch bei der Raumfahrt und in Fragen des Luftverkehrs habe man nie eine Orientierung Englands nach Europa feststellen können. Abgesehen von Reden sei kein echtes britisches Streben nach der Schaffung einer politischen Realität in Europa zu erkennen. Es sei kein Geheimnis, daß er dies den Engländern in gleicher Weise gesagt habe.

In bezug auf die WEU gebe es eine juristische und eine politische Position. Juristisch betrachtet, sei der Vertrag über die Westeuropäische Union „in eklatanter Weise“ ein Bündnisvertrag auf lange Sicht. Der Gedanke an Sitzungen, die auf Mehrheitsbeschluß zustande kommen, sei unvereinbar mit dem Geist und dem Buchstaben des Vertrages. Dies sei auch politisch wichtig. Er könne nicht verschweigen, daß eine gewisse Enttäuschung auf französischer Seite bestehe. In Rom sei versucht worden, eine Art antifranzösischer Position zu schaffen, was nur gescheitert sei, weil die deutschen Vertreter dem Manöver, wie es vorbereitet worden sei, nicht zugestimmt hätten.<sup>29</sup> Er – Debré – habe es auf sich genommen, nach Luxemburg<sup>30</sup> zu gehen, wobei er im voraus seine Zustimmung für die Erörterung der Möglichkeiten für eine Verbesserung der politischen Konsultationen durch die Ständigen Vertreter erteilt habe. Anstatt sich daran zu halten, hätten die anderen Partner aber das Verfahren, das von britischer Seite vorgeschlagen worden sei, gebilligt. Auch in diesem englischen Manöver sehe er eine mangelnde britische Bereitschaft zur europäischen Zusammenarbeit. Hinsichtlich der WEU nehme Frankreich einen ablehnenden Standpunkt ein, den es nicht so bald ändern werde („une position de refus que nous ne changerons pas d’ici tôt“).

Der Herr *Minister* verwies auf das Verfahren für die Einberufung der Sitzungen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, dessen Bestimmungen den gleichen Wortlaut hätten, wie die entsprechenden Bestimmungen der WEU, die wahrscheinlich abgeschrieben worden seien. Wenn nun als Vorbedingung für die Einberufung einer Sitzung des Sicherheitsrates die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich wäre, würde wohl kaum je eine Sitzung zustande kommen. Er – der Herr Minister – sei zwar der Auffassung, daß man bei außerordentlichen Sitzungen dafür sorgen müßte, daß alle dabei sind; für die regulären Sitzungen wäre dies aber nicht sehr praktisch. Auf deutscher Seite würde man es bedauern, wenn kein Ausweg gefunden werden könnte, da man gedacht habe, auf dieser Linie zu einem stärkeren politischen Austausch im Rahmen der WEU zu gelangen.

Herr *Debré* unterstrich, daß eine Sitzung stattgefunden [habe], die deutlich einen außerordentlichen Charakter gehabt habe und unter Voraussetzungen zustande gekommen sei, die Frankreich nicht gebilligt habe. Solange dieser Tatbestand nicht korrigiert werde, werde Frankreich sich nicht an den Beratungen innerhalb der WEU beteiligen. Was den Parallelismus zwischen dem Sicherheitsrat und der WEU betreffe – ein Punkt, über den man lange juristisch diskutieren könnte – so erlaube der unterschiedliche Charakter der Charta der

<sup>29</sup> Zur WEU-Ministerratstagung am 21./22. Oktober 1968 vgl. AAPD 1968, II, Dok. 353.

<sup>30</sup> Zur Tagung des WEU-Ministerrats in Luxemburg am 6./7. Februar 1969 vgl. Dok. 50.

Vereinten Nationen und des WEU-Vertrages nicht, daß man gleichlautende Bestimmungen gleich auslege. Er füge noch hinzu, daß man, als 1963 beschlossen worden sei, sich für bestimmte Konsultationen des Rahmens der WEU zu bedienen<sup>31</sup>, sofort Übereinstimmung darüber herbeigeführt habe, daß die Tagesordnung einstimmig gebilligt werden müsse. In dieser Weise müßten seiner Auffassung nach die Texte interpretiert werden. Die in Aussicht genommene politische Orientierung sei derjenigen ganz entgegengesetzt, die man in Paris für die richtige halte.

Der Herr *Minister* unterstrich noch einmal den deutschen Standpunkt in dieser Frage (Einstimmigkeit bei außerordentlichen Sitzungen – Möglichkeit für alle Partner, ihnen wichtig erscheinende Themen im Rahmen der Tagesordnung zur Sprache zu bringen). Er halte es für möglich, eine Lösung dieser beiden Fragen zu finden, die auch den Bedenken des französischen Partners Rechnung trage.

Außenminister *Debré* wies darauf hin, daß im jetzigen Zeitpunkt der englische Standpunkt ganz anders sei. Nach der Art, wie die Dinge in den vergangenen Monaten gehandhabt worden seien, wisse er nicht, wie Frankreich seinen Entschluß rückgängig machen könne. Der Generalsekretär<sup>32</sup> habe die Satzung nicht angewandt. Zu seinem – Debrés – Bedauern genüge ein Kompromiß nicht, um Frankreich zu einem Fortschreiten in der WEU zu veranlassen. Es brauche mehr. Im übrigen sei das Manöver, das zur Krise geführt habe, schon seit einigen Monaten vorbereitet worden. Zwischen Rom und Luxemburg sei Frankreich zu vielen Konzessionen bereit gewesen. Aber die Haltung der Partner nach Luxemburg sei ganz einfach nicht akzeptabel („franchement inadmissible“). Bevor die Dinge ihren Kurs wieder aufnehmen könnten, müßten die Fragen der Vergangenheit geregelt sein. Hierzu genüge nicht nur eine vage Vereinbarung. Für die Zukunft müßte die Regel der Einstimmigkeit beschlossen werden. Auch das Verhalten des Generalsekretärs müsse satzungskonform sein.

Der Herr *Minister* bemerkte, daß der jetzige Generalsekretär ohnehin in einigen Monaten aus Altersgründen abgelöst werde.<sup>33</sup>

Herr *Debré* bat den Herrn Minister zu verstehen, daß man auf französischer Seite seit vielen Monaten den Eindruck habe, daß mit allen Mitteln auf die Zerstörung einer gewissen Politik im Gemeinsamen Markt, die gleichzeitig wirtschaftlich und europäisch im besten Sinn sei, hingearbeitet werde. Die Engländer wollten keine handelspolitischen Arrangements, und deshalb versuchten sie – dies sei der Sinn ihrer diplomatischen Manöver –, sie über die WEU zu umgehen. England sei nicht für eine Organisation Europas. Man könne auf französischer Seite keine Fortschritte in den europäischen Bemühungen der britischen Politik erkennen. Er brauche nicht noch einmal Beispiele dafür aufzuzählen, wo England in wesentlichen Fragen für das Europa von morgen nicht auf der Seite der kontinentaleuropäischen Länder stehe. Angesichts der Behandlung des Angebots von General de Gaulle durch die Engländer schweige

<sup>31</sup> Zum Beschluß des EWG-Ministerrats vom 10./11. Juli 1963, mit Großbritannien im Rahmen der WEU vierteljährlich Konsultationen über die wirtschaftliche Lage Europas durchzuführen, vgl. AAPD 1963, II, Dok. 230.

<sup>32</sup> Maurice Iweins d'Eeckhoutte.

<sup>33</sup> Der Generalsekretär der WEU, Iweins d'Eeckhoutte, schied am 31. Dezember 1970 aus dem Amt.

Frankreich. Es werde aber nicht leicht sein, einen Kompromiß zwischen so unterschiedlichen Positionen zu finden.

Der Herr *Minister* gab zu, daß man auch in Bonn die praktische Haltung der Engländer in manchen der erwähnten Situationen nicht für gut halte. Die Engländer entgegneten aber, solange sie den Eindruck hätten, daß ihnen der Weg nach Europa versperrt würde, könne man von ihnen keine „Vorweg-Kooperation“ erwarten. Er – der Herr Minister – halte dieses Argument nicht für überzeugend, aber vielleicht bestehe ein Zusammenhang mit der Behandlung der Fragen in bezug auf die EWG oder eine diesbezügliche Übergangsregelung, d. h. eine ungute Wechselwirkung.

Außenminister *Debré* erwiderte, dies glaube er offen gestanden nicht. Er habe große Befürchtungen für den weiteren Verlauf der Dinge, umso größere Befürchtungen, als die Engländer sich nicht hätten im unklaren sein können über die Tragweite des Angebotes von General de Gaulle, das genau auf der Linie liege, die die Engländer immer vorgäben zu wünschen. Wenn sie wirklich den Willen zur Zusammenarbeit hätten, wäre ihre Reaktion anders gewesen. Er füge noch hinzu, es gebe auf englischer Seite keinen Grund zur Überraschung, da London das erwähnte Gespräch seit drei oder vier Monaten gewünscht habe. Es habe in dem bekannten Zeitpunkt stattgefunden, weil der General nachgedacht habe und über die englischen Gefühle Sicherheit gewinnen wollte. Er – *Debré* – glaube, daß seine Beurteilung die richtige sei. Aber über dieses Thema habe man nun wohl genug gesprochen.

Er glaube, daß es nutzbringender sei, die Fragen der praktischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich wieder aufzugreifen und zu versuchen, durch eine bessere Arbeit in der EWG gut über das Jahr 1969 hinwegzukommen.

Der Herr *Minister* bestätigte, dies müsse man in jedem Fall versuchen.

Herr *Debré* fügte hinzu, er habe dem britischen Botschafter gesagt, England habe unrecht, wenn es seine ganze Politik auf die nachgaullistische Zeit begründe. Die Engländer täten dies aber. Sie hätten damit unrecht, und es sei gleichzeitig ein Fehler („ils ont tort, et c'est en même temps une erreur“).

Der Herr *Minister* wandte ein, es sei schrecklich, wenn es so viel Mißverständnisse gebe. Vielleicht warte man in Paris aber auch auf eine konservative Regierung in London.

Herr *Debré* antwortete lachend, man habe ja schon einen konservativen Botschafter in Paris.

Anschließend brachte der Herr *Minister* das Gespräch auf die Nahost-Frage und fragte *Debré*, wie dieser die Lage nach dem Nixon-Besuch und der ganz aktuellen Zuspitzung<sup>34</sup> beurteile.

Herr *Debré* führte aus, die Nahost-Frage sei Gegenstand eines eingehenden Gesprächs zwischen General de Gaulle und dem amerikanischen Präsidenten gewesen. Später hätten auch die beiden Außenminister darüber gesprochen.

<sup>34</sup> Am 8. und 9. März 1969 kam es am Suez-Kanal erneut zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen der ägyptischen und der israelischen Armee, in deren Verlauf der Generalstabschef der ägyptischen Streitkräfte, General Riad, getötet wurde. Vgl. dazu den Artikel „Ägyptens Generalstabschef Riad gefallen“, DIE WELT vom 10. März 1969, S. 1.

Auf eine Frage von Rogers habe er – Debré – wiederholt, was de Gaulle mit besonderem Nachdruck betont habe: Wenn man die Bemühungen um eine Lösung zu lange verzögere, komme es sicher zu einer Verschärfung der Lage – auf lokaler Ebene infolge des Widerstandes der Palästinenser gegen die israelische Besetzung und auch wegen der inneren Unruhen in einigen arabischen Staaten (besonders Ägypten). Dies könne zu einer Verschärfung der Lage im gesamten Mittelmeer führen. Ohne daß es zu dramatischen Entwicklungen führen müsse, müsse man die sowjetische Tendenz in Rechnung stellen, im Mittelmeer als stets präsente Macht – zu Land und auf dem Wasser – aufzutreten. Zur Zeit sei die Sowjetunion an einer „Art von Arrangement“ interessiert, erstens, weil die Schließung des Suezkanals<sup>35</sup> für die sowjetische Wirtschaft kostspielig sei, und zweitens, weil ihre Möglichkeiten für eine militärische Hilfe an Ägypten und Syrien begrenzt seien, und schließlich, weil sie befürchte, die revolutionären Bewegungen nicht unter Kontrolle halten zu können. Sie strebe daher vielleicht nach einer Lösung. Hier unterscheide sich der französische Standpunkt von dem amerikanischen und russischen, wonach Israel und Ägypten sich möglicherweise über die Wiedereröffnung des Suezkanals einigen und zu einer Absprache unter sich über die Räumung bestimmter Gebiete kommen könnten. Die französische Regierung halte dies nicht für möglich. Man müsse das Problem in seiner Gesamtheit behandeln. Nur eine globale Lösung, die den Partnern vom Sicherheitsrat zur Annahme unterbreitet werden müßte, sei erfolgversprechend. Daher sei Frankreich der Auffassung, daß die vier Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates im gemeinsamen Interesse des Mittelmeerraumes versuchen sollten, sich zunächst unter sich zu verständigen. Frankreich habe entsprechende Vorschläge gemacht<sup>36</sup>, die bisher auf einen gewissen Widerstand von israelischer Seite gestoßen seien und von den arabischen Staaten abgelehnt worden seien, die für eine Fortsetzung des Krieges seien. Man müßte diesen Gedanken jedoch zum Durchbruch verhelfen, um der Welt größere Erschütterungen zu ersparen. Nixon habe in seiner Pressekonferenz gesagt, daß die Analyse des Generals ihn sehr beeindruckt habe. Er scheine den Wunsch zu haben, die Einberufung einer Viererkonferenz zu beschleunigen.<sup>37</sup> Er habe die französische Regierung wissen lassen, daß er geneigt sei, die Pariser Vorschläge für eine Gesamtregelung zu diskutieren. Dies sei der Stand der Dinge. Man wisse, daß man in Israel aus innerpolitischen Gründen (Wahlen)<sup>38</sup> zögere, eine Entscheidung zu treffen. Israel befinde sich aus diesen Gründen in der merkwürdigen Lage, daß die gemäßigteren Elemente nicht zum Zuge kämen und die härteren Elemente den Kurs bestimmten. Er – Debré – habe den amerikanischen Außenminister auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus einer Verzögerung ergeben könnten. Man warte nunmehr die Reaktion der USA auf die französischen Vorschläge für die Vierer-Gespräche ab in der Hoffnung, daß

<sup>35</sup> Der Suez-Kanal war seit der Sperrung durch die ägyptische Regierung während des Nahost-Krieges am 6. Juni 1967 nicht mehr für den internationalen Schiffsverkehr befahrbar.

<sup>36</sup> Zum französischen Vorschlag vom 17. Januar 1969, Viermächtebesprechungen über die Lage im Nahen Osten aufzunehmen, vgl. Dok. 60, Anm. 13.

<sup>37</sup> Die Gespräche Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA über eine Lösung des Nahost-Konflikts begannen am 3. April 1969 in New York.

<sup>38</sup> Am 28. Oktober 1969 fanden in Israel Parlamentswahlen statt.

der Sicherheitsrat daraufhin eine Resolution für eine friedliche Regelung vorbereiten könne.

Das Gespräch endete um 12 Uhr 45.

**VS-Bd. 10090 (Ministerbüro)**

## 95

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Soltmann

**III A 4-81.30-94.13-282<sup>1</sup>/70 geheim**

**10. März 1969**

Betr.: Verkauf von 850 M 47-Panzern der Bundeswehr an Jugoslawien

Bezug: FS Nr. 71 vom 15.2.1969 der Botschaft Belgrad – geh.<sup>1</sup>

Die staatliche jugoslawische Firma JUGOIMPORT hat mit der deutschen Merex GmbH Mitte Februar 1969 in Belgrad Verhandlungen über den Ankauf von 850<sup>2</sup> US-Panzern M 47 aus deutschen Überschußbeständen geführt. Über das Ergebnis hat Herr Mertins die Deutsche Botschaft unterrichtet und um Auskunft gebeten, ob sie unter politischen Gesichtspunkten Bedenken gegen dieses Geschäft erhebe. Die Botschaft hat jede Stellungnahme ohne Weisung des AA abgelehnt und das Auswärtige Amt entsprechend unterrichtet (s. o. a. FS, Anlage 1)<sup>3</sup>.

Der Direktor und Inhaber der Firma Merex – Herr Mertins – hat unmittelbar nach Beendigung seiner Gespräche in Belgrad das AA – Referat III A 4 – am 3.3. aufgesucht und Einzelheiten seiner Verhandlungen mit den Jugoslawen (s. Anlage 2)<sup>4</sup> sowie ferner mitgeteilt, daß „hohe politische Stellen“ (MdB Zimmermann und St.S. von Hase) über das Vorhaben unterrichtet seien. Desgleichen sei der BND mit der Sache befaßt worden.

Referat III A 4 hat sich zunächst rezeptiv verhalten, da Herr Mertins seinen weiteren Besuch am 5.3. angekündigt hatte. Er teilte Referatsleiter III A 4<sup>5</sup> in einem persönlichen Gespräch mit, daß er aus München „grünes Licht“ erhalten

<sup>1</sup> Botschafter Blachstein, Belgrad, berichtete, „ein angeblich deutscher Staatsangehöriger, ehemaliger Offizier und Mitarbeiter einer Waffen-Handelsfirma“, habe am Vortag unter Berufung auf den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Zimmermann, die Botschaft darüber informiert, daß er die Möglichkeit eines Verkaufes von 850 Panzern vom Typ M 47 aus Überschußbeständen der Bundeswehr an Jugoslawien erkunden wolle. Bei seinen Gesprächen habe das jugoslawische Verteidigungsministerium „größtes Interesse gezeigt und eine Entscheidung in Kürze in Aussicht gestellt“. Vgl. VS-Bd. 8760 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1969.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „880“.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 1.

<sup>4</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

<sup>5</sup> Otto Soltmann.

habe. Er sagte ferner, daß inzwischen ein Gespräch zwischen MdB Zimmermann und St.S. von Hase in der Angelegenheit stattgefunden habe.

Eingedenk der Vorgänge um die Affäre „Seahawk“<sup>6</sup>, in der der BND ebenfalls seine Hand im Spiel gehabt hat, ohne daß das AA etwas davon wußte, habe ich, um keine Zeit zu verlieren, sofort um eine Unterredung mit Herrn St.S. von Hase nachgesucht, die am gleichen Tag um 15 Uhr stattfand. St.S. von Hase bestätigte, daß er mit Herrn Zimmermann über die Angelegenheit gesprochen habe, ihm jedoch keinerlei Zusagen hinsichtlich der Panzer gegeben habe. Er persönlich halte den Export von 850<sup>7</sup> M 47 nach Jugoslawien zum gegenwärtigen Zeitpunkt für unvertretbar und war mit Referatsleiter III A 4 der Ansicht, die Angelegenheit so schnell und geräuschlos wie möglich aus der Welt zu schaffen, bevor die Presse und Öffentlichkeit hiervon erfahren und die Sowjets eine Propaganda-Aktion gegen uns starten könnten.

Am 6.3. hatte Referatsleiter III A 4 eine Rücksprache mit Referatsleiter II A 4<sup>8</sup>, der aus der Sicht unserer politischen Lage gegenüber der Sowjetunion ebenfalls die schwersten Bedenken gegen das geplante Geschäft erhob und auch der Meinung war, die Sache ohne viel Aufhebens aus der Welt zu schaffen.

Am 7.3. habe ich Herrn Mertins zu mir gebeten. Obwohl das Nichtzustandekommen des Geschäfts für ihn einen Verlust von mehreren Millionen Mark bedeutete, erklärte er sich damit einverstanden, seinen jugoslawischen Geschäftspartner sofort davon zu unterrichten, daß das Geschäft nicht zustande käme.

Danach unterrichtete Referatsleiter III A 4 Herrn St.S. Dr. Harkort mündlich über den Vorgang. Dieser erteilte Weisung, Herrn St.S. Duckwitz zu unterrichten. Diese Weisung habe ich an Dg II A<sup>9</sup> unter Schilderung des Sachverhalts weitergegeben.

St.S. Duckwitz lehnte den Verkauf der Panzer ebenfalls ab und sprach Herrn St.S. Carstens auf die Angelegenheit an, der auf diese Weise das erste Mal Kenntnis von dem Vorgang erhielt. Es wurde beschlossen festzustellen, wer vom BND Herrn Mertins angeblich „grünes Licht“ gegeben hat.

Soltmann

VS-Bd. 8760 (III A 4)

<sup>6</sup> Im August 1967 wurde berichtet, 28 von der Bundeswehr ausgemusterte Flugzeuge vom Typ „Seahawk“ seien 1966 von der Firma Merex GmbH, Beuel, zum Schein an eine italienische Exportfirma verkauft worden. Die Flugzeuge seien jedoch nicht nach Italien, sondern nach Indien verschifft worden. Vgl. dazu den Artikel „Falsche Perser“; DER SPIEGEL, Nr. 35 vom 21. August 1967, S. 20-23. Der Parlamentarische Staatssekretär Jahn bestätigte am 24. Oktober 1967 vor dem Bundestag, „daß an Italien gegen Importzertifikat verkaufte Flugzeuge nach Indien verbracht worden sind“. Um künftig Umgehungen des Grundsatzes zu verhindern, daß keine deutschen Waffen in Spannungsgebiete geliefert werden, verlange die Bundesregierung nun eine Endverbleibsklausel sowie eine Zollbestätigung über die erfolgte Einfuhr. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6407. Am folgenden Tag hielt Ministerialdirektor Harkort dazu fest: „Herr StS Lahr meint, in der Sache der Waffenlieferungen an Indien sei weniger Bonn als das Auswärtige Amt hereingelegt worden. Italien habe eine Endverbleibsklausel gegeben, in der es etwa geheißen habe: Wenn diese Sachen nach Italien geliefert werden, so werden sie Italien nicht wieder verlassen. Bei Erteilung dieser Klausel hätten die Beteiligten aber gewußt, daß die Waffen Italien gar nicht berühren würden, sondern direkt von Deutschland nach Indien verschifft würden.“ Vgl. Referat III A 4, Bd. 764.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „880“.

<sup>8</sup> Alfred Blumenfeld.

<sup>9</sup> Ulrich Sahn.